

Univerzita Karlova v Praze
Fakulta sociálních věd

Institut mezinárodních studií
Německá a rakouská studia

Magisterská diplomová práce

Die Russlanddeutschen in den neunziger Jahren
des 20. Jahrhunderts.

Zwischen Bleiben und Gehen

Autor: Karel Březina

Vedoucí práce: PhDr. Miroslav Kunštát

Praha 2006

Inhaltsverzeichnis

Einführung	6
1. Begriffsbestimmung	10
2. Zur Geschichte der Russlanddeutschen	12
3. Autonomiediskussion und Autonomiebewegung	26
3.1. Die deutschen Rayons in Westsibirien	34
3.1.1. Der deutsche nationale Rayon Halbstadt	34
3.1.2. Der deutsche nationale Rayon Asowo	35
3.2. Weitere Autonomievarianten	37
3.2.1. Gebiet um Kaliningrad (Königsberg)	37
3.2.2. Ukraine	38
3.2.3. Kirgisische Republik	39
3.2.4. Das Gebiet um St. Petersburg	40
4. Förderung der Russlanddeutschen in den Herkunftsländern	42
4.1. Erste Phase. Schwerpunkt wirtschaftlicher und landwirtschaftlicher Hilfe	43
4.1.1. Förderungsschwerpunkte	46
4.2. Zweite Phase. Schwerpunkt Breitenarbeit	49
5. Situation der deutschen Minderheit in den GUS-Staaten	53
5.1. Republik Kasachstan	54
5.2. Kirgisische Republik	55
5.3. Republik Tadschikistan	56
5.4. Ukraine	57
6. Die russlanddeutsche Kultur	58
6.1. Bildung	60
6.2. Deutsche Sprache und die Sprachkompetenz	61
6.3. Religion	62
6.4. Russlanddeutsche Presse	63
6.5. Die Politische und gesellschaftliche Stellung der Russlanddeutschen	64
7. Motive und Hintergründe der Ausreise	66
8. Juristischer Rahmen	68
8.1. Das Aufnahmeverfahren	77
8.2. Aussiedlerspezifische Hilfen und Leistungen	80
9. Die Auswanderung der Deutschen aus Russland	82
Zusammenfassung	92
Literaturverzeichnis	97
Anhang	102
Resumé	109

Einführung

Die Deutschen im mittel- und osteuropäischen Raum bildeten im zwanzigsten Jahrhundert eine der stärksten nationalen Minderheiten. Obwohl die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Zweiten Weltkriegs und die daraus resultierte Aussiedlung diese Zahl wesentlich sinken ließ, lebten 1950 noch immer rund vier Millionen Deutsche in diesen Siedlungsgebieten. Die zahlenmäßig stärkste deutsche Minderheit lebte und lebt immer noch auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Ziel dieser Arbeit soll es sein, die Geschichte, das Leben und auch die Motive zur Auswanderung dieser für viele Bundesdeutschen "unbekannten Nachbarn" zu beschreiben und eine Antwort auf die Frage zu finden, warum sie nach Deutschland kommen und ob es für die verbliebene deutsche Minderheit eine Zukunft gibt, oder ob sie letztendlich in der Mehrheitsgesellschaft aufgehen wird.

Untersuchungen zu den Deutschen in Mittel- und Osteuropa gehören zu den traditionellen Forschungsfeldern der deutschen Historiographie. An mehreren Universitäten gibt es Lehrstühle, die sich dieses Thema zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gesetzt haben. Man kann aber auch verschiedene Institute außerhalb von Universitäten finden, die sich mehr oder weniger intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen. Den größten Aufschwung erlebte die russlanddeutsche Forschung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhundert, als aufgrund steigender Aussiedlerzahlen dieses Thema in den Vordergrund trat. Aber auch schon früher, in den siebziger und achtziger Jahren, wurden Bücher veröffentlicht, die sich hauptsächlich mit der Geschichte dieser Bevölkerungsgruppe beschäftigen.¹ Eine gute Übersicht über die Russlanddeutschen liefern die Bücher und Studien von Alfred Eisfeld²,

¹ Vgl. Zum Beispiel : Fleischauer, Ingeborg: *Die Deutschen im Zarenreich. Zwei Jahrhunderte deutsch-russischer Kulturgemeinschaft*, Stuttgart 1986; Kahle, Wilhelm: *Geschichte der evangelisch-lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion 1917-1938*, Leiden 1974; Buchweiler, Meier: *Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkrieges – ein Fall der doppelten Loyalität?*, Gerlingen 1984.

² Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen*, München 1999; Ders.: *Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956*, Köln 1996; Ders.: *Teilerfolge und*

der selbst in der Sowjetunion geboren wurde und später auch enger Mitarbeiter des Aussiedlerbeauftragten Horst Waffenschmidt war. Viele Informationen kann man auch der Arbeit von Gerd Stricker³ entnehmen, die in der Reihe "Deutsche Geschichte im Osten Europas" herausgegeben wurde. Kultur und Lebensbedingungen der Russlanddeutschen wurden zwar schon in den siebziger Jahren thematisiert, aber in das öffentliche Interesse rückten sie erst Anfang der neunziger Jahre, als auch die Ergebnisse einer Befragungsstudie des Münchener Osteuropa-Instituts im Rahmen des Forschungsprojektes "Deutsche in der Sowjetgesellschaft" veröffentlicht wurden.⁴ Dieses Projekt diente als Grundlage weiterer Studien und Arbeiten.⁵ Die Problematik der Autonomiebewegung und der bundesdeutschen Fördermaßnahmen in den Herkunftsländern wurde in den Büchern nur am Rande angesprochen, so dass ich für diesen Themenkomplex Zeitschriften und teilweise auch Zeitungen nutzen musste. Das Bundesministerium des Inneren veröffentlicht mehrmals jährlich das Heft "Info-Dienst Deutsche Aussiedler", in dem die Bundesregierung über die aktuelle Situation, die Förderung beziehungsweise juristische Änderungen im Bezug auf Spätaussiedler informiert. Als besonders hilfreich hat sich auch die Zeitschrift Informationsdienst "Deutsche in der Sowjetunion"⁶ erwiesen. Sie basierte auf der Auswertung von etwa 30 russisch- und deutschsprachigen Zeitungen, Zeitschriften und Gesetzessammlungen aus dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Berichtet wurde über das Leben der Deutschen, über Aktivitäten russlanddeutscher Organisationen und Verbände, über Migrationsbewegungen innerhalb der GUS und in Richtung Deutschland aber auch über Sorgen, Nöte und Hoffnungen der Menschen und über das Zusammenleben mit anderen

Rückschlüsse für die Autonomiebewegung der Russlanddeutschen, in: Osteuropa, Jg. 40, 1990, S. 849-863. Ders.: *Die Deutschen in Rußland und in der Sowjetunion*, Wien 1986

³ Vgl. Stricker, Gerd (Hrsg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, Berlin 1997.

⁴ Vgl. Hilkes, Peter: *Deutsche in der Sowjetunion: Zwischen Ausreise- und Autonomiebewegung. Ergebnisse einer Befragungsstudie mit deutschen Spätaussiedlern*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetgesellschaft". Arbeitsbericht Nr. 12. März 1989, München 1989.

⁵ Vgl. z.B. Dietz, Barbara/Hilkes, Peter: *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten; Geschichte, Situation, Zukunftsperspektiven*, München 1992; Dies.: *Integriert oder isoliert? Zur Situation russlanddeutscher Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1994.

⁶ Anm.: Seit 1993 hieß es Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion".

Volksgruppen.⁷ Aber auch deutsche Zeitungen wie die “Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die “Süddeutsche Zeitung“ oder die Zeitschrift “Der Spiegel“⁸ veröffentlichten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre Artikel, die sich explizit den Russlanddeutschen widmeten. Für einen ersten Einblick könnte man auch die thematischen Ausgaben der Zeitschrift “Aus Politik und Zeitgeschichte“⁹ oder die “Informationen zur politischen Bildung“¹⁰ nutzen. So rasant das Interesse an den Russlanddeutschen auch anstieg, so schnell sank es wieder. Die sinkenden Ausreisezahlen senkten entsprechend auch die Zahl der veröffentlichten Bücher und Studien. Zu einem neuen Schwerpunkt wurde die Integration.¹¹

Meine Diplomarbeit habe ich in neun Themenkomplexe unterteilt, die zusammen eine gesamte Übersicht über diese Minderheit liefern sollen.

Im ersten Kapitel beschäftige ich mich mit einer Begriffsbestimmung. Die unterschiedlichen Aussiedlertypen sollen klar definiert und auch Unterschiede zwischen den einzelnen Begriffen erklärt werden.

Das zweite Kapitel beinhaltet einen Überblick über die Geschichte der Russlanddeutschen von den Anfängen im achtzehnten bis zum großen Umbruch am Ende der achtziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts.

Der nächste Teil widmet sich dann der Entwicklung und dem Verlauf der Autonomiebewegung und der Autonomiediskussion, mit einem Schwerpunkt auf die Zeit am Anfang der neunziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts. Es werden hier auch verschiedene Autonomievarianten vorgestellt.

Die unterschiedlichen Versuche der deutschen Regierung durch eine gezielte Förderung in den Herkunftsländern den Aussiedlerzuzug zu stoppen, sollen in dem darauf folgenden Kapitel beschrieben werden.

⁷ Anm.: Leider wurde dieses Projekt seit 2005 vom Bundesministerium des Inneren nicht mehr gefördert und deswegen eingestellt.

⁸ Anm.: Die Russlanddeutschen wurden sogar das Schwerpunktthema der Nr. 43 im Jahre 1991.

⁹ Vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Parlament, B 48/93 vom 26. November 1993.

¹⁰ Vgl. Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, 2000. Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

¹¹ Anm.: Gerade dieses Problem setzte sich meine Kollegin vom Institut Jana Kvěšková zum Thema ihrer Diplomarbeit. Ihre Arbeit knüpft an meine an und beschäftigt sich mit den Problemen der Russlanddeutschen in ihren “alten deutschen Heimat“.

Im fünften Kapitel gehe ich auf die Situation der Russlanddeutschen in den einzelnen GUS-Staaten ein. Ich beschäftige mich mit ihren spezifischen Problemen und den konkreten Hilfen von bundesdeutscher Seite.

Die russlanddeutsche Kultur ist Thema des sechsten Kapitels. Unter anderem beschreibe ich hier die Probleme mit der deutschen Sprache und der Bildung.

In Kapitel Sieben, betitelt mit "Motive und Hintergründe der Ausreise", versuche ich die Gründe für die Ausreise der Russlanddeutschen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion darzulegen.

Die juristischen Voraussetzungen für die Rückkehr der Spätaussiedler in ihre "alte Heimat" und ihre Veränderungen bis zur Gegenwart (2005) sind der Inhalt des achten Kapitels. An dieser Stelle soll auch das ganze Aufnahmeverfahren erklärt und der fortschreitende Abbau der aussiedlerspezifischen Hilfen und Leistungen beschrieben werden.

Im abschließenden Kapitel versuche ich, die Auswanderung der Russlanddeutschen von den ersten "Tracks" im neunzehnten Jahrhundert, über die restriktive Ausreisepolitik während des Kalten Krieges und die Ausreisewelle Anfang der neunziger Jahre bis hin zur relativem Stabilisierung am Anfang des dritten Jahrtausends zu beschreiben. Es werden hier innen- und außenpolitische Zusammenhänge vorgestellt und die Entwicklung anhand von Zahlen, Daten und Statistiken unter besonderer Berücksichtigung der letzten Jahre illustriert.

1. Begriffsbestimmung

“Vertriebener“, “Aussiedler“, “Spätaussiedler“, “Russlanddeutscher“ - dies sind nur einige Bezeichnungen, die oft im Zusammenhang mit den deutschen Minderheiten in Mitteleuropa, in der Literatur bzw. in Zeitschriften- und Zeitungsartikeln benutzt werden. Sie werden zwar oft als Synonyme benutzt und scheinen die gleiche Bedeutung zu haben, aber dennoch gibt es Unterschiede.

Die Bezeichnung “Vertriebener“ ist eigentlich ein Oberbegriff, der einige andere in sich beinhaltet. Laut dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) §1 Abs. 1 gibt es folgende Definition:

Vertriebener ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger seinen Wohnsitz in den ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstande vom 31. Dezember 1937 hatte und diesen im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges infolge Vertreibung, insbesondere durch Ausweisung oder Flucht, verloren hat.¹²

Diese Definition wird dann in weiteren Absätzen noch erweitert und im §1 Abs. 2 Nr.3 können wir diese Definition von “Aussiedler“ finden:

Vertriebener (in diesem Falle Aussiedler - Anm. d. Verf.) ist, wer als deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen vor dem 1. Juli 1990 oder danach im Wege des Aufnahmeverfahrens vor dem 1. Januar 1993 die ehemals unter fremder Verwaltung stehenden deutsche Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien oder China verlassen hat oder verläßt, es sei denn, dass er, ohne aus diesen Gebieten vertrieben und bis zum 31. März 1952 dorthin zurückgekehrt zu sein, nach dem 8. Mai 1945 einen Wohnsitz in diesen Gebieten begründet hat.¹³

¹² BVFG § 1 Abs. 1 (Stand 24.12.2003).

¹³ BVFG § 1 Abs. 2 Nr. 3 (Stand 24.12.2003).

Die Bezeichnung "Spätaussiedler" ist hingegen ein relativ neuer Begriff. Obwohl man diese Benennung in einigen Büchern schon für die Aussiedler der siebziger und achtziger Jahre finden kann, wurde die Klassifizierung "Spätaussiedler" erst nach der Änderung des BVFG im Jahre 1992 im § 4 eingeführt.

Als Spätaussiedler werden in der Regel deutsche Volkszugehörige, aber auch in den Aufnahmebescheid einbezogene nichtdeutsche Ehegatten¹⁴ und Nachkommen benannt, wenn sie nach dem 31. Dezember 1992 im Wege des Aufnahmeverfahrens die Aussiedlungsgebiete¹⁵ verlassen und innerhalb von sechs Monaten einen ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet genommen haben.

Den Spätaussiedlerstatus bekommen mehrheitlich die aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kommenden Deutschen, da sie im Unterschied zu Deutschen aus anderen Aussiedlungsgebieten nicht glaubhaft machen müssen, dass sie

*[...] am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen oder Nachwirkungen früherer Benachteiligungen auf Grund deutscher Volkszugehörigkeit unterlagen.*¹⁶

Im Unterschied zu den bisher genannten Begriffen ist die Bezeichnung "Russlanddeutscher" kein Rechtsbegriff. Er ersetzt den in der kommunistischen Zeit verbreiteten Begriff des "Sowjetdeutschen" und stellt damit eine Sammelbezeichnung für alle Deutschstämmigen in Russland dar. Abweichend hiervon könnte man die Russlanddeutschen als Menschen deutscher Abstammung bezeichnen, die zum Teil russisch sozialisiert wurden. Dies könnte aber die Vermutung hervorrufen, dass dies nur auf die aus Russland stammenden Deutschen begrenzt ist. Tatsächlich wird dieser Begriff aber auch für Deutsche aus anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion benutzt, wengleich diese auch

¹⁴ Anm.: Die Ehe muss mindestens seit 3 Jahren bestehen. So wollte man die Scheineheproblematik vermeiden.

¹⁵ Anm.: Als Aussiedlungsgebiete werden deutsche Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die ehemalige Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien und China definiert.

¹⁶ BVFG § 4 Abs. 2 (Stand 24.12.2003).

manchmal als "Kasachstandeutsche", "Ukrainedeutsche" oder "Kirgisiendeutsche" bezeichnet werden.

Man sieht, dass hier wirklich eine große Begriffsvielfalt herrscht und obwohl viele dieser Bezeichnungen eine klare Definition besitzen, werden sie manchmal immer noch nicht richtig benutzt. So kann man bis heute in Zeitungen und Zeitschriften "Aussiedler" statt "Spätaussiedler" oder die Gleichstellung der Begriffe "Spätaussiedler" und "Russlanddeutscher" finden.

2. Zur Geschichte der Russlanddeutschen

Zum Zeitpunkt der ersten russischen Volkszählung im Jahre 1897 lebten im Russischen Reich 1 790.489 Menschen, die Deutsch als ihre Muttersprache angaben. Wie sind aber so viele Deutsche in diese Gebiete gekommen, zumal Deutschland und Russland nirgends unmittelbar aneinander grenzen?

Schon seit dem Mittelalter gab es Kontakte zwischen beiden Völker. Am Anfang kamen Kaufleute, Diplomaten und Geistliche. Mit der Hinwendung Russlands zu Europa durch Peter I. (1689-1725) stieg hier auch der Bedarf an ausländischen Fachleuten. Es kamen Deutsche aus den deutschen Fürstentümern, die in Russland als Ärzte, Offiziere, Wissenschaftler oder Handwerker arbeiteten. In dieser Zeit handelte es sich um vereinzelte Einwanderer, die sich hauptsächlich in den großen Städten wie St. Petersburg und Moskau niederließen.

Eine andere Dimension erhielt die Einwanderung mit dem Regierungsantritt der Zarin Katharina (1762-1796). Russland verfügte zwar über große Gebiete, aber nur über wenige Siedler. Die russischen Bauern wurden zu Leibeigenen ihres Grundherren und dadurch an ihn gebunden. So mussten Siedler im Ausland gewonnen werden. Als Grundlage für eine großangelegte Ansiedlungspolitik erließ Katharina am 22. Juli 1763 ein Einladungsmanifest. In diesem Erlass wurden den ausländischen Kolonisten zahlreiche Privilegien versprochen. Es waren Religionsfreiheit, Befreiung vom Militärdienst, Steuerfreiheit für bis zu

30 Jahre, Selbstverwaltung und staatliche Unterstützung bei Umzügen. Es wurde in verschiedenen Ländern geworben, aber das größte Echo gab es in den südlichen deutschen Fürstentümern, wo die Leute auf kleinen Schollen mit gleichzeitigen großen Lasten lebten. So wanderten bis zum Jahre 1774 30.623 Siedler hauptsächlich aus Hessen, Nordbaden, Nordbayern, Pfalz nach Russland aus. Zwar wurde ein Teil der Kolonisten in der Nähe St. Petersburgs, in Livland und auch in der Ukraine angesiedelt, für die meisten war aber das Wolgagebiet um Saratow bestimmt. Die Wolgasteppe überraschte viele Kolonisten und sie hatten in den Anfangszeiten mit großen Schwierigkeiten (klimatische Bedingungen, Nomadenüberfälle, Unerfahrenheit) zu kämpfen. Sie überlebten aber die schwersten Zeiten und bereits zehn Jahre später gab es hier mehr als hundert Dörfer mit über 25.000 Einwohnern.¹⁷

Die zweite Region, die von Deutschen im 18. und am Anfang des 19. Jahrhunderts besiedelt wurde, war das Schwarzmeergebiet, deren nördlicher Teil nach langjährigen Kämpfen gegen die Türken unter Katharina II. letztendlich gesichert und zur Ansiedlung bestimmt wurde. In dieses "Neurussland", wie diese Gegend auch genannt wurde, siedelten viele Kolonisten aus Danzig und Umgebung, unter diesen auch Mennoniten¹⁸. Die Mennoniten haben ihren Ursprung im 16. Jahrhundert in der Schweiz (Zürich). Ihre Lehre ist in der Tradition der Täufer beinhaltet (u.a. die Bekehrung, Erwachsenentaufe, Abendmahl als Gedächtnismahl an die Leiden und den Tod Christi). Sie lehnen aus religiösen Gründen den Waffengebrauch ab und sind ausgezeichnete Bauern und teilweise auch Handwerker. Typisch ist für sie das Leben in den unabhängigen Gemeinden, die als Abbild der neutestamentlichen Gemeinde verstanden wird. Mit gutem Startkapital und besseren landwirtschaftlichen Kenntnissen (z.B. die Vierfelderwirtschaft), die sie aus ihrer Heimat mitgebracht hatten, gelang es ihnen in den neuen

¹⁷ Vgl. Brandes, Detlef: *Einwanderung und Entwicklung der Kolonien*, in: Stricker, Gerd (Hrsg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, Berlin 1997, S. 51-61.

¹⁸ Anm.: Mennoniten, auch Altevangelisch Taufgesinnte und Alttäufer genannt, sind eine reformierte christliche Konfession in der Tradition der Täufer. Der Name leitet sich vom friesischen Gründer Menno Simons ab. Anfangs war "Mennoniten" ein Schimpfwort, später wurde der Name von der Gruppe übernommen. Heute leben weltweit etwa 1,3 Mio. Mennoniten. Die meisten in den USA und Kanada (42%). Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Russlanddeutsche>

Siedlungen bald, einen entsprechenden Wohlstand zu erreichen. Von daher wurden sie oft auch als "Musterwirte" in einigen Dörfern eingesetzt. Zu den bekanntesten mennonitischen Siedlungen gehörten Chortitza (1789) und Molotschna (1804) in der heutigen südlichen Ukraine. Aufgrund der Napoleonischen Kriege (1792-1815), den daraus resultierenden höheren Steuerabgaben, der fortschreitenden Zentralisierung und der schlechten Ernten in den Jahren 1809 bis 1816 entschied sich auch ein Teil der Bewohner des frisch zum Königreich erhobenen Württembergs zur Abwanderung ins Schwarzmeergebiet. In dieser Zeit wurde auch Bessarabien von "Warschauer Kolonisten" und Teile Georgiens (in der Nähe von Tiflis) von 500 schwäbischen Familien besiedelt. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts fanden insgesamt 55.000 Handwerker und Bauern in den Kolonien und Städten Neuruslands eine neue Heimat. Es waren unter ihnen neben Schwaben und Badenern auch Auswanderer aus der Pfalz, aus Lothringen, aus der Schweiz und aus Bayern.¹⁹

Die Bedingungen in den beiden Siedlungsgebieten waren unterschiedlich. Während an der Wolga jede Siedlungsfamilie etwa 30 Desjatinen²⁰ Land zur Bewirtschaftung bekam, waren es im Schwarzmeergebiet bis zu 65 Desjatinen. Auch die Agrarordnung war anders. Das Land an der Wolga war grundsätzlich im Besitz der jeweiligen Gemeinde, die das Land nach einiger Zeit neu verteilte. So kam es aufgrund der wachsenden Bevölkerung und der ständigen Umverteilung zur Zersplitterung der jeweiligen Landstücke, so dass im Jahre 1834 der Anteil nur 5,6 ha pro Seele ausmachte. Aufgrund dieser Entwicklung wies die Regierung den deutschen Siedlern im Jahre 1840 neue große Flächen auf der Wiesenseite der Wolga zu. Aber auch dies reichte nicht aus und der ständige Bevölkerungszuwachs zwang einige Wolgadeutsche zu Umzügen in Richtung Nordkaukasus und später auch nach Sibirien und Mittelasien. Die Schwarzmeerdeutschen nutzten dagegen ihre günstigere Ausgangsposition (das Land befand sich im persönlichen Erbesitz) und

¹⁹ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Entwicklung in Russland und in der Sowjetunion*, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, 2000. Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

²⁰ Anm.: Eine Desjatine entspricht 1,09 ha.

setzten die Gewinne zum weiteren Landkauf bzw. zur Pacht von russischen und ukrainischen Bauern und Gutsbesitzern ein. Die Kolonien Neurusslands zogen ihren Gewinn auch daraus, dass die geschickten Handwerker ihren Beruf von Anfang an ausüben konnten und so wurden diese bald vor allem durch die Reparatur und später auch durch die Produktion verschiedener landwirtschaftlicher Geräte bekannt. Aber auch einige Schwarzmeerkolonisten wanderten in den sechziger und neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts nach Osten und gründeten Kolonien im Land der Donkosaken, im Gouvernement Stawropol, später auch bei Samara und Orenburg, wo das Land wesentlich billiger war als in ihren Heimatkreisen. Die Mennoniten zogen in den neunziger Jahren in den asiatischen Teil des Reiches und gründeten Kolonien in der "Kirgisiensteppe" (nördlich von Taschkent) und in der Kulanda-Steppe (zwischen Ob und Irtysch). Zum Haupterzeugnis der Kolonien gehörte Brotgetreide, je nach Bodenbeschaffenheit Roggen und Weizen, weniger Gerste und Hafer. Der Getreidehandel führte dann zum Ausbau von Häfen und weiteren Verkehrswegen, zum Beispiel der Eisenbahnlinien von Moskau nach Odessa, Rostow an Don, Sewastopol und Saratow.²¹

Laut der ersten allgemeinen Volkszählung im Jahre 1897 waren die deutschen Kolonisten auf verschiedene Gebiete verteilt: Wolgagebiet: 22%, Schwarzmeergebiet: 21%, Ostseeprovinzen 9% und Mittelasien 1%. Die deutschen Siedler wohnten in relativ geschlossenen Gemeinden, wo sie ihre Religion und Kultur weiterpfl egten. Es wurden Kirchen gebaut und Schulen errichtet. Bis 1871 genossen die Kolonisten auch eine Selbstverwaltung. Mit der Reform in diesem Jahr wurden viele Privilegien aufgehoben. So mussten auch die Kolonisten seit dieser Zeit beim Militär dienen, was zu einer großen Ausreise vor allem der Mennoniten in die USA führte. Aufgrund dieser Reform wurden die deutschen Kolonien in Südrussland teilweise auch ethnisch gemischten Bezirken zugewiesen. Die Entstehung des modernen Nationalismus im 19. Jahrhundert fand Ende der achtziger Jahre auch unter den russischen "Slawophilen" ein Echo. Es wurde vor der Germanisierung des

²¹ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Entwicklung in Russland...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: [http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005).

russischen Bodens in den Grenzgebieten und vor Verbindungen der Kolonisten zum Deutschen Reich gewarnt. Diese Befürchtungen haben sich aber nicht bestätigt und das Gegenteil war sogar der Fall. Die Kolonisten waren der Russischen Krone treu und halfen schon im Krimkrieg (1853-1856) nicht nur als Soldaten, sondern spendeten Geld und stellten auch Futter für die Tiere des Heeres zur Verfügung. Dies wiederholte sich im Türkenkrieg (1877-1878) und schließlich auch im Krieg gegen Japan (1904-1905). Erwiesenermaßen waren in dieser Zeit weder die deutsche Regierung noch die nationalistischen "Alldrutschen" an den Kolonisten interessiert.²² Die antideutsche Stimmung hielt aber weiter an und führte zur Russifizierung des deutschen Schulwesens.²³ Die ganze Situation eskalierte mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs (1914-1918). Zweifel an der deutschen Loyalität erreichten ihren Höhepunkt. Schon im ersten Kriegsjahr wurden 50.000 "feindliche Ausländer", unter denen sich auch 30.000 Deutsche befanden, ins Landesinnere umgesiedelt. Schließlich wurden im Jahre 1915 ohne Zustimmung des Parlaments die sogenannten "Liquidationsgesetze" erlassen. Personen mit deutscher, österreichischer und ungarischer Staatsbürgerschaft wurde der Kauf, die Verpfändung und die Pacht von Land verboten. Darüber hinaus musste jeder Landbesitz in einem etwa 150 km breiten Streifen an der Grenze zu Deutschland oder Österreich-Ungarn beziehungsweise in einem etwa 100 km breiten Streifen an der Ostsee oder am Schwarzen Meer innerhalb von zehn beziehungsweise sechzehn Monaten verkauft werden. Im gesamten Reich sollten 2,5 Millionen Desjatinen Land zwangsverkauft werden. Dieser Verkauf wurde aber nur teilweise bis zur Machtübernahme der Bolschewiki im Jahre 1917 durchgeführt, als die Umsetzung dieser Erlasse ausgesetzt wurde. Nach der Oktoberrevolution entflammte in ganz Russland ein jahrelanger Bürgerkrieg zwischen den "Roten" und den "Weißen", der von Missernten und Hungersnot im Wolgagebiet begleitet wurde.

²² Anm.: In dieser Zeit wurde als Vorposten Deutsches Reiches Baltikum genannt. Die deutschen Kolonisten waren also eher zur Umsiedlung ins Deutsche Reich oder auch ins Baltikum ermuntert. So wurden 20.000 Wolhyniendeutsche nach 1905 im Baltikum angesetzt.

²³ Anm.: Seit 1881 wurden die russlanddeutschen Schulen dem Ministerium für Volksbildung unterstellt und die russische Sprache sollte als Unterrichtssprache schrittweise eingeführt werden.

Zwangsrekrutierungen und im Vergleich zu den benachbarten Regionen doppelt so hohe Zwangsablieferungen von Getreide riefen zahlreiche Aufstände hervor, die aber von der Bolschewiki drastisch bekämpft wurden. Am schwersten waren die Jahre 1921/1922, als in ganz Russland 25 Millionen Menschen nichts mehr zu essen hatten und in der Folge zwischen 3,4 und 5,2 Millionen verhungerten.²⁴

Die neuen Machthaber Lenin und Stalin standen unter anderen vor der Aufgabe die Nationalitätenproblematik zu lösen. Eine Möglichkeit war eine national-kulturelle Autonomie. In der nationalen Kulturautonomie sah Stalin aber die Gefahr der Zersplitterung der Arbeiterbewegung. Die Angst, dass sich die Arbeiterschaft mit anderen Schichten des Volkes verbinden könnte und dadurch der Klassenkampf erschwert wäre, brachte Stalin zum Prinzip der nationalen Selbstbestimmung in territorialen Einheiten. Auf diese Art und Weise sollten die Völker für den Aufbau des Sozialismus gewonnen werden.

Im Jahre 1918 wurde die "Arbeitskommune der Wolgadeutschen" gegründet, die aber bis 1922 de facto nur die Rechte eines "nationalen Gouvernements" besaß. Es handelte sich aber schon um eine gesonderte deutsche Verwaltungseinheit. Im Jahre 1924 wurde dieses Autonome Gebiet der Wolgadeutschen zu einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (ASSR) der Wolgadeutschen aufgewertet. Die Fläche betrug fast 26.000 Quadratkilometer, die Deutschen stellten zwei Drittel der Bevölkerung und zur Hauptstadt wurde Pokrowsk (seit 1931 Engels genannt). Im Januar 1926 wurde zwar vom Sowjetkongress der Wolgarepublik auch eine Verfassung verabschiedet, die aber nie in Moskau zur Verhandlung vorgelegt wurde. Die Wolgarepublik kann man sich nicht wie einen selbständigen Staat vorstellen, zumal sie auch nie als ein solcher anerkannt war. Ihre Rechte waren beschränkt. Alle elf Volkskommissariate (ähnlich wie heutige Ministerien) waren Moskau untergeordnet und nur die Kommissariate für Innere Angelegenheiten, Justiz, Volksaufklärung, Gesundheit und Landwirtschaft auch den Organen der Wolgarepublik verantwortlich.

²⁴ Vgl. Brandes, Detlef: *Einwanderung und Entwicklung der Kolonien...*, S. 101-142.

Die Wolgarepublik wurde als vorbildliche Bauernrepublik geschaffen und als solche sollte sie die Vorzüge des Sowjetsystems und der Sowjetautonomie demonstrieren. So war zum Beispiel der Prozess der (Zwangs-)Kollektivierung und "Entkulakisierung" (Liquidierung der Großbauern als Klasse) auf diesem Gebiet am weitesten fortgeschritten. Im Juli 1935 waren hier 95 % des Landes kollektiviert, während der Landesdurchschnitt bei 57,7 % lag. Die wohlhabenden Bauer wurden enteignet und in entlegene Gegenden verbannt.

Auf der anderen Seite entstanden durch die Bildung der Autonomen Republik für die Russlanddeutschen auch zahlreiche Vorteile. Die deutsche Sprache wurde zur Amts- und Unterrichtssprache erhoben. Da aber nur ein kleiner Teil der Funktionäre in den zentralen wolgadeutschen Behörden russlanddeutscher Herkunft war und die anderen keinerlei Interesse am Erlernen der deutschen Sprache hatten, wurde dort kaum deutsch gesprochen. Aber für die deutsche Bevölkerung, die manchmal kein Wort russisch oder ukrainisch sprach, war diese Regelung durchaus von Bedeutung. Gleichzeitig wurde auch intensiv die Möglichkeit zum Aufbau eines Bildungswesens genutzt. Ende der dreißiger Jahre konnte man im Wolgagebiet fünf Hochschulen, elf Fachhochschulen, ein deutsches Nationaltheater, ein Kindertheater, einen Staatsverlag und eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften finden.

Aber auch in anderen Gebieten konnten die Deutschen die Vorteile der territorialen Autonomie genießen. Neben der Wolga wurden 1925 fünf deutsche Rayons (Landkreise) in der Ukraine gegründet (1931 waren es sogar acht). Ende der zwanziger Jahre wurden solche Rayons auch in Georgien, Aserbaidshan, auf der Krim und in der Altaj-Region (je ein Rayon) gegründet. In den Regionen mit kleinerem deutschem Bevölkerungsanteil wurden nationale Dorfsowjets gegründet, deren Anzahl im Jahre 1929 um 550 betrug.

Aber auch in dieser Zeit kam es zu staatlichen Übergriffen. Die stalinistischen Säuberungen betrafen besonders auch die russlanddeutschen Gebiete. Nachdem Hitler in Deutschland die Macht übernahm, kam es zu einer weiteren Verschärfung der Maßnahmen.

Zweifel an der Loyalität der Deutschen kamen erneut auf und schon im Jahre 1934 wurden alle Deutschen in der Sowjetunion unbemerkt in Listen erfasst, die dann später als Grundlage für Verfolgungen und Deportation dienten. Die Russlanddeutschen wurden in vereinfachten Verfahren der Spionage, Sabotage, illegalen Verbindung mit dem Ausland oder der Propaganda für eine ausländische Macht beschuldigt und verurteilt. Besonders betroffen von diesen stalinistischen Säuberungen war die deutsche Minderheit in der Ukraine, wo fast 200.000 Deutsche in den Jahren 1937/1938 zu Opfern dieser ausgeklügelten Fälle wurden.²⁵ Schrittweise wurde auch die deutsche Autonomie abgebaut. Bereits im Oktober 1935 wurde der deutsche Rayon in Wolhynien aufgelöst und die deutsche Bevölkerung umgesiedelt. Darauf folgte 1938/1939 die Ablösung der deutschen Unterrichtssprache außerhalb der Wolgarepublik durch Russisch bzw. Ukrainisch. Die anderen deutschen Rayons wurden bis März 1939 aufgelöst. Auch in der Wolgarepublik wurden seit Beginn der dreißiger Jahre die Russlanddeutschen systematisch von den Führungsposten entfernt.²⁶

Eine Zäsur in der russlanddeutschen Geschichte stellt der Überfall auf die Sowjetunion durch die deutschen Truppen am 22. Juni 1941 dar. Das schnelle Vorrücken der Wehrmacht verursachte ein totales Chaos in den westlichen Teilen der Ukraine und Weißrusslands. Von diesem Vormarsch der deutschen Truppen war auch das Schicksal der deutschen Bevölkerung abhängig. Zuletzt wurde der Fluss Dnjepr zur Trennungslinie zweier unterschiedlicher Entwicklungen. Die westlich gelegenen Gebiete wurden von den deutschen Truppen so schnell besetzt, dass die deutsche Bevölkerung größtenteils am Wohnort bleiben konnte. Dagegen wurde die östlich vom Dnjepr lebende deutsche Bevölkerung in den nächsten Monaten in die östlichen Gebiete deportiert. Schon am 20. August 1941 wurden 35.000 Deutsche von der Halbinsel Krim "ins Hinterland, in Sicherheit" gebracht. Weitere Deportationen folgten aus den von der Front gefährdeten Gebieten der östlichen Ukraine (etwa

²⁵ Anm.: Davon wurden 122.237 zum Tode, 65.603 zu Gefängnis- bzw. Lagerhaft von 10 bis 25 Jahren und 7.180 zu Lager- bzw. Gefängnishaft von drei bis fünf Jahren verurteilt.

²⁶ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Entwicklung in Russland...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: [http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005).

100.000 Deutsche). Der wichtigste und von der Regierung länger geplante Beschluss wurde am 26. August 1941 gefasst und am 30. August 1941 in der Regierungszeitung der Wolgarepublik "Nachrichten" veröffentlicht. Laut diesem Beschluss "Über die Umsiedlung aller Deutschen aus der Republik der Wolgadeutschen, der Gebiete Saratow und Stalingrad in andere Regionen und Gebiete" wurden die Russlanddeutschen der Kollaboration und Sabotagevorbereitung beschuldigt. Die Regierung sehe deswegen keine andere Möglichkeit um Blutvergießung zu vermeiden als die deutsche Bevölkerung nach Sibirien und Kasachstan umzusiedeln. Mit der Deportation wurde auch rasch begonnen und schon zum 20. September waren über 365.000 Deutsche aus der Wolgarepublik deportiert. Gleichzeitig fanden auch Deportationen aus dem Gebiet Saratow (46.706), aus Stalingrad (26.245), aus Gebieten des europäischen Russlands (80.000) und Mitte Oktober aus Georgien und aus Aserbaidschan (etwa 25.000) statt. Insgesamt waren in dieser Zeit zwischen 640.000 und 700.000 Personen von der Deportation betroffen.²⁷

Als Verbannungsorte wurden für die Russlanddeutschen die nur dünn besiedelten Gebiete der Mittelasiatischen Republiken und Sibiriens bestimmt. Hier wurden sie bis zur Auflösung der Sondersiedlungen unter die Aufsicht des Innenministeriums gestellt. Alle arbeitsfähigen Männer und später auch Frauen (soweit sie keine Kinder unter 3 Jahre hatten) wurden in die Arbeitsarmee einberufen. Hier wurden sie beim Aufbau von evakuierten Industrieanlagen, im Berg-, Straßen- und Bahnbau sowie in der Forst- und Landwirtschaft eingesetzt.

Die westlich vom Dnjepr ansässige Bevölkerung wurde wegen des raschen Vormarsches der deutschen Truppen nicht deportiert. Dort wurde das Reichskommissariat Ukraine (RKU) geschaffen in dem etwa 200.000 Deutsche lebten. Weitere 130.000 Deutsche siedelten im südwestlichen Teil der Ukraine (Transnistrien), der vom deutschen Verbündeten Rumänien verwaltet wurde. Alle Deutschen im RKU wurden in der

²⁷ Anm.: In den Jahren 1942 bis 1944 wurden weitere etwa 50.000 Deutsche aus dem Raum Leningrad, aus dem Südkaukasus und aus kleineren Siedlungsgruppen in Frontnähe nach Sibirien und Mittelasien "evakuiert".

“Deutschen Volksliste Ukraine“ erfasst, die sie in vier unterschiedliche Kategorien aufteilte, die Abstammungsprinzip (“Deutschstämmigkeit“) und politische Zuverlässigkeit kombinierten. Die zuverlässigen Deutschstämmigen sollten nach dem “Generalplan Ost“ neue Siedlungsgebiete besiedeln. Die erwartete Agrarreform in Form von Reprivatisierung der Kolchosen blieb mit Ausnahme Transnistriens aus.²⁸ Aber auch viele von diesen Russlanddeutschen wurden zuletzt in die Verbannungsorte deportiert. Nach der Schlacht bei Stalingrad und dem folgenden Rückzug der deutschen Truppen sollte auch die deutsche Bevölkerung evakuiert werden. Die Flüchtlinge waren zum größten Teil zur “Germanisierung“ des Warthelandes bestimmt, andere sollten sich in Schlesien und im Ostsudetengau niederlassen. Etwa 150.000 Deutsche aus der Sowjetunion befanden sich später in den westlichen Besatzungszonen und etwa die Hälfte wurde genauso wie die 200.000 Deutschen aus dem Warthegau nach Kriegsende in die Sowjetunion “repatriert“ und von den Sowjetorganen anschließend in Sondersiedlungen geschickt. Nur etwa 70-80.000 Russlanddeutschen gelang es, der “Repatriierung“ zu entgehen und ein neues Leben in Deutschland anzufangen.

Nach amtlichen Angaben wurden zwischen den Jahren 1941-1945 insgesamt 1 209.430 Deutsche deportiert, davon entfallen 203.796 auf die so genannten “Administrativumsiedler“ (“Repatriierte“). Die wirklichen Gründe für die Deportation mehrerer Völker sind bis heute unbekannt. Neben den Deutschen wurden gegen Ende des Zweiten Weltkriegs auch Krimtataren, Tschetschenen, Inguschen, Balkaren, Kalmyken und Karatschajer der Kollaboration beschuldigt und aus ihren Siedlungsgebieten deportiert. Einen Grund könnte die russische Russifizierungspolitik darstellen, die mit einer Verschmelzung dieser “fließenden Völker“ in der russischen Mehrheitsgesellschaft rechnete. Ein weiterer Erklärungsversuch operiert mit einer “Völkerhierarchie“, nach der die deportierten Völker die unterste Stelle besetzen, während die Russen als “Mustervolk“ dienen sollten. Auch die

²⁸ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen*, München 1999, S. 120-126.

Aussiedlungsgebiete Kasachstan und Sibirien wurden nicht zufällig gewählt. Es handelte sich um Regionen, die bereits Ende der dreißiger Jahre erfolglos besiedelt worden waren.

Mit Kriegsende änderte sich für die Russlanddeutschen nicht viel. Obwohl die "Arbeitsarmee" aufgelöst werden sollte, dauerte es oft bis Ende 1946 und an manchen Orten auch länger bis die Lager wirklich aufgelöst wurden. Auch in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg blieb der Zehn- bis Zwölf-Stunden Arbeitstag erhalten, bei dem bei minimaler Ernährung die kaum erreichbaren Arbeitsnormen erfüllt werden mussten. Ab 1945 wurden die Siedler den Sonderkommandanturen der NKWD unterstellt. Neben der Arbeitspflicht konnten sich die Sondersiedler nur in unmittelbarer Nähe ihres Ansiedlungsortes bewegen und mussten sich alle zwei Wochen, später einmal im Monat bei der regionalen Kommandantur melden. Jedes Verlassen des zugewiesenen Ortes war nur mit einer Sondergenehmigung der Kommandantur gestattet. Zum Januar 1949 wurden mehr als 2,3 Mio. Menschen in den Sondersiedlungen registriert. Hierunter befanden sich 1 035.701 Deutsche. Die Hoffnungen der Sondersiedler auf eine Rückkehr in die Heimat wurden mit einem Dekret vom 26. November 1948 zerstört. In diesem Dekret wurde festgelegt, dass die Verschickung auf ewig und ohne Recht auf Rückkehr in die einstigen Wohnorte erfolgte. Jeder Verstoß gegen diese Regelung sollte mit zwanzig Jahren Zwangsarbeit bestraft werden.²⁹

Die weiteren Schritte im Umgang mit den Russlanddeutschen kann man nur unter Berücksichtigung der außenpolitischen Zusammenhänge, genauer gesagt unter Berücksichtigung der deutsch-russischen Beziehungen beurteilen. Für die Auflösung der Sondersiedlungen im Dezember 1955 hat sich auf seinem Moskauer Besuch auch Konrad Adenauer eingesetzt. Selbstverständlich war auch das russische Interesse an der Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Deutschland hierbei von Bedeutung. Die Entlassung aus den Sondersiedlungen war aber keinesfalls mit der Rückgabe des konfiszierten Vermögens oder einer Rehabilitierung verbunden. Auch das

²⁹ Vgl. Hilkes, Peter – Stricker Gerd: *Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Stricker, Gerd (Hrsg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, Berlin 1997, S. 225-231.

Verbot, in die Herkunftsgebiete zurückzukehren, wurde bestätigt. Die Aufhebung der Sondersiedlungen nutzten viele Russlanddeutsche zur Suche nach ihren Familienangehörigen, die oft in andere Gebiete deportiert worden waren. Viele zogen aus dem unwirtlichen kalten Norden in die klimatisch günstigeren Regionen Westsibiriens, Kasachstans und Mittelasien um. Aufgrund des Interesses der deutschen Regierung, aber manchmal auch aufgrund des Interesses der örtlichen Behörden, die die fleißigen Arbeiter in den Regionen halten wollten, folgten auch weitere Verbesserungen der Lage der Russlanddeutschen. Schon im Jahre 1955 wurde die erste deutsche Zeitung "Arbeit" in Barnaul (Altajgebiet) herausgegeben. Im Jahre 1957 wurde sie von der in Slawgorod (Altajgebiet) gedruckten Zeitung "Rote Fahne" abgelöst. Im selben Jahr wurde mit der Zeitung "Neues Leben" (Moskau) ein gesamtrossisches Presseorgan geschaffen. Das Jahr 1957 steht auch für die erste deutschsprachige Rundfunksendung, die regelmäßig von Radio Alma-Ata für die Deutschen in Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan und Westsibirien ausgestrahlt wurde. Später folgten auch weitere deutschsprachige Sendungen auf den Sendern Barnaul und Omsk. Im Jahre 1957 wurde ermöglicht, in den Schulen in den Gebieten mit einer höheren Konzentration deutscher Bevölkerung³⁰, das Fach "Muttersprachlicher Deutschunterricht" einzuführen, was aber keinesfalls die Wiedereinführung deutscher Schulen bedeutete. Der Mangel an ausgebildeten Lehrern und entsprechendem Unterrichtsmaterial wirkte sich negativ und nachhaltig auf den Unterricht aus.

Mit der Deportation der Russlanddeutschen und der folgenden Binnenmigration (nach 1955) entstanden völlig neue Siedlungsgebiete. Während vor dem Krieg 89% der Russlanddeutschen im europäischen Teil der Sowjetunion lebten, waren es nach dem Krieg nur noch 17%. Zu neuen Siedlungsgebieten wurden Sibirien – 23,8% (1979), Kasachstan – 46,5% (1979) und Mittelasien - 9,3% (1979). In der Arbeitsarmee wurden die deutschen Bauern auch in der Industrie eingesetzt, sodass auch nach

³⁰ Anm.: Mindestens zehn Schüler gleichen Alters.

dem Krieg immer mehr Deutsche in der Industrie und im Dienstleistungsbereich arbeiteten. Am Anfang waren es eher schlecht bezahlte ungelernte Berufe, wohingegen seit den sechziger Jahren auch die Zahl der Ärzte, Techniker, Ingenieure oder Lehrer anstieg. Damit war auch eine soziale Umschichtung verbunden. Während im Jahre 1926 nur 15% aller Deutschen in den Städten sesshaft waren, betrug diese Zahl 1979 schon etwa 50%. Eine Ausnahme bildeten Kasachstan und Kirgisien, wo aufgrund der möglichen Neulandgewinnung viele Deutsche als Bauern auf dem Lande verblieben und der Urbanisierungsgrad dementsprechend hier auch niedriger war. Auch das religiöse Leben konnte nach langen Verfolgungen teilweise wiederbelebt werden, indem 1956/1957 die erste evangelisch-lutherische Kirche in Zelinograd (damals noch Akmolinsk in Kasachstan) registriert werden konnte.³¹

Trotz dieser Verbesserungen hielten auch nach 1955 zahlreiche Benachteiligungen der Deutschstämmigen an, von den eher persönlichen und "relativ kleineren", die Probleme bei der Wohnraumbeschaffung, am Arbeitsplatz oder bei der Hochschulzulassung betrafen, bis zu viel gravierenderen wie dem Fehlen einer Rehabilitierung und dem damit verbundenen Rückkehrverbot in die ursprünglichen Siedlungsgebiete. Für die Behandlung der Russlanddeutschen in der Sowjetunion war unter anderem auch die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Verhandlungen wichtig. Nach den kühlen Beziehungen zu Beginn der sechziger Jahre signalisierte die russische Seite im Jahre 1964 Interesse an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen. So wurde auch den Russlanddeutschen wieder mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Am 29. August 1964 wurde ein Dekret verabschiedet, das die im Stalinistischen Dekret von 1941 erhobenen Vorwürfe zurücknahm und somit eine Teilrehabilitierung bedeutete. Es stellte deswegen nur eine Teilrehabilitierung dar, weil den Russlanddeutschen das Recht auf Rückkehr in die alten Siedlungsgebiete und auf eine Entschädigung für enteignetes Eigentum verwehrt blieb. Dies war auch der Ausgangspunkt weiterer Autonomiebestrebungen, sodass die sechziger Jahre durch

³¹ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Entwicklung in Russland...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: [http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005).

Bemühungen um eine vollständige Rehabilitierung gekennzeichnet waren.³²

Nur als Scheinerfolg konnte das Dekret vom November 1972 gewertet werden, in dem einerseits allen sowjetischen Staatsangehörigen (also auch den Russlanddeutschen) die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit gesichert wurde, aber andererseits diese den Normen über Arbeitsnachweis und Passordnung unterliegen musste. So konnten die russischen Bürger nur in Gebiete ausreisen, in denen es tatsächlich einen Arbeitsbedarf gab und dies auch nur mit Sondergenehmigung. Die Erhöhung der Ausreiseanträge in der ersten Hälfte der siebziger Jahre und weitere außen- und innenpolitische Faktoren bewogen die russische Regierung zu Verbesserungen der Situation der Russlanddeutschen. Für den muttersprachlichen Deutschunterricht wurde im Jahre 1975 ein neuer Lehrplan ausgearbeitet und in Moskau neue Lehrbücher gedruckt. In Kasachstan wurden neue katholische und freiheitliche Gemeinden registriert und genehmigt und auch das deutsche Kulturleben bekam durch die Ausbildung von Schauspielern für das deutsche Theater einen neuen Impuls, das schließlich 1980 in Termitau (Kasachstan) eröffnet wurde. Der Versuch, im Jahre 1979 einen deutschen Rayon in Zelinograd (Kasachstan - heute Astana) zu errichten, scheiterte an der Ablehnung der einheimischen nichtdeutschen Bevölkerung.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre blieb die Situation der Russlanddeutschen bis auf kleine Verbesserungen auf dem kulturellen Gebiet unverändert und erst mit Gorbatschows Perestrojka kam es zu größeren Veränderungen. Im Unterschied zu anderen Völkern, die ihre Rechte durch Demonstrationen zu erreichen versuchten, verhielt sich deutsche Minderheit relativ ruhig. Die deutschsprachige Presse erwarb sich das Verdienst um die Thematisierung bislang tabuisierter Kapitel der russlanddeutschen Geschichte und betrieb zusammen mit anderen kulturellen Institutionen auch die Intensivierung der Autonomiediskussion, die schließlich zur Gründung der Autonomiebewegung "Wiedergeburt" führte. Die neuen Regelungen der

³² Anm.: Näher dazu s. das Kapitel "Autonomiediskussion und Autonomiebewegung".

Ausreisebedingungen im Jahre 1987 führten aber weitgehend zur Ausreise der Russlanddeutschen in die Bundesrepublik, was sich in den folgenden Jahren noch intensivierete.

3. Autonomiediskussion und Autonomiebewegung

Die volle Rehabilitierung der deutschen Minderheit und eine daraus resultierende Wiederherstellung der am 28. August 1941 im Sinne der sowjetischen Verfassung von 1936 widerrechtlich aufgelösten Wolgarepublik waren die wichtigsten Ziele der Autonomiebewegung. In der Schaffung eines politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zentrums für die in der gesamten ehemaligen UdSSR zerstreut lebenden Deutschen sahen die Vertreter der Autonomiebewegung eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt ihrer Volksgruppe, ihrer Sprache und Identität.³³

Die ersten Versuche einer Wiederherstellung der Autonomen sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen sind mit dem Jahr 1955 und mit dem Erlass über die Aufhebung der Sondersiedlung bzw. der Kommandantur verbunden. Die erste Phase (1955-1964) ist durch wenig oder gar nicht koordinierte Petitionen von Einzelpersonen und kleineren Gruppen an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), den Obersten Sowjet sowie die sowjetische Regierung gekennzeichnet. Diese blieben aber ohne Auswirkung.³⁴

Mit der Verabschiedung des Erlasses vom 29. August 1964³⁵, der die Beschuldigung des Jahres 1941 zurücknahm und so die Teilrehabilitierung der Russlanddeutschen bedeutete, änderte sich die Situation. In der Folge bildeten sich verschiedene Interessengruppen, die eine volle Rehabilitierung und Wiederherstellung der deutschen

³³ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)*, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, 2000. Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

³⁴ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Zur jüngsten Entwicklung der Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen*, in: Osteuropa, Jg. 40, 1990, S. 11.

³⁵ Anm.: Der vollständige Titel des Dekrets lautet: "Über die Änderung des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets der USSR vom 28. August 1942 "Über die Umsiedlung der in den Rayons des Wolgagebiets lebenden Deutschen"".

Wolgarepublik und der früheren deutschen Kultureinrichtungen sowie die Veröffentlichung des Rehabilitierungsdekrets auch in russischsprachigen Zeitungen verlangten.³⁶ Mit diesen Forderungen wurde eine Delegation nach Moskau entsandt. Der einzige Erfolg, den diese Delegation nach den Gesprächen mit den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Anastas Mikojan zu verzeichnen hatte, war die Veröffentlichung des Rehabilitierungsdekrets. Andere Forderungen blieben unberücksichtigt oder wurden wie im Falle einer Wiederherstellung der Wolgarepublik mit dem Hinweis auf einen Mangel an Territorium ganz abgelehnt.³⁷

Mit diesen Ergebnissen war die russlanddeutsche Bewegung nicht zufrieden. Es wurden weiterhin viele Petitionen und Unterschriftenlisten nach Moskau geschickt und schon im Juni 1965 weilte in Moskau die nächste Delegation, die in den Gesprächen mit den Parteifunktionären die Forderungen noch einmal vortrug und begründete. Auch diese Delegation wurde von Mikojan empfangen und es wurden einige Verbesserungen auf kulturellem Gebiet in Aussicht gestellt.³⁸ Die Wiederherstellung der Autonomie an der Wolga wurde wieder mit dem Hinweis auf die russische Besiedlung dieses Gebiets abgelehnt.³⁹

Die dritte Delegation die in Moskau im Juli 1967 auf Grund der Einschüchterungen nicht vollständig ankam, konnte ebenso nicht mehr als die beiden ersten erreichen. Weitere Versuche scheiterten ebenfalls und führende Persönlichkeiten wurden durch die Sicherheitsorgane der KGB überwacht und eingeschüchtert. Dies führte zu Resignation und in der Folge zu steigenden Ausreiseanträgen in den siebziger Jahren.⁴⁰

Nach der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen und der KSZE-Konferenz in Helsinki zeigte auch die sowjetische Regierung

³⁶ Anm.: Dieses Dekret wurde in der Sowjetunion nicht veröffentlicht und die Deutschen erfuhren davon von der SED-Zeitung "Neues Deutschland" bzw. einige auf dem Dienstweg (als Betriebsleiter, Inspektoren in der Schuldienst usw.).

³⁷ Vgl. Hilkes, Peter – Stricker Gerd: *Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Stricker, Gerd (Hrsg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, Berlin 1997, S. 240.

³⁸ Anm.: Die konkrete Verwirklichung der Maßnahmen dauerte großenteils bis in die 1980er. Trotzdem strahlte schon im Jahre 1965 der Sender Barnaul (Altaj Gebiet - Westsibirien) die erste Sendung in deutscher Sprache aus und ein Jahr später wurde die deutschsprachige Tageszeitung "Freundschaft" herausgegeben.

³⁹ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen*, München 1999, S. 141.

⁴⁰ Vgl. Hilkes, Peter – Stricker Gerd: *Die Jahre nach...*, S. 240.

Entgegenkommen, indem sie im Jahre 1979 versuchte, einen deutschen Rayon (etwa "Landkreis") in Kasachstan (Gebiet Zelinograd) zu gründen. Dieser Versuch scheiterte aber an der Ablehnung der einheimischen Bevölkerung. Die offensichtlich von den örtlichen Behörden initiierte Demonstration von 5.000 kasachischen Studenten, die mit Transparenten "Kasachstan den Kasachen" oder "Kasachstan ist unteilbar", durch die als Zentrum des autonomen Gebiets vorgesehenen Stadt Jermentau, gezogen waren, bewog die Partei- und Staatsorgane diese Idee auf unbestimmte Zeit zu verschieben.⁴¹

Der Anfang der achtziger Jahre war vor allem durch eine Verbesserung der kulturellen Lage der Russlanddeutschen gekennzeichnet, aber erst die Glasnost der Ära Gorbatschow lieferte die Rahmenbedingungen für eine neuerliche Autonomiedebatte.

Im Vergleich zu den Unabhängigkeitsbewegungen anderer Völker verhielt sich die deutsche Autonomiebewegung in der UdSSR ruhiger. Ab 1987 finden sich in den deutschsprachigen Zeitungen Beiträge zu bis dahin tabuisierten Themen wie: Geschichte der ASSR der Wolgadeutschen, Arbeitslager, Deportation oder Autonomiebewegung. Die Autonomiediskussion wurde unionsweit geführt und mündete in einer dritten Delegation, die im Juli/August 1988 wieder nach Moskau reiste. In zahlreichen Schriftstücken formulierten die Vertreter die altneuen Forderungen nach einer Wiederherstellung der Autonomie an der Wolga, einer vollen Rehabilitierung und einer Wiederbelebung der kulturellen Einrichtungen. In den anknüpfenden Gesprächen wurden auch verschiedene Lösungsvorschläge präsentiert. Die personelle Zusammensetzung dieser Delegation zeigte, dass die Bewegung alle Regionen des Landes sowie alle Altersgruppen erfasst hatte. Als Anfang Oktober eine Abordnung von Befürwortern der Autonomie von Bundeskanzler Kohl in Moskau zu einer Unterredung empfangen wurde, rechnete man bereits mit einem Durchbruch.⁴²

⁴¹ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Zur jüngsten Entwicklung...*, S. 13f.

⁴² Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Entwicklung in Russland und in der Sowjetunion*, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, 2000. Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

Die zahlreichen Aktivitäten der Autonomiebewegung und Signale offizieller Stellen, die auf eine volle Rehabilitation und Wiederherstellung der Wolgarepublik schon bis zum Jahresende hoffen ließen, waren charakteristisch für das Jahr 1989. Schon im März schlossen sich die kleinen Gruppierungen der Befürworter der Autonomie in einer neu gegründeten Allunionsgesellschaft der Deutschen in der Sowjetunion mit der Bezeichnung „Wiedergeburt“ zusammen.⁴³ Zum Vorsitzenden wurde Heinrich Groth gewählt. Seine Stellvertreter wurden Jurij Haar und Hugo Wormsbecher. Als Hauptziel verfolgte die Gesellschaft „Wiedergeburt“:

*[...] die vollständige Rehabilitation der Sowjetdeutschen und die Wiederherstellung ihrer Gleichberechtigung mit allen Völkern der Sowjetunion durch die Wiederherstellung ihrer Staatlichkeit – der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Sowjetdeutschen an der Wolga.*⁴⁴

Aufgrund einer steigenden Unruhe unter der russischen Bevölkerung des Wolgagebiets verabschiedete die Gründungsversammlung auch einen Appell an die nichtdeutsche Bevölkerung des Gebiets, in dem ausdrücklich erklärt wurde, dass für die im Gebiet sesshafte Bevölkerung durch die Wiederherstellung der Rechte der deutschen Bevölkerung keine Nachteile entstehen werden, dass es zu keinen Rückforderungen kommen werde, sondern viel mehr am gemeinsamen Aufbau gearbeitet werde.⁴⁵

Aber gerade diese Angst der Einheimischen vor einer „deutschen Republik“ verkomplizierte die weiteren Verhandlungen sehr. Die schwache deutsche Minderheit⁴⁶ des Wolgagebiets konnte in der Folge aber nichts Wichtiges beeinflussen und es kam zu zahlreichen Protesten der russischen Bevölkerung, deren Drahtzieher oft die Funktionäre des Gebietsparteikomitees waren.

⁴³ Anm.: In kurzer Zeit baute Gesellschaft die Zweigstellen in den Unionsrepubliken auf, die nach dem Zerfall der Sowjetunion als selbständige Organisationen auftraten.

⁴⁴ *Das Statut der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ für Politik, Kultur und Bildung*, in: Osteuropa, Jg. 40, 1990, S. A18.

⁴⁵ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Zur jüngsten Entwicklung...*, S. 26.

⁴⁶ Anm.: Zu diesem Zeitpunkt wohnten im Gebiet Saratow etwa 17.100 Deutsche (von 2.689.600 Einwohner). Zum Vergleich im Jahre 1939 wohnten in der Wolgarepublik 366.685 Deutsche. Vgl. Informationsdienst „Deutsche in der Sowjetunion“, Januar 1991, S. 8.

Im Juli 1990 wurde eine Kommission der Nationalitätenkammer des Obersten Sowjets der UdSSR mit der Aufgabe beauftragt, die Lage der Sowjetdeutschen zu untersuchen. Im November legte sie einen Bericht vor, in dem sie die Wiederherstellung der Autonomie und die volle Rehabilitierung der Sowjetbürger deutscher Volkszugehörigkeit als vorrangige Aufgaben bezeichnete. Die Nationalitätenkammer stimmte dieser Schlussfolgerung im Prinzip zu. Noch kurz zuvor hatte der Oberste Sowjet eine Deklaration verabschiedet, in der er die Deportationen der Kriegsjahre für gesetzwidrig und verbrecherisch erklärte und eine Garantie der Rechte der deportierten Völker forderte. Eine Regierungskommission wurde mit der Ausarbeitung eines Programms der Wiederherstellung der Autonomie der Deutschen beauftragt.⁴⁷

Nach der Veröffentlichung dieses Beschlusses spitzte sich die Stimmung im Wolgagebiet zu. Es wurden wieder zahlreiche Protestkundgebungen im Gebiet Saratow und in Moskau organisiert, auf denen auch Parolen wie "Faschisten raus!" oder "Wir wollen kein Viertes Reich" zu sehen waren. Zu den Hauptargumenten der Gegner deutscher Autonomiebestrebungen gehörten mögliche wachsende nationale Spannungen im Gebiet, die Gefahr von Zusammenstößen wie in Nagornyj Karabach, die Benachteiligung der Region und schließlich der Mangel an Wohnraum und Arbeit.⁴⁸

Aufgrund dieser Entwicklung entschied sich die Kommission in Übereinstimmung mit dem ZK der KPdSU für eine Änderung des Beschlusses: Statt einer Republik an der Wolga sollte es eine lockere Assoziation der Russlanddeutschen mit Kulturautonomie, aber ohne Territorium geben. Dieser Vorschlag führte zur Spaltung der russlanddeutschen Bewegung. Um den stellvertretenden Vorsitzenden von "Wiedergeburt" Hugo Wormsbecher, hatte sich eine Gruppe gebildet, die bereit war, den Weg zur Autonomie "evolutionär"⁴⁹ zu gestalten. Sie waren bereit sich zu diesem Zeitpunkt mit einer "Assoziation" in Form

⁴⁷ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Entwicklung in Russland...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

⁴⁸ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen*, in: *Osteuropa*, Jg. 40, 1990, S. 852.

⁴⁹ Anm.: Evolutionär war in diesem Sinne gedacht die stufenweise Herstellung der Wolgarepublik über nationale Landkreise und Gebiete.

einer Kulturautonomie zu begnügen. Diese "Minimalisten" oder "Realisten", wie sie sich selber nannten, schlossen sich letztendlich im Juni 1991 im "Verband der deutschen in der UdSSR" zusammen und arbeiteten eng mit Partei und Staat zusammen.⁵⁰

Den Streit um die weitere Richtung der Autonomiebewegung sollte schließlich der "Erste Kongress der Sowjetdeutschen" lösen. Heinrich Groth erreichte, dass für den Kongress vor allem die Anhänger der alten "maximalistischen" Richtung nominiert wurden. Dies war aus der Sicht der sowjetischen Seite nicht wünschenswert und so wurde der Kongress nach mehreren Terminverschiebungen letztendlich kurz vor Beginn am 11. März 1991 auf unbestimmte Zeit vertagt.⁵¹ Trotz dieses Beschlusses gelang es Groth, die Hälfte der Delegierte zu versammeln und einen "Außerordentlichen Kongress" durchzuführen. Hier setzte sich eindeutig Groths "harte Linie" durch, die entweder die Wiederherstellung der Wolgarepublik oder die Ausreise verlangte.⁵²

Da der Kongress aber für illegal erklärt wurde, berücksichtigte die sowjetische Seite die dort verabschiedete Beschlüsse nicht, kam den Russlanddeutschen aber mit dem Gesetz über eine Rehabilitierung deportierter und repressierter Völker entgegen, in dem unter anderem auch die Wiederherstellung der deutschen Republik vorgesehen war. Die Umsetzung des Gesetzes wurde jedoch ausgesetzt und bis heute nicht vollzogen.⁵³

Der erste tatsächliche Erfolg der Autonomiebewegung kam folglich nicht an der Wolga zustande, sondern in Westsibirien. Hier wurde im Juni 1991 der im Jahre 1938 liquidierte deutsche Rayon (Landkreis) Halbstadt wiedererrichtet.⁵⁴

Auch die Bundesregierung war aufgrund der fortwährend steigenden Aussiedlerzahlen an der vollen Rehabilitierung der Russlanddeutschen und an der Wiederherstellung der Wolgarepublik interessiert.

⁵⁰ Vgl. Hilkes, Peter – Stricker Gerd: *Die Jahre nach...*, S. 244.

⁵¹ Anm.: Als einer der Gründe nannte die Regierung den nicht ausreichenden jurischen Rahmen (Das Gesetz über die Rehabilitierung der deportierten Völker war damals nur Entwurf)

⁵² Vgl. Olt, Reinhard: Ränkespiele mit den Rußlanddeutschen, in: FAZ vom 15.3.1991, S.14.

⁵³ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

⁵⁴ Anm.: Näher zu diesem Thema im Unterkapitel "Die deutschen Rayons in Westsibirien".

Außenminister Kinkel äußerte sich in dem Sinne, dass sich die deutsch-russischen Beziehungen auch gemäß dem russischen Verhältnis zu den Russlanddeutschen entwickeln werden. Die nach dem "August-Putsch" gebildete russische Regierung schien in dieser Frage entschlossener zu sein. Während seines Besuches in Bonn im November 1992 unterzeichnete Boris Jelzin eine "Gemeinsame Erklärung", in der sich Russland zur "Wiederherstellung der Republik der Deutschen in den traditionellen Siedlungsgebieten ihrer Vorfahren an der Wolga" sowie zur Schaffung und Förderung von nationalen Bezirken für die Deutschen in ihren gegenwärtigen Siedlungsgebieten bekannte.⁵⁵

Es gibt mehrere Gründe warum auch dieser Wiederherstellungsversuch letztendlich nicht erfolgreich war. Schon bei seinem Besuch in Berlin brachte Jelzin das Truppenübungsgelände Kapustin Jar (heute Snamensk) am Eltonsee (Gebiet Astrachan) als ein mögliches Ansiedlungsgebiet der Russlanddeutschen ins Gespräch. Noch im Dezember 1991 hatte der Oberste Sowjet ein Moratorium verabschiedet, das alle Gebietsveränderungen für die Dauer von 5 Jahren untersagte. Für das endgültige Scheitern aller Wiederherstellungsversuche, zumindest in den Augen der russlanddeutschen Vertreter, schien allein Präsident Jelzin verantwortlich zu sein, als er bei seinem Besuch in Saratow (Wolgagebiet) im Januar 1992 folgende Erklärung abgab:

*[...] Dort wo es keine kompakte Ansiedlung der deutschen Bevölkerung, der wolgadeutschen Bevölkerung, d.h. damit sie die Mehrheit stellen, gibt, wird es keine Autonomie geben! Als Präsident garantiere ich euch das!*⁵⁶

Gleichzeitig bekräftigte Jelzin auch seine Idee, den Deutschen das Territorium des Raketenschießplatzes Kapustin Jar am Eltonsee zur Verfügung zu stellen, wo es aber nur zu irgendeiner Form von Autonomie kommen könne, wenn die Wolgadeutschen dort 90% der Bevölkerung bilden würden.⁵⁷

⁵⁵ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen*, München 1999, S. 164.

⁵⁶ Informationsdienst "Deutsche in der Sowjetunion", Mai 1991, S. 3.

⁵⁷ Vgl. Ebd., S. 3.

Die Reaktionen auf diese Erklärung ließen nicht lange auf sich warten. Der Vorsitzende von "Wiedergeburt" Heinrich Groth reagierte mit einem Aufruf zur Ausreise nach Deutschland. Auch die Bundesregierung reagierte prompt auf die neugeschaffenen Tatsachen und der Haushaltsausschuss des Bundestages sperrte sofort 50 Millionen DM, die für den Wiederaufbau der Wolgarepublik bereitgestellt worden waren. Horst Waffenschmidt kommentierte die Sperre mit den Worten, er könne „dem Haushaltsausschuss des Bundestages nicht vorschlagen, Geld für ein Raketengelände zu investieren, wo keiner hinzieht“⁵⁸

Der Versuch Jelzins, mit der Unterzeichnung eines Erlasses "Über Sofortmassnahmen zur Rehabilitierung der Russlanddeutschen" am 21. Januar 1992 zumindest in Deutschland Sympathien zurückzugewinnen, kann teilweise als gelungen bezeichnet werden. Darauf folgte das am 23. April 1992 unterschriebene "Protokoll über die stufenweise Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen".⁵⁹ Zur Koordinierung der Maßnahmen wurde eine deutsch-russische Regierungskommission ernannt. Auf der russischen Seite sollten sich an der Arbeit auch Vertreter der Russlanddeutschen beteiligen. Der Aussiedlerbeauftragte Horst Waffenschmidt bezeichnete dieses Protokoll als einen wirklichen Durchbruch in den Verhandlungen. Der Vorsitzende der Gesellschaft "Wiedergeburt" Heinrich Groth beschrieb dieses Dokument dagegen als ein Protokoll der "geschwungenen Worte", das keine realistische Schritte vorsähe und keine Lösung vorstelle. Die weitere Entwicklung sollte ihm Recht geben.⁶⁰

Weitere Schritte zur Wiederherstellung der Autonomie seitens des russischen Präsidenten, wie etwa eine Verordnung zur Schaffung eines deutschen Nationalkreis (Okrug) im Gebiet Wolgograd und eines

⁵⁸ Deutscher Ostdienst, Nr. 3, 1992, S. 1-2.

⁵⁹ Vgl. *Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation zur stufenweise Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6, 1992, S. 763-766.

⁶⁰ Eisfeld, Alfred: *Zwischen Bleiben und Gehen: Die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Parlament, B 48/93 vom 26. November 1993.

deutschen nationalen Rayons auf dem Territorium des Gebiets Saratows, blieben bis heute unrealisiert .⁶¹

3.1. Die deutschen Rayons in Westsibirien

Die Autonomiebewegung verfolgte neben dem Hauptziel der territorialen Rehabilitierung an der Wolga auch die Wiedererrichtung der kurz vor dem Anfang des Zweiten Weltkrieges (1938) aufgelösten deutschen Rayons. Nach der Bevölkerungsverteilung in den einzelnen Gebieten erwies sich die Region Westsibirien, wo mehrere Tausend Russlanddeutsche lebten, am günstigsten für diese Ziele. Zwischen den Jahren 1991-1992 wurden hier zwei deutsche Rayons, Halbstadt in der Altaj-Region und Asowo bei Omsk, gegründet.⁶² Diese Verwaltungseinheiten genießen eine bestimmte Selbstständigkeit und durch eine beachtliche finanzielle Förderung seitens der Bundesregierung wurden sie bald zu einem Anziehungspunkt der in den mittelasiatischen Staaten wohnenden Deutschen.

3.1.1. Der deutsche nationale Rayon Halbstadt

Am 1. Juli wurde in der Kulanda-Steppe rund 35 km nordöstlich von Slawgorod nach einer erfolgreichen Volksabstimmung per Dekret des Obersten Sowjets der deutsche nationale Rayon Halbstadt wiedererrichtet.⁶³ Der Landkreis entstand durch Zusammenschluss von 16 Ortschaften mit zusammen 20.700 Einwohnern, hierunter 18.600 Deutsche. Zum Zentrum wurde die Stadt Halbstadt (früher Nekrasowo) gewählt. Der Rayon Halbstadt und auch der zweite deutsche Rayon Asowo gehörten zu den Förderungsschwerpunkten der deutschen Regierung in der Russischen Föderation.⁶⁴ Alleine in Jahren 1991-1995

⁶¹ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: [http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005)

⁶² Anm.: Ein Rayon entspricht etwa einem Landkreis.

⁶³ Anm.: Dieser Rayon existierte schon in den Jahren 1927-1938 und wurde wie die anderen nationalen Kreise auf Anordnung von Stalin liquidiert. In dieser Zeit lebten hier 13.000 Leute und davon waren 96% die Russlanddeutschen.

⁶⁴ Anm.: Näher zur Förderung s. das Kapitel "Förderung der Russlanddeutschen in den Herkunftsländern"

wurden in die deutschen Rayons über 90 Millionen DM investiert. Das Ziel der deutschen Regierung, aus beiden Gebieten eine "Insel der Hoffnung" zu machen, blieb ohne erwarteten Erfolg. Es wurden zwar die Lebensbedingungen der ortsansässigen Bevölkerung verbessert, so dass auch viele Deutsche aus Kasachstan hierherzogen; die Sogkraft der Bundesrepublik war für die meisten aber größer. So betrachteten viele Russlanddeutsche die Rayons nur als einen Zwischenstopp auf dem Weg ins "Schlaraffenland" Deutschland. Auch deswegen wurde die Fluktuation der Bevölkerung zu einem der wichtigsten Probleme. Obwohl im Gebiet des Rayons und in der Stadt Slawgorod noch 1998/1999 etwa 39.000 Russlanddeutsche lebten, hatten in den Jahren 1991 und 1996 bereits insgesamt 60% der alteingesessenen Bevölkerung diesen Rayon verlassen. Die meisten Zuwanderer, die in den Rayon kamen und kommen sind russische Familien, gefolgt von gemischtnationalen und dann erst deutschen Familien. Die meisten Zuwanderer kommen aus Kasachstan und Kirgisien (60%-65%). Durch diese Wanderungen aber verliert das Gebiet seinen deutschen Charakter, da der russlanddeutsche Anteil an der Gesamtbevölkerung heutzutage schon deutlich unter der 50%-Grenze liegt und von Dorf zu Dorf auch stark schwankt. Auch aus diesem Grund wurde im Jahre 1999 in den Vereinbarungen zwischen dem deutschen Aussiedlerbeauftragten Jochen Welt und politischen Vertretern des Altaj-Kreises vereinbart, dass sich die Förderung über den Rayon hinaus auf den gesamten Altaj-Kreis ausdehnen solle, um so mehr Russlanddeutsche zu erreichen.⁶⁵

3.1.2. Der deutsche nationale Rayon Asowo

Der Rayon Asowo verbindet in einem Regionalverband mit 103 weiteren deutschen Dörfern etwa 150.000 Deutsche im Gebiet Omsk. Dieser vierzig Kilometer südlich von Omsk gelegener Rayon wurde am 17. Februar 1992 durch ein Dekret des Obersten Sowjets der RSFSR

⁶⁵ Anm.: Im Jahre 1999 lebten im Altaj-Gebiet etwa 150.000 Russlanddeutsche. Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005); Klaube, Manfred: *Emigration und Migration in den beiden deutschen Landkreisen Westsibiriens*, in: Osteuropa, Jg. 44, 1994, S. 74-89; Klaube, Manfred: *Fünf Jahre Deutscher Nationaler Rayon Halbstadt in Westsibirien*, in: Osteuropa, Jg. 47, 1997, S. 373-389.

gegründet. Auch dieser Neugliederung ging eine Volksabstimmung voraus, bei der sich im Oktober 1991 83% der Einwohner für die Errichtung des deutschen nationalen Rayons aussprachen. Auf dem 1.400 km² großen Gebiet wohnten 1992 19.400 Einwohner, davon 11.600 Deutsche. Zu den wichtigsten Aufgaben gehörten Infrastrukturmaßnahmen und der Wohnungsbau. Der deutsche Landrat Bruno Reiter verfolgt in diesem Rayon eine andere Ansiedlungspolitik als sein Kollege Josef Bernhard in Halbstadt. Während in Halbstadt nur so viele Leute aufgenommen werden, für die es auch Arbeitsplätze und Wohnräume gibt, können Neusiedler nach Asowo ohne Beschränkungen kommen. Dies spiegelt sich in diesem Rayon aber auch negativ in den hohen Zahlen von Arbeitslosen und Obdachlosen, beziehungsweise provisorisch in Wohncontainern lebenden Russlanddeutschen wider. Auch diese Region war von Fluktuation betroffen. Diese war aber keinesfalls so intensiv wie im Halbstädter Rayon. Trotzdem sank die Zahl der Deutschen wesentlich. Waren 1992 noch 63% der Einwohner Deutsche, so zeugt ihr Anteil im Januar 1997 mit nur noch 45% von einer sinkenden Tendenz.⁶⁶

Die Idee der deutschen Regierung, die beiden deutschen Rayons zu einem Erfolgsmodell für die 600.000 in Westsibirien wohnenden Deutschen zu machen, stieß unter den Russlanddeutschen nur auf geringes Interesse. Das Hauptziel derjenigen, die sich zum Deutschtum bekannten, war die Ausreise nach Deutschland. Nur für diejenigen, die nicht ausreisen durften oder sich zum Verbleib entschieden, konnten diese deutschen Landkreise eine Alternative darstellen. Aufgrund der starken Migration geht der deutsche Charakter beider Rayons verloren. Die Neusiedler sprechen gar kein oder nur ein gebrochenes Deutsch und die russische Sprache gewinnt weiterhin an Bedeutung. Dies hatte einen Rückgang des Deutschunterrichts in den Schulen und ein sinkendes Interesse an deutschen Kulturveranstaltungen zur Folge. Einen besonders starken Einschnitt in die Finanzierung beider deutschen Landkreise bedeutete das Umdenken der neuen Bundesregierung (1998). Zugunsten

⁶⁶ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen...*, S.169f.

einer breitangelegten Förderung ging man von finanzaufwändigen Großprojekten ab. Die weitere Entwicklung scheint ungewiss. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es größtenteils zur Assimilierung der deutschen Bevölkerung kommen, so dass in der Zukunft die deutschen Kulturveranstaltungen nicht mehr als ein Andenken an die alten Zeiten bleiben können.

3.2. Weitere Autonomievarianten

3.2.1. Gebiet um Kaliningrad (Königsberg)

Als eine weitere Alternative für eine mögliche Autonomie wurde von den Russlanddeutschen schon Ende der Achtziger und noch verstärkt Anfang der Neunziger das Gebiet Kaliningrad betrachtet. Die geographische Nähe zur Bundesrepublik und die Geschichte Kaliningrads (früher Königsberg) sprach dafür, eine deutsch-russische baltische Republik entstehen zu lassen. Die Erklärung dieses Gebiets zur Freihandelszone im Jahre 1991 förderte auch in der Gesellschaft "Wiedergeburt" den Gedanken, dieses Gebiet als eine Alternative zur Wolgaautonomie zu betrachten. Diese Vorstellung fand auch in einigen Kreisen in Deutschland Unterstützung. Von der deutschen Regierung wurde diese Autonomievariante offiziell nie unterstützt. Trotzdem wurden aber in diese Region in den Jahren 1991-1995 etwa 22 Mio. DM investiert. Das Geld wurde hauptsächlich als medizinische und wirtschaftliche Hilfe angesehen und kam auch der einheimischen nichtdeutschen Bevölkerung zu Gute.⁶⁷

Für Russland war aber diese strategisch zwischen Polen und Litauen gelegene Enklave zu wichtig, um sie einer deutschen Autonomie preisgeben zu können. Auch die Bedenken der Nachbarstaaten und die Widerstände der Bevölkerung bewogen die deutsche Regierung bei der 3. Sitzung der deutsch-russischen Kommission eine Erklärung abzugeben, dass der Zuzug nur auf Grund der Freizügigkeit, ohne Unterstützung von

⁶⁷ Anm.: Von diesem Geld wurde auch das Deutsch-Russische Haus finanziert, das am 12.3.1993 eröffnet wurde.

deutscher Seite durchgeführt wird. Trotzdem zogen einige Russlanddeutsche dorthin und die Zahl der auf diesem Gebiet wohnenden Deutschen bewegt sich zwischen 8.000 - 20.000.⁶⁸

3.2.2. Ukraine

Nach der Souveränitätserklärung der Ukraine am 16. Juli 1990 organisierte sich auch hier ein ukrainischer Zweig der Gesellschaft "Wiedergeburt", der hier nach der Volkszählung im Jahre 1989 37.849 Personen deutscher Volkszugehörigkeit vertrat. Schon in den Anfangsjahren zeigte die ukrainische Seite Interesse, die hier vor dem Krieg lebenden Deutschen wiederanzusiedeln.⁶⁹

Einen offiziellen Anstrich erhielt diese Idee durch den ukrainischen Präsident Leonid Krawtschuk, der höchstwahrscheinlich als Reaktion auf Jelzins Äußerungen in Saratow im Januar 1992, mit einem Dekret über die Schaffung eines Ukrainisch-Deutschen Fonds, die Rückkehr der Deutschen in die Ukraine beabsichtigte. Die geplanten 400.000 Deutschen sollten vor allem in den dünnbesiedelten südukrainischen Gebieten (Cherson, Nikolajew, Odessa, Zaporžje) angesiedelt werden. Später wurde auch über die Halbinsel Krim nachgedacht. Die geschafften rechtlichen Rahmenbedingungen überzeugten die deutsche Seite, zumal die finanzielle Unterstützung zugesagt wurde. Im Jahre 1992 wurden 20 Millionen DM und im nächsten Jahr sogar 32 Millionen DM vom deutschen Bundesetat zur Verfügung gestellt.⁷⁰

Aber auch dieser Plan scheiterte. Schon bei den Verhandlungen der deutsch-ukrainischen Regierungskommission im Jahre 1993 wurde von ukrainischer Seite präzisiert, dass sich dieses Angebot nur an diejenigen Deutschen richtet, die schon vor dem Krieg in der Ukraine lebten oder deren Verwandten von dort stammten. So wurde der Kreis der möglichen Umsiedler sehr eingeeengt. Aber auch die eigentliche Ansiedlung, die

⁶⁸ Anm.: Die unterschiedlichen Zahlen sind aufgrund der unterschiedlichen Angaben aufgeführt. Nach Schätzungen des Gebietsgouvernement wohnen hier 7-8 Tausend Deutsche (was von 1 Mio. Einwohner umg. 0,9% ausmacht). Die russlanddeutschen Verbände sprechen in diesem Zusammenhang von 20 Tausend Russlanddeutschen. Vgl. *Der Traum von „Ostsee-Hongkong“ ist vorerst beendet*, in: Rheinische Post vom 20.12.1997.

⁶⁹ Anm.: Bis zum Zweiten Weltkrieg lebten in der Ukraine 435.300 und auf dem Krim 50.000 Deutsche.

⁷⁰ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Zwischen Bleiben und Gehen...*, S. 50. Ukrainische Regierung stiftete dem Fond 5 Mio. Rubel.

unter der Leitung des Deutsch-Ukrainischen Fonds durchgeführt werden sollte, stieß auf erhebliche Probleme. Für die Umsiedler aus den mittelasiatischen Republiken und Kasachstan war keine Unterkunft vorbereitet worden und sie mussten in den notgebauten Wohncontainern untergebracht werden. Auch die versprochene Schaffung von Arbeitsplätzen blieb aus. Die administrativen Probleme mit dem Verleihen der ukrainischen Staatsbürgerschaft⁷¹ und vor allem die groß angelegten Fehlinvestitionen ohne Berücksichtigung der fehlenden Infrastruktur führten zum Zusammenbruch dieses Projektes. Insgesamt zogen weniger als 1.500 Deutsche in diese Gebiete und viele wanderten einige Jahre später weiter Richtung Deutschland.⁷²

3.2.3. Kirgisische Republik

Das deutsche Geld diente als Anlass auch zu weiteren Angeboten. Am 29. Januar 1992 unterzeichnete der kirgisische Präsident Akajev einen Erlaß "Über die Bildung deutscher nationaler Kulturbezirke sowie nationaler Produktionsstrukturen und kommerzieller Einrichtungen in der Republik Kirgistan". Obwohl dieses Dekret ohne Beteiligung des Parlaments verabschiedet wurde – es hätte dort keine Mehrheit gegeben – erweckte es große öffentliche Aufmerksamkeit. In den Rayons Sokoluk und Tschu, in denen die Deutschen einen beachtlichen Bevölkerungsanteil stellten, sollte ihnen eine eigene Verwaltung, Möglichkeiten für eigene Wirtschafts- und Verwaltungspolitik sowie eine Kulturautonomie gesichert werden. Es sollte auch ein "Fond für die Entwicklung der deutschen Kultur" gegründet werden. Als Interessenvertretung der Russlanddeutschen in Kirgistan wurde der "Volksrat der Deutschen" gebildet dem sich auch elf Unternehmen angeschlossen haben. Diese Maßnahmen wurden immer langsamer fortgesetzt und die Deutschen verließen Kirgistan in so großer Zahl, dass von den 100.000 Russlanddeutschen, die hier im Jahre 1989 lebten, im

⁷¹ Anm.: Dem größten Teile der Neuansiedler sollte die ukrainische Staatsbürgerschaft trotz früheren Zusagen erst nach 5 Jahren verliehen werden.

⁷² Vgl. Eisfeld, Alfred: *Zwischen Bleiben und Gehen...*, S. 51.

Jahre 2004 nur noch etwas weniger als 20.000 übriggeblieben waren.⁷³ So entschloss sich die Deutsch-Kirgisische Regierungskommission schon im Jahre 1998, sich mehr auf die soziale Hilfe zu konzentrieren. Seit dieser Zeit werden in Kirgistan die Errichtung von Sozialstationen sowie die Lieferung von Medikamenten und medizinischen Präparaten unterstützt.⁷⁴

3.2.4. Das Gebiet um St. Petersburg

Zu einem Siedlungsschwerpunkt der Russlanddeutschen sollte das Gebiet um St. Petersburg werden, wofür sich der Petersburger Bürgermeister Anatolij Sobtschak einsetzen wollte. Bei einem Besuch in Baden-Württemberg machte er von sich Reden, als er den rund 20.000 deutschen Familien im Gebiet um St. Petersburg anbot, ihnen 150.000 ha Boden, über die er alleine eigentlich gar nicht entscheiden konnte, zur Verfügung zu stellen. Er stieß damit auf das Interesse des damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Erwin Teufel und das Bundesland, später auch in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, unterstützte im Jahre 1992 das bescheidener angelegte Projekt "Nasia", das in der Nähe der Städte St. Petersburg und Pskow (Pleskau) auf rund 2.400 ha rund 100 deutsche Bauernhöfe für etwa 400 bis 500 Russlanddeutsche plante. Dazu sollten noch Infrastruktur, Schulen, Molkereien und Schlachthöfe gebaut werden. Die russische Aufgabe war es, den deutschen Bauern den Boden und die Kredite zu gewähren, die deutsche Seite sollte hingegen für die technische Organisation und Schulung der Bauern verantwortlich sein.⁷⁵ Aber auch dieses Siedlungsmodell scheiterte schon drei Jahre später und wurde durch ein neues Siedlungsprojekt im Petersburger Vorort Strelna (Neudorf) abgelöst, wo die Nachkommen der ehemaligen deutschen Bewohner

⁷³ Vgl. Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion", Dezember 2004, S. 11. Internetausgabe: <http://www.goettinger-arbeitskreis.de> (7.9.2005).

⁷⁴ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

⁷⁵ Vgl. *Deutsche sollen bei Petersburg siedeln. Baden Württemberg will Musterprojekt unterstützen*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 11.3.1993, S.6; *Waffenschmidt: Neue Vertretung für die deutsche Minderheit*, in: *FAZ* vom 5.11.1993, S.5; *Erst das Fressen, dann die Nation*, in: *Spiegel*, Nr. 43, 1991, S. 208f.

St. Petersburgs angesiedelt werden sollten. Die ersten fertiggestellten Häuser wurden 1998 bezogen. Aber auch hier entstanden bürokratische Probleme, da die lokalen Behörden den Neusiedlern ein dauerhaftes Wohnrecht für diese Region nahezu unmöglich machten. Zuletzt bewogen auch die gestiegenen Projektkosten und neue Schwerpunkte in der Unterstützung der Russlanddeutschen die Bundesregierung dazu, dieses Projekt nicht weiter zu betreiben.⁷⁶

Die Idee einer territorialen Autonomie wurde definitiv mit der neuen russischen Verfassung aus dem Jahre 1996 begraben. Im neuen russischen Grundgesetz ist die Wiederherstellung einer autonomen Republik nur in dem Falle möglich, wenn sich dafür auch die Einwohner der betroffenen Gebiete im Referendum aussprechen, was für das Wolgagebiet nach den bisherigen Erfahrungen als eine Utopie scheint. Die russische Regierung entschied sich, die Nationalitätenfrage mit der Kulturautonomie zu lösen.⁷⁷ Diese garantiert den Minderheiten die Möglichkeit einer eigenen Betätigung in Fragen von Bildung und Kultur. Ein Jahr später wurde für die deutsche Bevölkerung sogar ein Programm für die Jahre 1997-2006 verabschiedet, das für diese 10 Jahre die Aufnahme von 100.000 Umsiedlern vor allem aus den GUS-Republiken, die Schaffung von 22.000 Arbeitsplätzen und die Bewirtschaftung von circa 147.000 ha Land beabsichtigte. Zur Finanzierung sollten Mittel aus dem deutschen und russischen Staatshaushalt sowie Mittel der beteiligten Regionen und Gebiete genutzt werden. Ende 1997 wurde die "Föderale Nationale Kulturautonomie der Russlanddeutschen" gebildet, die verschiedene Gruppierungen der Russlanddeutschen unter einem Dach vereinigen sollte. Diese Aufgabe erfüllte diese aber in den ersten Jahren nicht und die Konflikte zwischen den russlanddeutschen Verbänden führten dazu, dass die Möglichkeiten dieses Programm nicht genutzt wurden und dass sich sowohl die russische als auch die deutsche Regierung in der Finanzierungsfrage in der Folge eher zurückhielten.⁷⁸

⁷⁶ Vgl. Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion", September 1996, S. 11; Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

⁷⁷ Anm.: Das Gesetz "Über die national-kulturelle Autonomie" wurde am 22.5.1996 verabschiedet.

⁷⁸ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen...*, S. 171,173.

4. Förderung der Russlanddeutschen in den Herkunftsländern

Die schlechte wirtschaftliche Situation in der Sowjetunion und später auch in ihren Nachfolgestaaten und die dadurch immer wieder steigende Zahl der ausreisewilligen Russlanddeutschen bewog die bundesdeutschen Stellen ein umfassendes Konzept zur Hilfe für die deutsche Minderheit auszuarbeiten. Im Vergleich zu der Zeit vor 1989, als sich die Hilfe nur auf Postpakete und die Unterstützung von Aussiedlungswünschen beschränken musste, konnten mit der Öffnung der Grenzen und dem politischen Wandel, die Hilfsmaßnahmen für die deutsche sowie übrige Bevölkerung in der Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen und Behörden abgestimmt werden. Die konkreten Maßnahmen wurden in gemeinsamen Kommissionen abgesprochen, zu dessen Mitgliedern auch die Vertreter der deutschen Minderheit gehörten. Die Hilfe wurde von Anfang an als Hilfe zur Selbsthilfe konzipiert und sollte mit Unterstützung vor Ort durchgeführt werden. Großer Wert wurde darauf gelegt, dass die Projekte auch den nichtdeutschen Nachbarn zugute kommen, um Neidgefühle zu vermeiden und um die Akzeptanz der Hilfe für die Deutschen zu erhöhen.⁷⁹

Die Förderung könnte man in zwei Phasen einteilen. Die erste Phase zwischen den Jahren 1990-1998 war neben der Unterstützung im kulturellen und sozialen Bereich durch eine starke Förderung des wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Sektors gekennzeichnet. Die im Jahre 1998 gewählte Bundesregierung reduzierte die Ausgaben und setzte ihren Schwerpunkt mehr in die Breiten- und Begegnungsstättenarbeit, in Sprachkurse, Jugendarbeit, Aus- und Fortbildung und in Städtepartnerschaften.

⁷⁹ Vgl. Pöhle, Klaus: *Zur Lage der Rußlanddeutschen: Bleiben oder Aussiedeln?*, in: Ost-West-Migration: Fluchtursachen und Handlungsperspektiven ; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. und 28. Januar 1994 in Frankfurt/Oder. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, Bonn 1994, S. 54f. Internetausgabe: <http://library.fes.de> (16.9.2005).

4.1. Erste Phase. Schwerpunkt wirtschaftlicher und landwirtschaftlicher Hilfe

Nach der Übergangsperiode des Jahres 1989, als hauptsächlich die soziale Hilfe, die sowohl aus medizinischer Versorgung als auch aus Lebensmittellieferungen bestand, Vorrang hatte, wurde im Jahre 1990 ein neues Programm eingeführt. Ziel der Hilfsmaßnahmen war die Verbesserung und Stabilisierung der Lebensbedingungen der deutschen Minderheit in den Siedlungsgebieten. Dadurch sollten möglichst viele der damals über 2 Millionen Russlanddeutschen zum Verbleib in der GUS bewegt werden. Nur kurz zu Beginn der Maßnahmen war in einigen Bereichen unklar, welches bundesdeutsche Ministerium für die jeweilige Förderung zuständig ist. Die Situation wurde aber bald geklärt und die Maßnahmen der Kulturpolitik und des Bildungsbereichs kamen in die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes, während gemeinschaftsfördernde, soziale, landwirtschaftliche und wirtschaftsbezogene Maßnahmen in die Kompetenz des Bundesinnenministeriums fielen.⁸⁰

Im sozialen Bereich wurden Lebensmittelhilfe und medizinische Hilfe fortgesetzt, was zum Beispiel auch die Ausstattung von Krankenhäusern mit medizinischen Geräten und Krankenwagen einschloss. Zu den Hilfen im gemeinschaftsfördernden Bereich gehörte die Errichtung und Ausstattung von Begegnungsstätten, die Unterstützung der russlanddeutschen Organisationen, die Durchführung von Seminaren, Begegnungsreisen und Fortbildungsveranstaltungen. Zu den wichtigsten Aufgaben zählte auch die Unterstützung des Deutschunterrichts, sei es allein in Form der Bereitstellung deutschsprachiger Bücher, Lehrbücher und Zeitungen oder durch Entsendung von Lehrern sowie durch Förderung der deutschsprachigen Medien und Hilfen zur Entwicklung einer eigenständigen Kulturarbeit.⁸¹

Der dritte und aufwendigste Bereich betraf wirtschaftsbezogene Maßnahmen. Diese von den traditionellen Hilfen für die deutschen Minderheiten abweichende Unterstützung verfolgte ein einziges Ziel: Die

⁸⁰ Vgl. Pöhle, Klaus: *Zur Lage der Rußlanddeutschen...*, S. 55.

⁸¹ Vgl. Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion", März 1993, S. 43.

wirtschaftliche Stabilisierung und dadurch die Sicherung der Lebensperspektiven für die Russlanddeutschen in der GUS. Eine der wichtigsten Maßnahmen war der Infrastrukturaufbau und der Wohnungsbau in den Siedlungsschwerpunkten der Deutschen. Nicht nur Wohnhäuser sondern auch Bauernhöfe und für die vorläufige Unterbringung bestimmte Wohncontainer wurden errichtet. Auch der Aufbau bäuerlicher Betriebe inklusive Beratung, Beschaffung von Saatgut, Düngemittel und landwirtschaftlicher Geräte gehörte zu der wirtschaftlichen Förderung. Ein weiterer Versuch, der deutschen Minderheit eine Zukunftsperspektive zu geben, waren Hilfen bei der Errichtung und Erstattung mittelständischer Betriebe, die sich vor allem auf das Handwerk beziehungsweise auf die Lebensmittelverarbeitung konzentrierten. Auch der Wiederaufbau von Handwerksbetrieben wurde im Form von Krediten gefördert. Zu diesem Bereich gehörten auch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die eine Zukunftsinvestition darstellten.⁸²

Die Bundesregierung konnte diese Projekte auf dem russischen Gebiet nicht alleine durchführen, so dass auch einige Mittlerorganisationen damit beauftragt wurden. In den ersten Jahren wurde zum Koordinator dieser Hilfe der "Verein für das Deutschtum im Ausland e.V." (VDA) Dieser sich seit mehr als 100 Jahren um die Auslandsdeutschen kümmernden und aus der NS-Zeit anrühigen Gesellschaft wurden Projekte in Millionenhöhe anvertraut. Aber schon im Jahre 1993 musste der Projektträger gewechselt werden. Die Prüfungen des Bundesrechnungshofes deckten gravierende Mängel hauptsächlich in den Abrechnungen von Hilfgeldern auf. Weitere Probleme, die die Prüfer aus Frankfurt kritisierten, waren das Fehlen "einer schlüssigen Konzeption" für die Bonner Mega-Projekte. Dies zeigte sich zum Beispiel beim Bau einer Bäckerei, die nur auf ein spezielles Feinmehl ausgelegt war, dass aus 1200 km Entfernung herangeschafft werden musste, obwohl in zehn Minuten Entfernung eine Staatliche Bäckerei mit Erfolg wirtschaftete. Darüber hinaus wurden einige Projekte ohne Auswahlverfahren "exklusiv" vergeben. Diese Exklusivität genoss oft die Firma Interform, an der der

⁸² Vgl. Ebda, S. 43.

VDA eine Eigenbeteiligung hatte. Aber auch die Beschränkung auf die "Rolle des Geldgebers" und die fehlende Kontrolle seitens des Bundesinnenministeriums kritisierten die Frankfurter Prüfer. So musste sich der VDA nach dreijähriger Tätigkeit größtenteils aus den Projekten zurückziehen.⁸³

Zu neuen Mittlerorganisationen wurden die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Seit dem Jahr 2000 obliegt die Koordination ausschließlich der GTZ, die über Kontaktbüros vor Ort verfügt, damit die Einzelmaßnahmen den neuen Entwicklungen an Ort und Stelle angepasst werden können. Neben der Bundesregierung engagieren sich für die in der GUS lebenden Deutsche auch die Bundesländer, wie zum Beispiel Baden-Württemberg in Sankt Petersburg, die Kirchen und weitere öffentliche sowie private Träger.

Dieser Einsatz für die Russlanddeutschen war und ist immer noch oft mit Schwierigkeiten verbunden. Die Umbruchsituation in Russland mit schwierigen Kompetenzverteilungen, unsicheren Rahmenbedingungen und häufigem Wechsel der Zuständigkeiten, sowie Irritationen durch Äußerungen russischer Behörden verzögern die Bereitstellung der Finanzmittel, was dann oft zu Enttäuschungen unter den Russlanddeutschen und in der Folge auch oft zum Rücktritt einiger prominenten Sprecher der Russlanddeutschen führt.⁸⁴ Aber Probleme gibt es auch auf der russlanddeutschen Seite. Einige der vor allem in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre entstandenen russlanddeutschen Interessenverbände verweigern sich jedem Versuch eine Dachorganisation zu schaffen, so dass sich auch die Hilfe zerstreut.

⁸³ Vgl. *Im Prinzip Geschenke*, in: Der Spiegel, Nr. 35, 1992, S. 24f; *Kleine Brötchen*, in: Der Spiegel, Nr. 43, 1993, S. 72-75.

⁸⁴ Anm.: Aus diesem Grund trat der Vorsitzende der Gesellschaft Wiedergeburt, im Dezember 1993, von seinen Ämtern zurück. Vgl. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 49, Januar 1994, S. 4f.

4.1.1. Förderungsschwerpunkte

Obwohl die Russlanddeutschen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zerstreut leben, wurden von der Bundesregierung einige Gebiete mit größeren deutschen Bevölkerungsanteilen zu Siedlungsschwerpunkten ernannt. Hier konzentrierte sich die bundesdeutsche Hilfe. Auf diese „Insel der Hoffnung“, wie der damalige Aussiedlerbeauftragte Horst Waffenschmidt diese Gebiete nannte, sollte sich in der Zukunft das Leben der Russlanddeutschen konzentrieren. Die Siedlungsschwerpunkte liegen zwar hauptsächlich in Russland (Wolgagebiet, Westsibirien, St. Petersburg), aber auch andere postsowjetische Staaten, an erster Stelle nördliche Gebiete Kasachstans, wurden in die Förderungspolitik miteinbezogen.

Deutsche Rayons in Westsibirien. Beispiel eines Förderungsschwerpunktes

Neben der Wolga ist Westsibirien das wichtigste Fördergebiet. Anfang der Neunziger wohnten hier mehr als 500.000 Deutschstämmige. Die deutschen Rayons Asowo im Omskgebiet und Halbstadt im Altajgebiet stellten mit einer eigenen deutschen Selbstverwaltung und deutschen Einrichtungen ideale Siedlungsschwerpunkte dar. Dank der geographischen Nähe zu Kasachstan und weiteren mittelasiatischen Republiken zogen auch viele Deutsche aus diesen oft unsicheren Gebieten in die Rayons um, sofern sie hier eine Chance auf Wohnung und Arbeit sahen. In den Rayons wurden Entwicklungsgesellschaften gegründet. Die Gesellschafter waren neben der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (Halbstadt) respektive Kreditanstalt für Wiederaufbau (Asowo) die Organisationen vor Ort, die oft als Zusammenschlüsse der Kolchosen in den Rayons entstanden. Die wichtigste Aufgabe dieser Gesellschaften ist die Planung, Koordinierung und Abwicklung von Unterstützungsmaßnahmen, die den lokalen Bedingungen angepasst werden müssen. Grundprinzipien sind dabei die „Partizipation der Betroffenen“ und die „Hilfe zur Selbsthilfe“.⁸⁵

⁸⁵ Vgl. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 58, September 1994, S. 7.

Die ursprüngliche Idee beider Landräte war, aus den beiden Rayonzentren (Halbstadt und Asowo) Städte nach europäischem Muster zu bauen - mit einem Geschäftszentrum, Verwaltungsbauten, einem Hotel mit Restaurant, Bank, Post, Klinik usw. Die Realität war jedoch anders und man musste den nüchterneren Vorstellungen den Vorzug geben.⁸⁶

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört die Ansiedlung der Neuhinzugezogenen. Beiden deutschen Rayons lagen Anfang der neunziger mehrere Tausend Ansiedlungsbewerbungen von Deutschen aus den mittelasiatischen Republiken, vor allem aus Kasachstan, vor. Leider gab es in den Rayons nicht genügend Wohnplätze. Die Entwicklungsgesellschaften versuchten, diesen Wohnungsmangel zu beseitigen, indem sie den nach Deutschland Ausreisenden die Häuser abkauften und an die Umsiedler vermieteten. Es wurden Wohnungsbaudarlehen gewährt oder Baumaterialien zum Bau in Eigenleistung bereitgestellt. Darüber hinaus wurden auch im Auftrag der Gesellschaften neue Häuser gebaut.⁸⁷ Das alles reichte aber nicht aus um das Aussiedlungsbegehren der Deutschen aus Mittelasien zu befriedigen und so musste die GTZ eine Übergangslösung finden. Die Russlanddeutschen wurden in Wohncontainern untergebracht. So entstand zum Beispiel in der Nähe des Rayonszentrums Asowo im Jahre 1994 ein Containerdorf mit 260 Containern. Die Übergangszeit, in der die Russlanddeutschen in dieser Notunterbringung wohnen sollten, verlängerte sich aber ständig. In die fertigen Häuser zogen zumeist Funktionäre ein und nachdem im Jahre 1998 der Wohnungsbau großenteils gestoppt wurde, blieben viele Umsiedler ohne Zukunftsperspektive in der Container-Unterbringung. Viele reisten deswegen schon früher nach Deutschland aus. Man sollte sich aber auch keinen allzu großen Illusionen hingeben, dass dies der einzige Grund war und dass die meisten Deutschen in den Rayons tatsächlich ihre Zukunft planten. Sie betrachten

⁸⁶ Vgl. *Zwei Ansiedlungen in Westsibirien und viele Schwierigkeiten*, in: FAZ vom 7.8.200, S. 18.

⁸⁷ Anm.: So wurden z.B. im Jahre 1993 im Rayon Halbstadt cca. 100 Häuser durch die Gesellschaft erworben und 52 neu gebaut.

die Rayons oft nur als eine Zwischenstation auf dem Weg nach Deutschland.⁸⁸

Neben der Versorgung mit Wohnraum war die Schaffung und Erhaltung von gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen das wichtigste Anliegen, um die nachhaltige Wirkung der Fördermaßnahmen zu gewährleisten. Die Bundesregierung finanzierte die Errichtung von Gewerbebetrieben, die sich auf die für die Rayons so wichtige landwirtschaftliche Verarbeitung spezialisierten. So entstand zum Beispiel die Molkerei in Grischkowka, die Käserei in Orlowo oder die Bäckerei in Podsosnowo. Daneben wurden deutschen Interessenten für die Errichtung mittelständischer Existenzgründungen Kredite gewährt. Zur Aufrechthaltung der Funktionsfähigkeit des Maschinenparks der Rayonkolchosen wurde eine Unterstützung bei der Instandsetzung vorhandener Landmaschinenteknik geleistet. Es wurden neue Maschinen sowie Ersatzteile geliefert. Aber auch die betriebswirtschaftliche Beratung im Rayon Halbstadt in enger Zusammenarbeit mit den Agraruniversitäten in Nowosibirsk und Barnaul wurde gefördert.⁸⁹

Das alles hätte keinen praktischen Sinn gehabt, wenn die deutschen Rayons nicht ausreichend mit der Umgebung verbunden gewesen wären. So musste ein großer Teil der Unterstützung in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden. Das Telekommunikationsnetz wurde als dringend überholungs- und erweiterungsbedürftig erkannt. Um die Verkehrsverbindungen zu verbessern wurden Asphaltstraßen gebaut. Die dauerhaften Probleme mit der aufwendigen Beschaffung und Lagerung von Treibstoffen wurden mit der Errichtung einer Tankstelle beseitigt. Auch die Erweiterung der elektrischen Kapazität wegen des Baus neuer Betriebe und Anlagen wurde geplant.⁹⁰

Für die weitere Entwicklung beider deutschen Rayons war das Jahr 1998 entscheidend. Die bisherige Hilfpolitik wurde überprüft und es wurden neue Schwerpunkte gesetzt. Die neue Bundesregierung verzichtete auf die Unterstützung finanzaufwendiger Großprojekte, was schwere Folgen für

⁸⁸ Vgl. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 49, Januar 1994, S. 4-7.

⁸⁹ Vgl. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 58, September 1994, S. 8f.

⁹⁰ Vgl. Ebda, S. 9.

beide Regionen hatte. Der Geldzufluss wurde größtenteils gestoppt und viele Bauvorhaben blieben unvollendet. Beide Rayons waren mehr auf eigene Kräfte angewiesen, was aber ohne deutsche Geldhilfe nicht so einfach war, so dass die ursprünglichen Pläne der beiden deutschen Landräte nur Träume blieben.

4.2. Zweite Phase. Schwerpunkt Breitenarbeit

Mit dem Regierungswechsel in Deutschland im Jahre 1998 wurde die deutsche Hilfpolitik grundsätzlich fortgesetzt, es wurden aber neue Schwerpunkte gesetzt. Diese Neuorientierung fand seinen Ausdruck in dem im Jahre 2000 formulierten Programm der Aussiedlerpolitik "Aussiedler 2000". Auch die rot-grüne Bundesregierung erkannte eine historische Verantwortung für die deutsche Minderheit an und respektierte die persönliche Entscheidung jedes Einzelnen für den Verbleib bzw. für die Abwanderung nach Deutschland.

Die wichtigsten Änderungen betrafen selbstverständlich die Wirtschaftshilfe. Der Grund war einfach: Mehr als die Hälfte aller Förderungsgelder wurde für diesen Bereich ausgegeben. Alle Projekte wurden einer kritischen Prüfung unterzogen, die dann zu der Entscheidung führte, Infrastrukturmaßnahmen und große Projekte künftig nicht mehr zu unterstützen. Es zeigte sich, dass diese zum Teil durch mangelhafte Kontrollen bei der Projektdurchführung und Defizite bei der Abrechnung gekennzeichnet waren. Über die Verteilung der Gelder entschieden oft einige russlanddeutsche Funktionäre allein. Die Folge war, dass oft an erster Stelle Prestigeobjekte gebaut wurden. Anstatt durch zielgerichteten Einsatz der Gelder zugunsten der breiten Mehrheit der Deutschen die Menschen dabei zu unterstützen, in den Herkunftsgebieten Berufs- und Lebensperspektiven aufzubauen, war das Gegenteil der Fall. Dies führte zur Frustration der Mehrheit und viele sahen eine beruflich und sozial erstrebenswerte Zukunft nur noch in einer

Übersiedlung nach Deutschland. So wurde das wichtigste Ziel - diese Hilfe als Bleibehilfe zu gestalten - nicht erfüllt.⁹¹

Ein weiteres Problem dieser Direktinvestitionen war, dass eine Bedarfsdeckung von außen für eine längere Zeitspanne nicht möglich und auch nicht sinnvoll war. Die Lage verschärfte sich dadurch, dass die alten Strukturen der staatlichen Lenkung und Versorgung sich auflösten und jede Kommune, jeder Kreis, jedes Gebiet praktisch ein neues Wirtschaftsförderungskonzept entwickeln musste. Das konnte man in wenigen Fällen machen, aber es war kein Modell, das man in den Weiten Sibiriens oder an der Wolga anwenden konnte, da der Investitionsmittelbedarf zu hoch wäre. Aus der Erkenntnis heraus, dass Entwicklungszusammenarbeit niemals Bedarfsdeckung sein kann, sondern nur Hilfe zur Erlangung der Fähigkeit, den eigenen Bedarf langfristig selbst zu decken, waren auch die Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung verstärkt an dieser Erkenntnis auszurichten, was konkret bedeutete die Maßnahmen stärker als bisher für Beratung sowie Fort- und Weiterbildung einzusetzen. Ziel war es, diese Projekte zu einem Abschluss zu bringen, um Investitionsruinen zu vermeiden. Das war aber oft nicht der Fall und vor allem in den deutschen Rayons kann man noch heute die zerfallenen Fundamente großangelegter Gebäude finden.⁹²

Die neue Bundesregierung verfolgte stärker als die alte das Prinzip der "Hilfe zur Selbsthilfe", in dem sich die "Macher" und "Betreiber" der ersten Jahren zum Berater, Ideengeber und Spielleiter verändern sollten. Die Hilfen sollten stärker die Eigenverantwortung der Minderheit stärken. Es sollte sowohl von der Minderheit selbst als auch von der jeweiliger Titularnation, um deren Staatsangehörige es sich handelt, grundsätzlich ein angemessener- auch finanzieller – Eigenbetrag zum jeweiligen Gesamtprogramm geleistet werden. Die Förderung sollte nicht wie bisher auf einige wenige Regionen begrenzt bleiben, sondern in die

⁹¹ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

⁹² Vgl. von Fumetti, Wolfgang: *Hilfen für die Spätaussiedler in den Herkunftsländern: Sinnvolle Zukunftsinvestitionen oder „Faß ohne Boden“*, in: Perspektiven der neuen Aussiedlerpolitik. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, Bonn 1999, S. 48f. Internetausgabe: <http://library.fes.de> (16.9.2005).

Fläche ausgeweitet werden und mehr Menschen unmittelbar zugute kommen.

Das heißt aber nicht, dass die wirtschaftliche Hilfe grundsätzlich abgeschafft wurde. Die Existenzdarlehen für Kleingewerbe und Handwerk sowie Darlehen zur Wohnraum- und Arbeitsbeschaffung in Russland blieben erhalten.

Es wurden zudem verstärkt Partnerschaften zwischen Kommunen, Vereinen und Institutionen unterstützt. Diese gesellschaftliche Vernetzung und der damit verbundene Kulturaustausch bezogen Menschen anderer Nationalitäten ein und sollten damit die gegenseitige Akzeptanz fördern sowie die Passgenauigkeit von Angeboten erhöhen.

Ein wichtiger Schwerpunkt, der seit dem Jahre 1998 gesetzt wurde, war die Breitenarbeit, die als Investition in die Zukunft betrachtet wird. An dieser Stelle muss vor allem die schon im Jahre 1996 begonnene Sprachoffensive erwähnt werden. Die GTZ erhielt den Auftrag, die Deutschen in der Russischen Föderation und Kasachstan möglichst flächendeckend mit einem Sprachkursangebot zu versorgen. Weil dieses Programm hauptsächlich an der Bleibewilligkeit der Russlanddeutschen orientiert werden sollte, musste den russlanddeutschen bzw. kulturkontrastiven Themen der Vorzug gegeben werden. Das dreibändige Lehrwerk "Hallo Nachbarn", das in den meisten Sprachkursen eingesetzt wurde, verkündet von daher ein eher seltsames Bild von Deutschland als einem Land, in dem "jede dritte Ehe geschieden wird", "wirtschaftliche Not immer mehr zunimmt" und "Aggression und Gewalt" gegen Minderheiten an der Tagesordnung seien. Aber von dieser Abschreckungspropaganda ließen sich die meisten Russlanddeutschen nicht einschüchtern und viele nutzen diese Sprachkurse im Vorfeld der Ausreise nach Deutschland.⁹³

Im Rahmen der Breitenarbeit wurden auch Aufbau und Ausstattung neuer Begegnungszentren finanziert. Im Jahre 2005 gab es auf dem Gebiet der Russischen Föderation 473 Begegnungsstätten. Davon fast die Hälfte (216) in Westsibirien. Hier können sich die Russlanddeutschen treffen,

⁹³ Vgl. *Schnellkurs in Leitkultur*, in: Der Spiegel, Nr. 4, 2001, S. 54.

es werden Sprachkurse angeboten und Kulturveranstaltungen organisiert. Ein Bestandteil ist auch die Bibliothek, wo jedem neben deutschen Büchern auch deutsche und russlanddeutsche Zeitungen und Zeitschriften sowie Lehrbücher und deutsch-russische Wörterbücher zur Verfügung stehen. Einen besonderen Stellenwert in der Begegnungsstättenarbeit genießen berufliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie andere Qualifizierungshilfen wie zum Beispiel Managementberatung. Diese Angebote sollen auch der nichtdeutschen Bevölkerung offen stehen und somit helfen, Initiativen für den Aufbau und Weiterentwicklung des Heimatlandes zu gestalten.

In Folge dieser neuen Hilfpolitik wurden die Finanzmittel rasant gekürzt. Zum Vergleich: Zwischen den Jahren 1990 und 1998 flossen jährlich mehr als 100 Millionen DM in die GUS und die baltischen Staaten.⁹⁴ Insgesamt wurden über den Etat des Bundesinnenministeriums mehr als 900 Millionen DM aufgewendet, davon mehr als die Hälfte für investive und wirtschaftliche Hilfe. In den folgenden Jahren wurde die Hilfe regelmäßig gekürzt und aus den 78 Millionen DM im Jahre 1999 wurden 30 Millionen im Jahre 2005. So wurden in diesem Zeitraum rund 313 Millionen DM (umg. 160 Millionen Euro) für die Hilfe der deutschen Minderheit in der ehemaligen Sowjetunion geleistet. Mehr als zwei Drittel dieser Gelder wurden für gemeinschaftsfördernde Hilfen und Maßnahmen zur Selbsthilfe genutzt. Diese Reduzierung erklärte die Bundesregierung mit dem effizienteren Einsatz dieser Gelder und belegt es mit den ständig sinkenden Aussiedlerzahlen.⁹⁵

Obwohl der Gesamtbetrag von rund 1,2 Milliarden DM für die 15jährige Hilfe imposant erscheint, verliert er schnell seinen Glanz im Vergleich mit den Ausgaben für Integrationsmaßnahmen, für die allein im Jahre 1999 ein noch höherer Betrag ausgegeben wurde.⁹⁶

Ob die Hilfe ihr Ziel erfüllt hat, bleibt fraglich. Auf jeden Fall gibt es viele Russlanddeutsche, die die Ausreisegenehmigung bekommen haben,

⁹⁴ Anm.: Ausnahmen sind die Jahre 1990 (45 Mio. DM), 1991 (75 Mio. DM) und 1998 (99 Mio. DM).

⁹⁵ Vgl. Bundesverwaltungsamt: *Gesamtübersicht über die aus dem Bundeshaushalt geleisteten Hilfsmaßnahmen für die Deutschen in den Siedlungsgebieten Osteuropas* (per E-Mail 17.5.2005).

⁹⁶ Anm.: Die Integrationsmaßnahmen für die Spätaussiedler waren im Jahre 1999 1,39 Milliarde DM. Die Kosten für die Spätaussiedlerintegration sinken entsprechend dem Rückgang des Spätaussiedlerzuzugs. Noch im Jahre 1996 waren die Kosten rund 2,4 Milliarden DM.

aber die weitere Entwicklung noch abwarten. Gerade für diese Gruppe und für den Teil der Russlanddeutschen, die die Bedingungen für die Aussiedlung nicht erfüllen, könnte diese Hilfe von Bedeutung sein.

5. Situation der deutschen Minderheit in den GUS-Staaten

Bevor wir uns die Frage beantworten können, warum die Russlanddeutschen in die Bundesrepublik kommen, müssen wir uns näher das Leben und die Situation der deutschen Minderheit in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion anschauen.

Nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 und der Entstehung neuer unabhängiger Staaten wurden die Russlanddeutschen vor eine völlig neue Situation gestellt. Die spezifische politische und wirtschaftliche Lage sowie unterschiedliche nationale und kulturelle Werte verursachten die unterschiedlichen Entwicklungen für die deutsche Minderheit in den einzelnen Staaten.

Im Allgemeinen war die Situation der Russlanddeutschen in den Nachfolgestaaten durch einen wirtschaftlichen Niedergang, große Unsicherheit und Angst vor der Zukunft gekennzeichnet. Die wirtschaftliche Umbruchsituation mündete in einigen asiatischen Staaten sogar in die Armut eines Großteils der Bevölkerung. Gerade in diesen Staaten verschärfte sich auch die nationale Stimmung. Das Fehlen ethnischer Grenzen vieler Staaten, Konflikte innerhalb dieser Gruppen (als Beispiel kann hier Tadschikistan dienen) und hohe Minderheitenanteile an der Bevölkerung (zum Beispiel in Kasachstan haben die Kasachen erst vor kurzen die 50%-Grenze an der Gesamtbevölkerung überschritten), Erhebung der eigenen Sprache zur Staatssprache und damit verbundene Vergünstigung der jeweiligen Titularnation waren die wichtigsten Ursachen für diese Entwicklung. Aber nicht nur das nationale Selbstbewusstsein, sondern auch die unterdrückten kulturellen, sprachlichen und religiösen, das heißt in

diesem Falle islamischen Gewohnheiten erlebten einen neuen Aufschwung in den mittelasiatischen Staaten.

5.1. Republik Kasachstan

Bis Anfang der neunziger Jahre war Kasachstan das Land mit der höchsten Anzahl von Russlanddeutschen aus der ganzen Sowjetunion. Noch im Jahre 1989 lebten in diesem mittelasiatischen Staat fast eine Million Russlanddeutschen.⁹⁷ Heute leben hier nur rund 250.000 Deutschstämmige.⁹⁸ Was ist der Grund für eine so riesige Auswanderung? Von den offiziellen Stellen wird ständig das Interesse auf Verbleib der Russlanddeutschen geäußert, aber die Realität ist anders. Die Siedlungsschwerpunkte der Russlanddeutschen liegen vor allem im Norden des Landes, wohin sie 1941 in die Gebiete Karaganda, Akmola (heute Astana), Pawlodar und Kustanay (Qostanay) deportiert wurden, beziehungsweise in den fünfziger Jahren aus den rauen sibirischen Gegenden kamen. Eine Minderheit wohnt auch im Gebiet der ehemaligen Hauptstadt Almaty im Süden.

Wie schon erwähnt wurde, war auch Kasachstan durch wirtschaftliche Regression stark betroffen und die Preise für Konsumgüter stiegen in den Jahren 1993-1997 um 335,9 % gegenüber einem Rückgang der Reallöhne von 10,9 %. Die gesundheitliche Situation war ebenso katastrophal und die komplizierten Grenzvorschriften erschwerten die Hilfe. Erst 1996 zeichnete sich eine schwache Trendwende ab. Die Zollabwicklung für Medikamente und humanitäre Hilfe wurde vereinfacht und so konnten mindestens in den Sozialstationen kostenlosen Arzneimittel an bedürftige Deutsche und ihre Nachbarn verteilt werden.

Die Aussiedlung ist aber auch ethnisch bedingt. Dabei spielen mehrere Faktoren eine wichtige Rolle. Sei es schon die Einführung von Kasachisch als Staatssprache und damit verbundene Benachteiligung anderer Nationen bei der Besetzung wichtiger Posten, oder auch die

⁹⁷ Anm.: Nach der Volkszählung im Jahre 1989 lebten in Kasachstan 957.518 Russlanddeutsche.

⁹⁸ Anm.: Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Februar/März 1999 haben sich noch 353.400 Personen als deutsche Volkszugehörige bekannt, allerdings bei anhaltender Ausreisetendenz.

Verlagerung der Hauptstadt von Almaty nach Akmola und dadurch bedingte Zuwanderung von Kasachen in dieses Gebiet. Hinzu kommt auch noch die Angst vor nationalistischen und islamisch fundamentalistischen Parolen, die nach dem Umbruch immer stärker akzentuiert werden.

Mit diesen Problemen aber auch mit der Verteilung der deutschen Hilfe beschäftigt sich die im Jahre 1992 ins Leben gerufene Deutsch-Kasachische Regierungskommission. Neben der Errichtung eines Sozialfonds zur Unterstützung insbesondere der "Trudarmisten", Unterstützung des Deutschen Hauses (Sitz des "Rates der Deutschen Kasachstans"⁹⁹) oder des deutschen Theaters in Almaty fließt das Geld in die mehr als 50 Begegnungszentren. In den letzten Jahren stieg auch das Interesse der Regierungsstellen daran, dass die nach Deutschland ausgewanderten Russlanddeutsche in diese Gebiete wieder investieren. In einige strukturschwache Gebiete wird sogar mit Steuervergünstigungen gelockt. Leider hält der wirtschaftliche Niedergang weiter an und auch die politische Entwicklung gibt wenig Anlass dazu, dass sich die Aktivierung und Stärkung der im Lande verbliebenen Deutschen gelingt.¹⁰⁰

5.2. Kirgisische Republik

Allgemein ist die Situation in Kirgistan durch starke Abwanderung gekennzeichnet. Zu den wichtigsten Ursachen gehören wie in anderen mittelasiatischen Ländern der wirtschaftliche Niedergang, hohe Arbeitslosigkeit und wachsendes Nationalbewusstsein, das auch Folgen für die nichtkirgisische Bevölkerung hat. Die nach dem präsidentialen Erlass im Jahre 1992 errichteten deutschen nationalen Kulturbezirke brachten offensichtlich für die Bevölkerung keine Zukunftsperspektive,

⁹⁹ Anm.: Der im Jahre 1992 gegründete "Rat der Deutschen Kasachstans" ist bei der kasachischen Regierung registrierter Zusammenschluss von 14 Gebietsorganisationen der Russlanddeutschen.

¹⁰⁰ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

da von den 101.000 Deutschstämmigen im Jahre 1989 heute (2005) nur noch ca. 10.000 übriggeblieben sind.¹⁰¹

Die bundesdeutsche Hilfe wird ähnlich wie im Kasachstan von der Deutsch-Kirgisischen Regierungskommission koordiniert. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Ausreisen beschloss die Kommission 1998 die Konzentration auf soziale Hilfe. Aber auch die Breitenarbeit wird nicht vernachlässigt. Die Begegnungszentren und das Deutsch-Kirgisische Haus in der Hauptstadt Bischek (Bishkek) sind dafür Belege. Der Interessenvertretung dient wie im Kasachstan der "Volksrat der Deutschen", dem sich auch 11 Unternehmer angeschlossen haben und aufgrund der Niederlassung eines Automobilunternehmens in Bischek, werden auch mehrere russlanddeutsche Jugendliche mit der Zukunftsperspektive zu den Kfz-Mechanikern ausgebildet.¹⁰²

5.3. Republik Tadschikistan

Die in Tadschikistan noch heute lebende deutsche Minderheit ist unbedeutend und bewegt sich zwischen 1.000 und 2.000 Deutschstämmigen. Der wichtigste Grund warum die hier noch im Jahre 1989 verblieben 32.000 Deutschen dieses Land verließen, war der 1992 (bis 1993) vornehmlich in den südlichen Teilen des Landes entbrannte Bürgerkrieg. Die Flüchtlinge, darunter auch die deutschen Familien, verließen das Land und versuchten über Moskau nach Deutschland zu kommen. Die Vorschläge einer sofortigen Evakuierung aller Russlanddeutschen, die eine pauschale, ungeprüfte Übernahme aller deutschstämmigen Flüchtlinge beinhalteten, wurden zwar abgelehnt, aber das Aufnahmeverfahren wurde beschleunigt und die Ausreiseanträge wurden vorrangig behandelt. Die deutsche Unterstützung konzentriert sich hier auf soziale und humanitäre Hilfe. Es wurden zwei

¹⁰¹ Anm.: Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1999 bekannten sich 21.500 Bürger zur deutschen Volkszugehörigkeit.

¹⁰² Vgl. *Grundlagen der Förderungspolitik*. In: Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 100, April 1999, S. 18f.

Begegnungszentren eröffnet und von der deutschen Botschaft werden die Sprachkurse angeboten.¹⁰³

5.4. Ukraine

Das Gebiet der heutigen Ukraine gehörte traditionell zu den von den Deutschen dicht besiedelten Teilen des zaristischen Russlands. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg wohnten hier fast 400.000 Deutsche. Ein Teil wurde aber im Jahre 1941 nach Sibirien und Mittelasien deportiert ein anderer Teil wurde mit dem Rückzug der Wehrmacht nach Deutschland mitgenommen.¹⁰⁴ Nach der Volkszählung im Jahre 1989 lebte hier 37.849 Deutschstämmigen, was im Vergleich zu den oben erwähnten Zahlen nur ein Bruchteil darstellt. Die Russlanddeutschen siedelten vornehmlich verstreut im Süden bei Odessa in dem Delta der Dnjepr und relativ homogen in der Karpato-Ukraine, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg Bestandteil der Sowjetunion wurde. Nach dem gescheiterten Versuch Leonid Krawtschuks, Deutsche aus Sibirien, Kasachstan und Mittelasien in dem südlichen Teil der Ukraine anzusiedeln, setzte sich die Ausreise fort.¹⁰⁵ Als landesweite Interessenvertretung gründete sich erst im November 1996 der "Volksrat der Deutschen der Ukraine", zu dessen Vorsitzenden der ehemalige Vorsitzende der Gesellschaft Wiedergeburt Dr. Heinrich Groth gewählt wurde.

Die Bundesdeutsche Hilfe konzentriert sich logischerweise auch in die südlichen Gebiete und wird von der im Februar 1998 gegründeten Deutsch-Ukrainischen Regierungskommission koordiniert. In der Stadt Odessa wurde mit Hilfe des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales und der Bayerischen Lutherischen Landeskirche das

¹⁰³ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: [http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005)

¹⁰⁴ Anm.: Teil dieser Deutschen wurde nach dem Krieg von der Sowjetunion "repatriert", wo sie der gleiche Schicksal, wie die Deutsche im Jahre 1941 erwartete. Sie wurden in die Aussiedlungsgebiete transportiert.

¹⁰⁵ Anm.: Näher zu diesem Problem: s. das Kapitel "Autonomiediskussion und Autonomiebewegung".

“Bayerische Haus“ gegründet. Neben den Begegnungszentren dient es als Kulturzentrum in dem auch Sprachkurse angeboten werden.¹⁰⁶

6. Die russlanddeutsche Kultur

Die russlanddeutsche Kultur befindet sich in einer komplizierten Lage, die durch eine ganze Reihe von Faktoren verursacht ist. Das gemeinsame nationale Territorium, das eine konsolidierende Rolle im kulturellen und geistigen Leben des Volkes spielen könnte, fehlt. Nur etwa 40% der deutschen Bevölkerung lebt mehr oder weniger kompakt. Die Russlanddeutschen haben demnach auch keine Möglichkeit, die eigene Muttersprache zu erlernen - nur ein Fünftel spricht Deutsch.¹⁰⁷

Die traditionelle russlanddeutsche Kultur unterscheidet sich von dem traditionellen Kulturbegriff in Deutschland. In der Bundesrepublik wird unter Kultur ein mehrdeutiger Begriff verstanden, der sich um die Gesamtheit der materiellen und immateriellen Ergebnisse menschlicher Innovation dreht. Der engere Kulturbegriff bezieht sich auf Kunst und Geisteskultur, der weite auf die Lebenswelt der Menschen. Die Russlanddeutschen verbinden mit der Kultur die klassische Literatur, Laienkunst, Volkstanz und religiöse Bräuche wie Weihnachten, Ostern und teilweise auch Pfingsten, die sie von ihren Vorfahren überliefert bekommen.

Die Politik der Glasnost ermöglichte gegen Ende der achtziger Jahre die Wiederbelebung der Kulturgemeinschaften. Es wurden mehrere Laienkunstensembles gegründet, die in den einzelnen Siedlungsgebieten der Deutschen die traditionellen Volkslieder, Tänze im Rahmen von Konzerten, vorstellten. Es wurde sogar vom deutschen Theater, das schon Anfang der achtziger Jahre gegründet wurde und seit 1990 in Alma-Ata (Kasachstan) ansässig ist, zu diesem Zweck ein Stück “Volksfest“ geschrieben. Diese Gruppe führte auch weitere

¹⁰⁶ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005).

¹⁰⁷ Vgl. Informationsdienst “Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion“, Oktober 1995, S. 49f.

Theaterstücke auf, die sich mit spezifischen russlanddeutschen Themen auseinandersetzten und neben dem wichtigen Beitrag zur Aufklärung und Identitätsbildung auch als Motor der Autonomiebewegung dienten.

Das kulturelle Leben konzentriert sich in den klassischen Begegnungszentren oder in den, mit der bundesdeutschen Unterstützung eingerichteten, Deutschen Häusern, die beispielsweise in Moskau, Nowosibirsk, Almaty und Bischek zu finden sind. Neben den Sprachkursen für verschiedene Altersgruppen finden hier Laienkunst (Theater, Chöre), Gesprächskreise und Ausbildungs- sowie Austauschprogramme statt. Die Aufgabe dieser Zentren ist die Kultur den Russlanddeutschen und den anderen Nationalitäten vorzustellen und so die Brücken zwischen den Kulturen zu schlagen.¹⁰⁸

Auch die russlanddeutsche Literatur soll die Bewahrung deutscher Identität sichern. Durch welche Charakteristika und Eigenschaften sie sich auszeichnet, erklärt Hugo Wormsbecher:

Der Inhalt dieser Literatur ist meist nur das Leben der deutschen Kolonisten, d.h. der Deutschen auf dem Lande. Die Problematiken dieser Literatur waren meist vor der Revolution die moralische Suche, Probleme der Bildung und der Schule. Es war keine Weltliteratur, sondern eine kleine Literatur einer ländlichen Bevölkerung. Nach der Revolution waren sie gezwungen, auch die neue Thematik der gesamtsojetischen Literatur zu übernehmen, und die Zensur wurde auch in der russlanddeutschen Literatur merkbar. Sie war gezwungen, das neue Leben zu besingen - das Kolchosleben, die Sowjetmacht.¹⁰⁹

Später in den neunziger Jahren wurde auch das traurige Leben in der Arbeitsarmee (Vgl. Nelly Däss - "Alle Spuren sind verweht. Russlanddeutsche Frauen in der Verbannung"), in der Sowjetunion nach dem Kriege und, bei den bereits Ausgewanderten, auch die unerfüllten Erwartungen (Vgl. Nelli Kossko – "Die geraubte Kindheit") beschrieben. Ein weiterer bekannter Schriftsteller ist Herold Belger, der deutsch, russisch und kasachisch schreibt und ineinander übersetzt. Leider

¹⁰⁸ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

¹⁰⁹ *Woher und Wohin? Auf den Spuren der Literatur der Russlanddeutschen.* http://www.vor.ru/German/Spektrum/Theme_358.html (9.1.2006)

verringert sich ständig die Zahl der Deutschen, die in der Lage sind, in deutscher Sprache zu lesen. Die Autoren sind grundsätzlich die Angehörigen der älteren Generation und der Schriftstellernachwuchs fehlt. Auch die oben erwähnten Themen sind nur für einen engen Kreis der Leser bestimmt und es ist eher unwahrscheinlich, dass sie auch in der Zukunft in der breiten Öffentlichkeit Resonanz finden.

Der im Jahre 1992 gegründete "Internationale Verband der Deutschen Kultur" sollte eine breite kulturelle Plattform bieten. Mit einem umfassenden Programm, das Stadt und Land gleichermaßen erreichen soll, werden unter der Schirmherrschaft dieses Verbandes auch einige Großveranstaltungen organisiert, wie zum Beispiel das Festival der russlanddeutschen Kultur, das im Jahre 1997 an der Wolga stattfand. Auch den Jungen kommt dieser Verband mit der Organisation der Ferienlager entgegen. Durch seinen Verdienst wurde letztendlich auch im Jahre 1996 der russlanddeutsche Verlag "Gotika" gegründet.¹¹⁰

6.1. Bildung

Als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erhalt deutscher Kultur und Sprache ist eine hochwertige Ausbildung in der eigenen Sprache notwendig. Die Auflösung der Autonomen Wolgarepublik im Jahre 1941 wurde auch mit der Auflösung des deutschen Schulwesens verbunden. Die Schulen waren entweder geschlossen, oder in Schulen mit russischer Unterrichtssprache umgewandelt. Die folgenden Deportationen und Zwangsarbeit ließen an der betroffenen Generation unverwischbare Spuren. Den Deutschen wurde bis weit in die Nachkriegszeit hinein kaum die Bildungsmöglichkeit geboten. Die meisten Angehörigen dieser Generation besitzen nur die Grundausbildung. Die Diskriminierung setzte sich aber auch in den folgenden Jahren fort, wenn den Deutschen der Zugang zur Hochschulausbildung größtenteils verweigert wurde. Diese Situation spiegelte sich auch im niedrigeren Bildungsgrad der Deutschen im

¹¹⁰ Vgl. Heinen, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft...*, Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

Vergleich zur übrigen kasachischen oder russischen Bevölkerung wider. Als Nationalität ohne eigenes Territorium konnten die Deutschen nach dem Krieg keine Schule mit dem Deutschen als Unterrichtssprache besuchen. Das einzige was blieb, war das im Jahre 1957 eingeführte Fach "Muttersprachlicher Deutschunterricht", wo sich die Russlanddeutschen im bescheidenen Umfang aus den alten Lehrbüchern mit der Sprache und Geschichte vertraut machten. Dieses Fach wurde an normalen Schulen mit russischer Unterrichtssprache vorwiegend in Kirgistan, Kasachstan und in den kompakten Siedlungen in der Russischen Föderation erteilt. Die Verbreitung war und ist immer noch gering. Daneben existierten vor allem in größeren Städten auch Schulen mit erweitertem Deutschunterricht und natürlich auch russische Schulen mit fremdsprachlichem Deutschunterricht.

Nach dem Jahre 1989 wurde von den Deutschen in Russland oder Kasachstan verstärkt die Bildung in deutscher Sprache gefordert. Das Gesetz über die Bildung aus dem Jahre 1992 sicherte den Bürgern Russlands das Recht auf die Grundausbildung in ihrer Muttersprache. Leider sind alle Versuche, die deutsche Schule zu eröffnen gescheitert. Der wichtigste Grund, warum diese Projekte nicht erfolgreich sind, ist die große Fluktuation unter den Schülern aber auch den Lehrkräften. Die Erfahrungen zeigten, dass wenn den Schüler in den Streusiedlungen auf dem Lande der Deutschunterricht vermittelt wird, ist hier die Lage wesentlich stabiler ist, weil die Aussiedlung oft nur für einen kleinen Bevölkerungsanteil in Frage kommt und der Unterricht kann dadurch auch effektiver gestaltet werden.

6.2. Deutsche Sprache und die Sprachkompetenz

Eine nicht weniger wichtige Rolle spielt die deutsche Sprache. Obwohl die meisten Russlanddeutschen behaupten, dass Deutsch ihre Muttersprache ist, sind ihre tatsächlichen Kenntnisse oft sehr gering. Diese Situation ist historisch bedingt. Seit den vierziger Jahren wurde die deutsche Sprache aus dem öffentlichen Leben verdrängt und später wurde sie auch in einigen, vor allem gemischten Familien, durch das

Russische abgelöst.¹¹¹ Auch bei den Volkszählungen zeigte sich die sinkende Tendenz. Im Jahre 1979 gaben immer noch 57% Russlanddeutsche Deutsch als ihre Muttersprache an. Zwanzig Jahre später waren es nur noch 48,7%. Und das ist nur das subjektive Bekenntnis zur deutschen Sprache, die tatsächliche Sprachkompetenz ist oft sehr unterschiedlich. Einen noch relativ wichtigen Stellenwert besitzt die deutsche Sprache in den Gebieten mit einem größeren deutschen Bevölkerungsanteil und hier vor allem bei der älteren Generation. Diese Leute sprechen nur sehr selten Hochdeutsch, aber benutzen die deutschen Dialekte, vor allem schwäbisch und Plattdeutsch. Bei der jungen Generation ist die Situation wesentlich schlechter, der Großteil hat sich das Russische als Muttersprache angeeignet und lernt die deutsche Sprache oft nur im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts. Und weil gerade die gute Sprachkompetenz die wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung deutscher Identität ist, gehört die Förderung von Sprache und Kultur traditionell zum Kernbereich der Förderung der Russlanddeutschen durch die Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 1996 wurde seitens deutscher Regierung die Sprachoffensive in den Herkunftsgebieten gestartet, die mit Deutschkursen das Sprachniveau der Russlanddeutschen verbessern soll. Aber auch trotz dieser Hilfe verschlechtert sich die Situation. Die ständige Migration und immer fortschreitende Assimilierung durch die Mehrheitsgesellschaft verursachen das langsame Verschwinden deutscher Elemente.¹¹²

6.3. Religion

Ein weiteres wichtiges Identitätsmerkmal für die Russlanddeutschen war die Religion. Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft war für die deutsche Minderheit vor allem in der Geschichte von großer Bedeutung. Schon bei der Ansiedlung in Russland, machten sich die Angehörigen einer bestimmten Glaubensgemeinschaft auf den Weg und

¹¹¹ Anm.: Heute sind bis 70 % der Ehen gemischt. Am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts war diese Zahl unerheblich niedriger.

¹¹² Vgl. Dietz, Barbara/Hilkes, Peter: *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten; Geschichte, Situation, Zukunftsperspektiven*. München 1992, S. 35-62.

gründeten dort relativ homogene Siedlungen. Nach der Deportation und atheistischen Orientierung des Staates war in der Sowjetunion die Ausübung der Religion ein schwieriges Problem. Alles wurde noch dadurch erschwert, dass die Deutschen in Russland nicht der russisch-orthodoxen Mehrheitskirche angehörten. Die meisten gehören der evangelisch-lutherischen beziehungsweise katholischen Konfession an. Die Anzahl der Mennoniten, die in der russlanddeutschen Geschichte eine große Rolle spielten, ist durch die Ausreise im 19. und 20. Jahrhundert, wesentlich geringer geworden. Wesentlich größere Religiosität ist besonders bei der älteren Generation und bei den auf dem Lande wohnenden Deutschen festzustellen. Die evangelisch-lutherische Kirche hat im Jahre 1992 sein Zentrum und Bischofsitz in St. Petersburg gefunden. Durch die neue territoriale Gliederung der katholischen Kirche wurde die Stadt Nowosibirsk zum Sitz des katholischen Bischofs gewählt. Der deutsche Bischoff¹¹³ ist Apostolischer Administrator Sibiriens und ist dadurch für alle Katholiken dieses Gebiets zuständig. Die Wiederbelebung des kirchlichen Lebens ist nach den langen Jahren der "Entchristlichung" und Verfolgungen der Priester und auch Gläubigen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Ein großes Problem stellt die Migration dar, die die Gemeinden wesentlich schwächt.¹¹⁴

6.4. Russlanddeutsche Presse

Die deutsche Presse hat in Russland lange Tradition. Schon im 19. Jahrhundert wurden die deutschen Zeitungen herausgegeben. Nach dem sie in den dreißiger Jahren verboten wurden, dauerte es weitere zwanzig beziehungsweise dreißig Jahre bis sie als Zugeständnis gegenüber der deutschen Bevölkerung wieder zugelassen wurden. Die Zeitungen wie "Neues Leben" in Moskau, "Freundschaft" in Zelinograd (später Alma-Ata, seit 1991 "Deutsche Allgemeine Zeitung") und "Rote Fahne" (Altaj Gebiet-Slawgorod, seit 1991 "Zeitung für Dich") hatten die einzige Aufgabe, die Inhalte der zentralen russischsprachigen

¹¹³ Anm: Seit 1991 ist es Joseph Werth.

¹¹⁴ Vgl. Dietz, Barbara/Hilkes, Peter: *Russlanddeutsche...*, S. 87-91.

Zeitungen in deutscher Sprache wiederzugeben. Für spezifisch russlanddeutsche Themen war hier kein Platz.

Dies änderte sich in den achtziger Jahren, wenn sie sich zu einem der wichtigsten Förderer der Informationsverbreitung über die russlanddeutsche Geschichte und die Autonomiediskussion entwickelten. Seit 1990 wurden weitere hauptsächlich regionale Zeitungen wie "Rundschau" in Uljanowsk oder die älteste deutschsprachige Zeitung "St. Petersburgische Zeitung" in St. Petersburg erneuert. Aber auch die Journalisten müssen sich mit den gleichen Problemen wie die Schauspieler und Schriftsteller auseinandersetzen. Neben den technischen und bei einigen Journalisten auch sprachlichen Problemen, ist das wichtigste Problem die Ausreise der deutschsprechenden Bevölkerung und die damit verbundene Senkung der Auflagen. Um doch die interessierte Leserinnen und Leser zu erreichen, werden viele Zeitungen zweisprachig veröffentlicht. Die deutsche Unterstützung in diesem Bereich hilft vielen regionalen Zeitungen zu überleben, aber die weitere Entwicklung ist noch abzuwarten.¹¹⁵

6.5. Die Politische und gesellschaftliche Stellung der Russlanddeutschen

Mit der Erhaltung der Kultur war und ist auch die Präsenz der Russlanddeutschen in den politischen Organen verbunden. Bis mindestens zur Mitte der sechziger Jahre waren sie in der Sowjetunion am öffentlichen und politischen Leben kaum beteiligt. Obwohl die Russlanddeutschen später Vertreter in örtliche Sowjets entsandten und auch einige Deputierte des Volkskongresses stellten, wurden von Diesen nicht vordringlich nationale Belange vertreten.¹¹⁶ Ein Teil der deutschen Bevölkerung war sogar Mitglied der KPdSU. Prozentual lag die Partei-

¹¹⁵ Vgl. Dietz, Barbara/Hilkes, Peter: *Russlanddeutsche...*, S. 87-91.

¹¹⁶ Anm.: Unter den Abgeordneten des örtlichen Sowjets befanden sich im Jahre 1987 insgesamt 20.000 Deutsche, das waren 0,7% aller Deputierten örtlichen Sowjets, Im Jahre 1989 waren dann 10 Deputierte des Volkskongresses deutscher Nationalität (0,4 % aller Deputierten) und 3 Deutsche gehörten dem Obersten Sowjet der UdSSR an. Vgl. Dietz, Barbara: *Anders als die anderen. Zur Situation der Deutschen in der Sowjetunion und der deutschen Aussiedler in der Bundesrepublik*, in: Osteuropa, Jg. 45, 1992, S. 153-155.

Mitgliedschaft in diesen Gebieten (4,5%) aber unter dem sowjetischen Durchschnitt (6,9%).¹¹⁷ Viele Deutsche verließen später die Partei. Einer der Gründe hierfür war auch die zögerliche Haltung der Partei in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Autonomie. Heute sind zwar formell alle Völker in der ehemaligen Sowjetunion gleichgestellt, die Beteiligung an politischen Entscheidungen bleibt aber in gleicher Weise weiterhin nur ein Traum. Die nationalen Minderheiten in der Russischen Föderation ohne territoriale Autonomie werden im politischen und kulturellen Bereich im Vergleich zu den Titularvölkern immer noch benachteiligt. Als Beispiel kann das Problem der Berücksichtigung nationaler Interessen dienen. Nur sogenannte "territoriale Subjekte" haben das Recht, in den Föderationsrat (die zweite Kammer des Parlaments) je zwei Vertreter zu schicken. Somit können auf höchster Staatsebene nicht nur regionale, sondern auch ethnische Problemlösungen erörtert und eingefordert werden. Zum anderen gewährt Artikel 68, Abs. 2 der Verfassung nur den nationalen Republiken das Recht, auf ihrem Territorium die Sprache der namensgebenden Nation zur Staatssprache neben dem Russischen zu erheben. Die Sprache und somit die Kultur der Statusvölker¹¹⁸ erfährt demzufolge eine staatliche Förderung und Unterstützung. Das betrifft nationale Museen und Theater, das muttersprachliche Zeitungs-, Verlags-, Rundfunk- und Fernsehwesen, sowie historische und ethnographische Forschungszentren, aber auch die Denkmalpflege und ähnliches, um nur einige kulturelle und identitätsstiftende Institutionen zu nennen. Nicht zuletzt besitzen die territorialen Subjekte weitgehende Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf die Nutzung der lokalen Bodenschätze und in der Steuergesetzgebung. Von daher verfügen etwa Kalmücken, Jakuten oder Osseten als Titularnationen mit eigenem Territorium über wesentlich mehr Möglichkeiten, sowohl durch ihre Vertreter und Abgeordneten in Moskau als auch auf lokaler Ebene, ihren legitimen wirtschaftlichen, politischen oder sprachlich-kulturellen

¹¹⁷ Anm.: Die Zahlen stammen aus dem Jahre 1989, wenn die Zahl der deutschen Parteimitglieder den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg erreichte. Zum Vergleich im Jahre 1984 gehörte nur 3,8% der deutschen Bevölkerung der Partei an.

¹¹⁸ Anm.: Statusvolk ist die Titularnation des jeweiligen Staates.

Forderungen Gehör zu verschaffen, als die zwar zahlenmäßig größere, aber verstreut lebende und dazu noch "territoriumslose" deutsche Minderheit.¹¹⁹

7. Motive und Hintergründe der Ausreise

Wie auch bei anderen Migrationsbewegungen stellen zwei gleichzeitig wirkende Komplexe die entscheidenden Faktoren bei der Auswanderung der Russlanddeutschen dar. Auf der einen Seite sind es Schubkräfte ('Push'-Faktoren) im Ausgangsraum und auf der anderen Seite Anziehungskräfte ('Pull'-Kräfte) im Zielraum. Viele der Schubkräfte sind eng mit der russlanddeutschen Geschichte verknüpft. Die Deportationen während des Zweiten Weltkriegs, langjährige Lageraufenthalte, Diskriminierungen aufgrund deutscher Volkszugehörigkeit sind nicht nur für die Erlebnisgeneration, sondern oft auch für ihre Nachkommen zu Traumata geworden, die bis heute in Angst und Argwohn ihren Ausdruck finden. Dazu kommen weitere Faktoren aus der jüngeren Zeit, die schon in dem vorherigen Kapitel behandelt wurden. Hier geht es hauptsächlich um die schlechte wirtschaftliche Lage, die viele Leute in die Armut trieb und die Sozialsysteme zusammenbrechen ließ, sowie um nationale und religiöse Spannungen in den mittelasiatischen Republiken, die zu einer unsicheren politischen Lage führten. An dieser Stelle müssen auch die sog. 'Sogkräfte' erwähnt werden, die sich entfalten, wenn sich z.B. einige Familien im Sog der Migrationswelle selbst auch für die Aussiedlung entscheiden. Als Anziehungskräfte in der Bundesrepublik werden oft die ökonomische Sicherheit, die gesicherte Zukunft für die Nachkommen, das bessere und freie Leben in Deutschland oder auch die Erhaltung deutscher Sprache und Kultur genannt.

Unter den Aussiedlern, aber auch unter den in den GUS-Staaten lebenden Russlanddeutschen fanden im Rahmen wissenschaftlicher

¹¹⁹ Vgl. Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion", Oktober 2004, S. 47.

Untersuchungen mehrere diesbezügliche Befragungen statt. Die Aussiedlungsmotive ließen sich hierbei in vier Kategorien aufteilen: politisch-soziale, wirtschaftliche, ethnisch-religiöse und familiäre Motive. Die Relevanz dieser Elemente hat sich im Laufe der Zeit aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen mehrmals verändert. Standen am Anfang der achtziger Jahre ethnische und religiöse Motive im Vordergrund, so wurde am Ende der achtziger Jahre von den Aussiedlern am stärksten der Wunsch nach Familienzusammenführung akzentuiert. Aber auch zu diesem Zeitpunkt sahen viele Russlanddeutsche nur noch in der Bundesrepublik Deutschland die Bewahrung ihrer Identität gewährleistet. So findet man unter den von Aussiedlern angeführten Motiven den Wunsch "als Deutsche unter Deutschen zu leben". Wirtschaftliche Motive, die den Aussiedlern seitens der Deutschen oft vorgeworfen wurden, spielten bei den Russlanddeutschen bis 1989/1990 nicht die entscheidende Rolle. Mit der Auflösung der Sowjetunion und der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage in den Nachfolgestaaten gewann auch dieses Motiv an Bedeutung. Bei Betrachtung der verschiedenen Generationen bleibt festzuhalten, dass die besseren Lebensbedingungen bei den jüngeren Aussiedlern eine wichtige Rolle spielen, wohingegen für die Älteren ethnische Motive an der Spitze stehen. Wenn man die Motive der Aussiedler beurteilt, muss man sich allerdings auch dessen bewusst sein, dass die am häufigsten aufgeführten Motive zur Auswanderung wie etwa "als Deutsche unter Deutschen zu leben" oder "die Familienzusammenführung" nur deswegen bevorzugt werden, da sie auch offiziell von sowjetischer und deutscher Seite akzeptiert wurden. Unter den befragten Deutschen in der ehemaligen Sowjetunion herrscht die Überzeugung vor, dass den bereits ausgesiedelten Landsleuten die besseren Lebensbedingungen in Deutschland am wichtigsten seien. Die zweitwichtigste Begründung war, dass die Deutschen die Hoffnung auf eine völlige Wiederherstellung ihrer nationalen Rechte aufgeben hätten und nun wollen, dass ihre Kinder in einer deutschen Umgebung aufwachsen. Auch die wirtschaftliche und politische Krise in den GUS-Staaten wird als Grund für die Ausreise genannt. Im Zusammenhang mit

der Wiederherstellung deutscher nationaler Rechte waren die Befragungen aus der Zeit entsprechender Autonomiebestrebungen an der Wolga interessant. Hier zeigte sich eindeutig, dass ein Großteil (78%) der Ausgewanderten kein Interesse an einer Umsiedlung in diese Gebiete gehabt hätte. Dagegen dachten 42% der in der Sowjetunion befragten Deutschen, dass die Wiederherstellung einer Autonomen Republik die Ausreisepflichten verringern würde. Von diesen waren aber nur 15% tatsächlich bereit, in der Sowjetunion zu bleiben, wenn die Autonomie verwirklicht worden wäre. Diese Untersuchungen gaben also Denjenigen Recht, die behaupteten, dass sich die Russlanddeutschen durch die Wiederbelebung einer deutschen Autonomen Republik nicht von ihrem Ausreiseentschluss abbringen lassen würden.¹²⁰

8. Juristischer Rahmen

In der Politik der Aufnahme deutschstämmiger Zuwanderer aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und Mitteleuropa (MOE) kann man drei Phasen unterscheiden. Als Folge des Zweiten Weltkrieges mussten über acht Millionen Deutsche ihre ursprünglichen Gebiete verlassen und in Deutschland (darunter vier Millionen in der DDR) integriert werden. Während des Kalten Krieges und in den ersten Jahren nach dem Umbruch in Osteuropa wurden über zwei Millionen "Aussiedler" in der Bundesrepublik aufgenommen. Die deutsche Aussiedlerpolitik war aufgrund der steigenden Zuzugszahlen gezwungen, sich den veränderten Bedingungen anzupassen, was Ende 1992 in dem verabschiedeten Kriegsfolgenbereinigungsgesetz seinen Ausdruck fand.

In der Nachkriegszeit musste man im Zusammenhang mit den Vertriebenen neben der sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung auch eine Lösung der Staatsangehörigkeitsfrage suchen, da ohne dies ein

¹²⁰ Vgl. Bade, Klaus J.: *Ausländer. Aussiedler. Asyl in der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 1992, S. 32n.; Hilkes, Peter: *Deutsche in der Sowjetunion: Zwischen Ausreise- und Autonomiebewegung. Ergebnisse einer Befragungsstudie mit deutschen Spätaussiedlern*. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetgesellschaft". Arbeitsbericht Nr. 12. März 1989, München 1989; Heinen, Ute: *Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 267, 2000. Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de> (9.6.2005)

Sechstel der neuen Bundesbürger ohne politische Rechte geblieben wäre. Die Lösung wurde in der Formulierung des Artikels 116 des Grundgesetzes gefunden, in dem als Deutscher derjenige definiert wurde der:

[...] die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937 Aufnahme gefunden hat.“¹²¹

So erhielten die Vertriebenen als Personen deutscher Volkszugehörigkeit (oft auch “Statusdeutsche“ genannt) die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen deutschen Staatsbürger.

Trotz des Endes der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen im Jahre 1949 kamen in den nächsten Jahren nach Deutschland weitere Deutschstämmige. Da dieser Aufnahme aber die juristische Grundlage fehlte, musste sie schnell rechtlich geregelt werden. Das im Jahre 1953 verabschiedete “Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ (kurz: Bundesvertriebenengesetz BVFG) regelte nicht nur die Eingliederung, sondern dehnte den Status eines Vertriebenen auch auf Personen deutscher Volkszugehörigkeit, die nach dem Abschluss allgemeiner Vertreibungsmaßnahmen ins Bundesgebiet kamen (“Aussiedler“¹²²), aus.¹²³

Um als Aussiedler anerkannt zu werden, musste jede Person zwei Voraussetzungen erfüllen: Die deutsche Staatangehörigkeit bzw. deutsche Volkszugehörigkeit und ein Vertreibungsdruck in folge dessen es zur Aussiedlung kam. Während des Kalten Krieges wurde de facto aber ein Nachweis über gezielte Unterdrückungsmaßnahmen nicht verlangt und im Falle, dass vertreibungsfremde Gründe vermutet wurden, mussten sie von der Behörden nachgewiesen werden.

Viele Aussiedler, die Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre in die Bundesrepublik, mehrheitlich aus Polen, kamen, beriefen sich auf

¹²¹ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 116 (1) (Stand 19.12.2000).

¹²² Anm.: Siehe die Aussiedlerdefinition im Kapitel “Begriffsbestimmung“.

¹²³ Vgl. Delfs, Silke: *Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler. Rechtliche und politische Aspekte der Aufnahme von Deutschstämmigen aus Osteuropa in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Parlament*, B48/93 vom 26. November 1993, S. 4.

eine deutsche Staatsangehörigkeit aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Als besonders fragwürdig erwiesen sich dabei die sogenannten "Volkslisten", die in der Zeit des Nationalsozialismus als Bestätigung des "Deutschtums" galten¹²⁴. Zur dritten Kategorie dieser Listen gehörten "eindeutschungsfähige" Personen, die oft auch gegen ihren Willen einbezogen wurden und manchmal auch nicht deutscher Abstammung waren. Da die Zahl dieser vermeintlichen "deutschen Staatsangehörige" nach dem Krieg in Polen besonders hoch war (etwa 1,7 Millionen), bestand für diese die Möglichkeit, in einem vereinfachten Verfahren die polnische Staatsangehörigkeit wieder zurück zu bekommen. Obwohl viele von dieser Regelung Gebrauch machten, hatten diese "Kurzzeit-Deutschen" oder auch ihre Nachfahren gute Chancen, vor allem Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, als Vertriebene (bzw. Aussiedler) in der Bundesrepublik anerkannt zu werden.¹²⁵

Wesentlich schwieriger war und ist es, die deutsche Volkszugehörigkeit nachzuweisen. Das Bundesvertriebenengesetz unterscheidet seit dem 1.1.1993 zwischen den "Frühgeborenen" (oder auch der "Erlebnistgeneration"), die vor dem 1.1.1924 geboren wurden und den "Spätgeborenen", die erst nach diesem Zeitpunkt geboren wurden. Bei Letzteren sind die Anforderungen zum Nachweis der deutschen Volkszugehörigkeit genauer bestimmt. Grundsätzlich lässt sich aber auf beide Gruppen die Definition des BVFG §6 Abs.1 anwenden, die zu einem deutschen Volkszugehörigen erklärt: „ *wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch*

¹²⁴ Anm.: Die Volksliste wurde ausgearbeitet um die „volksdeutsche“ und „eindeutschungsfähige“ Bevölkerung, die für die Siedlungspläne gebraucht werden sollte, von der „minderwertigen“ Bevölkerung der besetzten Ostgebiete zu unterscheiden. Die Volkslisten wurden v.a. in Polen, Ukraine, Litauen oder im Protektorat Böhmen und Mähren eingesetzt. Die Volksliste unterschied 4 Kategorien. In die ersten zwei Kategorien gehörten die Volksdeutschen. Die dritte und vierte Abteilung beinhaltete die „ehemals“ Deutschen oder „eindeutschungsfähige“ Personen. Wer in der Volksliste einbezogen war, bekam z. B. bessere Lebensmittelkarten. Nach dem Krieg wurden aus Polen nur Personen aus den ersten zwei Kategorien ausgesiedelt.

¹²⁵ Vgl. Otto, Karl A.: *Aussiedler und Aussiedlerpolitik im Spannungsfeld von Menschenrechten und Kaltem Krieg*. In: Otto, Karl A. (Hrsg.): *Westwärts – Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen „Deutschtümelei“ und „Verfassungsauftrag“*, Bielefeld 1990, S. 32-34.

bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.“¹²⁶

Das Abstammungsprinzip verlangt ausdrücklich von den Spätgeborenen die Abstammung von einem deutschen Eltern- oder Vorelternteil. Bei den Frühgeborenen gilt die Abstammung nur als ein bestätigendes Merkmal des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum.

Dieses Bekenntnis sollte dem Willen Ausdruck verleihen, „*selbst Angehöriger des deutschen Volks als einer national geprägten Kulturgemeinschaft zu sein und keinem anderen Volkstum anzugehören*“¹²⁷ Das Bekenntnis erfolgt in erster Linie durch eine „Nationalitätenerklärung“. Bei den Russlanddeutschen ist es üblicherweise der Nationalitätenerklärungseintrag im Inlandspass. Dabei wurde Kindern aus nationalgemischten Ehen eine Wahlmöglichkeit hinsichtlich der Nationalität eingeräumt.¹²⁸ Eine weitere Möglichkeit des Bekenntnisses waren Volkszählungen. Laut des Gesetzes kann das Bekenntnis auch „auf vergleichbare Weise“¹²⁹ erfolgen. Als Ausdruck des deutschen Bekenntnisses der Eltern kann beispielsweise die Einschulung eines Kindes in eine deutsche Schule verstanden werden, aber auch die Mitgliedschaft in deutschen Minderheitsverbänden. Auch hier gibt es Unterschiede zwischen den „Früh- und Spätgeborenen“. Bei der ersten Gruppe muss das Bekenntnis noch vor Beginn der Vertreibungs- und Verschleppungsmaßnahmen erfolgt sein, wohingegen bei der Nachfolgergeneration es bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete belegt sein muss. Hier gilt auch der Grundsatz, dass die erfolgte Erklärung zu einer Nationalität grundsätzlich bindend ist. Wer sich also zur russischen Volkszugehörigkeit bekannt hat, kann später grundsätzlich nicht als deutscher Volksangehöriger anerkannt werden. Eine Ausnahme ist vorgesehen, wenn das Bekenntnis „[...] mit Gefahr für Leib und Leben oder schwerwiegenden beruflichen oder

¹²⁶ BVFG § 6 Abs. 1 (Stand 24.12.2003).

¹²⁷ Wolf, Adolf: *Der Status des Spätaussiedlers nach dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfBG)*, Wiesbaden 1998, S. 9.

¹²⁸ Anm.: Diese Wahl wurde den Kindern erst nach der neuen Passverordnung von 1974 ermöglicht.

¹²⁹ BVFG § 6 Abs. 2 (Stand 24.12.2003).

wirtschaftlichen Nachteilen verbunden war [...]“¹³⁰ In diesem Falle muss sich aber aus den Gesamtumständen ergeben, dass der Wille, der deutschen Volksgruppe anzugehören, unzweifelhaft ist. Zum Beispiel eine geringschätzig Behandlung, Nachteile im Beruf, unter dem kommunistischen System gestellte Ausreiseanträge in die Bundesrepublik deuten auf ein deutsches Bekenntnis hin. Dies reicht aber noch nicht aus. Vielmehr muss noch eine Prägung im deutschen Sinne innerhalb der Familie vorhanden sein.

Hier kommt man zum zentralen Bestätigungsmerkmal und das ist die Sprache. Nicht die perfekte Sprachbeherrschung wird erwartet, sondern der deutsche Volkszugehörige muss in der Lage sein *„ein einfaches Gespräch auf Deutsch“¹³¹ zu führen. In späteren Gerichtsurteilen wurde auch präzisiert, was man unter dieser Wortverbindung zu verstehen hat. Der Basiswortschatz (insbesondere der des Alltagslebens) und grundlegende Grammatikkenntnisse sollen beherrscht werden. Er muss fähig sein, einfache Indikativ- und Fragesätze zu bilden und sich einer einfachen Gesprächssituation gewachsen zeigen. Diese relativ “geringen Anforderungen“ sollen der Tatsache Rechnung tragen, dass die Sprachkompetenz bei den Russlanddeutschen bedingt durch den Assimilierungsdruck in den Aussiedlungsgebieten gesunken ist. Im Gesetz ist auch verankert, dass die deutschen Sprachkenntnisse zu einem wesentlichen Teil in der Familie erworben werden müssen. So muss der Antragsteller keinesfalls Hochdeutsch sprechen. Der im Familienkreis benutzte deutsche Dialekt reicht vollkommen aus.*

Die weiteren Bestätigungsmerkmale hängen eng mit der Sprache zusammen. So wurde in mehreren Urteilen darauf hingewiesen, dass die Vermittlung von Erziehung und Kultur gewöhnlich über die Sprache erfolgt. Daraus resultierte der Schluss, dass derjenige der *„nicht Deutsch sondern Russisch als Muttersprache oder bevorzugte Umgangssprache spreche, sei regelmäßig Angehöriger des russischen Kulturkreises, was zugleich Erziehung im Sinne des russischen Volkstums indiziere.“¹³²*

¹³⁰ BVFG § 6 Abs. 2 (Stand 24.12.2003).

¹³¹ Ebda.

¹³² Wolf, Adolf: *Der Status des Spätaussiedlers ...*, S. 13.

Die Politik der Aussiedleraufnahme funktionierte unproblematisch, als sich die Zahlen der einreisenden Aussiedler in den Tausenden bewegten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und der einsetzenden uneingeschränkten Reisefreiheit in den meisten mittelosteuropäischen Ländern kam es zu großen Ost-West-Migrationsbewegungen, in die auch die Aussiedler miteinbezogen wurden. Die Bundesrepublik war auf eine so große Einwanderungswelle nicht vorbereitet und wurde gezwungen, eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen, die auch die Aussiedler betraf. Bereits im Jahre 1989 verabschiedete der Bundestag das "Eingliederungsanpassungsgesetz" und sorgte für Kürzungen bei der Integrationsunterstützung, die durch die dramatisch erhöhte Inanspruchnahme angeglichen werden musste. Außerdem wurde die vereinzelt bestehende Besserstellung von Aussiedlern gegenüber Einheimischen beseitigt.¹³³ Als weitere Reaktion wurde einige Monate später das "Aussiedleraufnahmegesetz" verabschiedet, das die Aussiedleraufnahme neu regelte. Die bisher geltende Regelung ermöglichte den Aussiedlern in die Bundesrepublik auszusiedeln und erst hier den nötigen Aufnahmeantrag zu stellen. Dies wurde oft durch polnische Aussiedler missbraucht, die nur mit einem Touristenvisum nach Deutschland ausreisten und die Sozialleistungen in Anspruch nahmen. Viele wurden dann als Aussiedler abgelehnt. Seit dem 1. Juli 1990 müssen alle Aussiedlungswilligen den Aufnahmeantrag im jeweiligen Herkunftsland stellen und hier das Ergebnis abwarten. Nur in besonderen Härtefällen wird die Aussiedlung vor der Entscheidung über den Aufnahmeantrag gestattet. Das neue Gesetz barg in sich auch indirekte quantitative Kontrollmöglichkeiten des Aussiedlerzuzugs. Da die Zahl der Aufnahmeanträge so hoch war, dass die zügige Überprüfung nicht möglich war, führte es zu einem Rückstau unbearbeiteter Anträge,

¹³³ Anm.: Die Integrationshilfen, die den Aussiedlern davor ausgezahlt wurden, wurden an die Zeit des Kalten Krieges angepasst, wenn die Aussiedler oft ganz mittellos nach West-Deutschland kamen und hier eine neue Existenz aufbauen mussten. Für Empörung in der Öffentlichkeit sorgte der über den bundesdeutschen Durchschnitt liegende Rentenanspruch der polnischen Aussiedler. Die Rente wurde nach besonderen Kriterien ausgerechnet, die die polnischen Ruheständler begünstigt hatte.

deren Erledigung sich dann manchmal über Jahre hinzog.¹³⁴ So konnte man zumindest die Zahl der Deutschstämmigen, die jährlich nach Deutschland einreisen dürften, irgendwie steuern.¹³⁵

Aber diese Regelung löste das Aussiedlerproblem nicht und trug vor allem den veränderten Verhältnissen in den mittelosteuropäischen Staaten nicht die Rechnung. Die Aussiedlerfrage wurde dann im Rahmen des Diskurses über eine neue Zuwanderungspolitik diskutiert und führte Ende 1992 zum Parteienkompromiss, der seinen Ausdruck im “Kriegsfolgenbereinigungsgesetz“ fand.

In diesem Gesetz wurde der neue Rechtsbegriff “Spätaussiedler“¹³⁶ geschaffen, mit dem alle seit dem 1.1.1993 im Rahmen des Aufnahmeverfahrens einreisenden Deutschstämmigen bezeichnet werden. Daneben wurde auch die jährliche Zahl der Aufnahmebescheide auf höchstens 220.000 festgelegt.¹³⁷ Weitere Änderungen betrafen die deutsche Staatsangehörigkeit, die seit dem 1.1.1993 nicht mehr alleine für die Anerkennung als Spätaussiedler ausreicht. Seit diesem Datum müssen auch die Voraussetzungen deutscher Volkszugehörigkeit vorliegen. Dies betraf vor allem die “deutschen Volkslisten-Staatsangehörigen“, die oft kein Wort Deutsch sprachen. Aber die wichtigste Änderung, die das Gesetz vorsah, war mit dem Prozess der politischen Transformation in den mittelosteuropäischen Staaten verbunden. Je weiter Demokratisierung und Liberalisierung in diesen Ländern voranschritten, desto drängender stellte sich die Frage, ob die deutschen Minderheiten in diesen Ländern immer noch einem Vertreibungsdruck ausgesetzt seien. Die Nachbarschaftsverträge mit Polen, Ungarn, Rumänien und der früheren Tschechoslowakei sicherten den Deutschstämmigen umfassende Rechte und gaben ihnen eine Zukunftsperspektive. Den Spätaussiedlerstatus können, mit Ausnahme der deutschen Minderheiten in den GUS-Staaten, nur diejenigen

¹³⁴ Anm.: So lagen Ende 1991 rund 520.000 Anträge auf dem Bundesverwaltungsamt in Köln, über die noch nicht entschieden wurde. Derzeit (2005) werden im Bundesverwaltungsamt Aufnahmeanträge für 140.000 Personen bearbeitet.

¹³⁵ Vgl. Delfs, Silke: *Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler...*, S. 7f.

¹³⁶ Anm.: S. das Kapitel “Begriffsbestimmung“.

¹³⁷ Anm.: Diese Zahl ergab sich aus der durchschnittlichen Anzahl der Aussiedler, die zwischen den Jahren 1991 und 1992 nach Deutschland zugezogen sind. Das Bundesverwaltungsamt kann hier von bis zu 10 % nach oben oder unten abweichen.

Aussiedlungswilligen aus den übrigen Staaten Ostmitteleuropas bekommen, die individuell glaubhaft machen können, dass sie am 31. Dezember 1992 oder danach Benachteiligungen ausgesetzt waren, oder sich auf ihnen frühere Benachteiligungen aufgrund der deutschen Volkszugehörigkeit weiterhin auswirken. Im Unterschied zur früheren Regelung, bei der die deutschen Behörden ein Vertreibungsschicksal widerlegen mussten, um eine Aussiedleranerkennung ablehnen zu können, wird die "Beweislast" jetzt auf die Antragsteller verlagert.

Hier reicht Glaubhaftmachung im Sinne einer überwiegenden Wahrscheinlichkeit der behaupteten Tatsache aus. Der Begriff Glaubhaftmachung unterscheidet sich vom Beweis dadurch, dass noch gewisse Zweifel an der Richtigkeit der Angaben des Antragstellers bestehen können.¹³⁸

Die Deutschen aus den Republiken der ehemaligen Sowjetunion, aus Estland, Lettland oder Litauen sind von dieser Neuregelung ausgenommen, da in ihrem Fall weiterhin davon ausgegangen wird, dass die Folgen des Zweiten Weltkrieges wie Verschleppung und staatliche Diskriminierung immer noch spürbar sind. Diese Begünstigung der Russlanddeutschen wurde mehrmals von den deutschen Sozialdemokraten kritisiert. Die Bundesregierung wies diese Änderungsvorschläge aber mit der Begründung, dass die Lage der deutschen Minderheiten in diesen Ländern weiterhin stark durch die nachwirkenden Benachteiligungen aus der Sowjetzeit geprägt wird, zurück. Hier wurde hauptsächlich auf die fehlende endgültige Rehabilitierung der deutschen Minderheit in der Russischen Föderation verwiesen. Auch das Ausbleiben einer Wiederherstellung der territorialen Autonomie macht aus den Russlanddeutschen neben den Krimtataren die einzige ehemals unterdrückte Volksgruppe, die ihre Staatlichkeit bis heute nicht wiedererlangt hat. Auch die Probleme in den mittelasiatischen Staaten vor allem in Kasachstan mit religiös-islamischem Fundamentalismus und Nationalismus, sowie die Nichtbeherrschung der Sprache der jeweiligen Titularnation führen oft zur faktischen Verdrängung.¹³⁹ Trotz dieser

¹³⁸ Wolf, Adolf: *Der Status des Spätaussiedlers ...*, S. 19.

¹³⁹ Vgl. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 96, April 1998, S. 8-16.

Argumente ist eine differenzierte Einstellung, vor allem zu den deutschen Minderheiten in den baltischen Staaten, die heute Mitglieder der Europäischen Union sind, besonders fragwürdig.¹⁴⁰

Als letzte wichtige Änderung wurde im “Kriegsfolgenbereinigungsgesetz“ das Datum 31.12.1992 als Stichtag festgelegt. Spätaussiedler kann folglich nicht mehr werden, wer nach dem Inkrafttreten des Gesetzes geboren wurde. Diese Regelung sieht also das Auslaufen des Spätaussiedlerstatus in einem sehr weiten Zeithorizont vor.

Als Folge des “Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes“ ist die Zahl der Spätaussiedler mit Ausnahme der Russlanddeutschen dramatisch gesunken. Trotzdem wurde vor allem von der Opposition versucht, auch den Zuzug der Russlanddeutschen zu beschränken. So wurde im Jahre 1996 den Russlanddeutschen ein weiteres Hindernis auf dem Weg nach Deutschland bereitet. Jeder Aussiedlungswillige musste einen standardisierten Sprachtest bestehen. Dieser Test ist nicht wiederholbar, da er als Bestätigung des sprachlichen Merkmals bei der Feststellung der deutschen Volkszugehörigkeit gilt. Gesetzlich verankert wurde der Sprachtest aufgrund rechtlicher Bedenken erst im Jahre 2000. Im selben Gesetz wurde auch die Zahl der jährlich zu erteilenden Aufnahmebescheide auf 100.000 festgeschrieben, was keine konkrete Auswirkungen mit sich brachte, da sich der Zuzug in dieser Größenordnung bewegte. Eine Präzisierung bekam auch der § 5 Nr. 1 des Bundesvertriebenengesetzes, wonach neben Menschen, die der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet haben, auch privilegierte Funktionsträger der kommunistischen Herrschaftssysteme sowie deren privilegierte Verwandte wegen des Fehlens eines Kriegsfolgenschicksals vom Erwerb des Spätaussiedlerstatus ausgeschlossen werden.¹⁴¹

Aber auch dies war nicht die Endregelung der Spätaussiedlerproblematik. Im Rahmen der Debatte um das neue Zuwanderungsgesetz, wurde die sogenannte Süssmuth-Kommission auch mit der Aufgabe beauftragt, den

¹⁴⁰ Vgl. Delfs, Silke: *Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler...*, S. 8f.

¹⁴¹ Vgl. Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 107, März 2000, S. 7.

Spätaussiedlerzuzug neu zu steuern. Einer der wichtigsten Gründe hierfür waren die Probleme mit den Sprachkenntnissen und dadurch mit der Integration der Spätaussiedler. Obwohl die deutschen Volkszugehörigen bzw. deutschen Staatsangehörigen seit 1996 gezwungen wurden, ihre Sprachkenntnisse in einem Sprachtest unter Beweis zu stellen, konnten in den Aufnahmebescheid miteinbezogene nichtdeutsche Familienangehörige und Nachkömmlinge ohne irgendwelche Sprachkenntnisse in die Bundesrepublik ausreisen und den Status eines Deutschen im Sinne von Art. 116 Abs. 1 des GG bekommen. Anfang der neunziger Jahre war der Proporz relativ günstig, da mehr als 70% die Spätaussiedler selbst bildeten. Die heutige Tendenz ist umgekehrt. Fast 80% der jährlich kommenden Russlanddeutschen machen Familienangehörige und Verwandte aus.¹⁴² Im Unterschied zu anderen Punkten bestand bei der Neuregelung des Spätaussiedlerzuzugs ein grundsätzlicher Konsens zwischen beiden großen Volksparteien. Das zum 1.1.2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz fordert auch von Familienangehörigen und Abkömmlingen Grundkenntnisse der deutschen Sprache. Diese werden noch im Herkunftsland im Rahmen eines Sprachstandarttests geprüft. Als Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse kann auch das Zertifikat "Start Deutsch 1" des Goethe-Instituts genutzt werden. Die Grundzüge der deutschen Sprache müssen in Wort und Schrift beherrscht werden. So muss man sowohl den schriftlichen als auch den mündlichen Teil des Tests bestehen. Im Unterschied zu den Sprachstandarttests für Spätaussiedler, sind diese Prüfungen wiederholbar.¹⁴³

8.1. Das Aufnahmeverfahren

Aber nicht nur die Aufnahmeformalitäten wurden durch die Gesetze mehrmals geändert, sondern auch der Prozess der eigentlichen Aufnahme und die damit zusammenhängenden Formalitäten unterlagen im Laufe der

¹⁴² Vgl. Die Tabelle im Anhang 2.

¹⁴³ Bundesverwaltungsamt: *Wichtige Informationen für Spätaussiedlebewerber*, Stand Januar 2005. Internetseite: <http://www.bundesverwaltungsamt.de> (13.7.2005)

Zeit mehrmaligen Änderungen. Der bürokratische Weg des Ausreiseantrags war ziemlich lang und auch das positive Endergebnis war oft unsicher. Anfang der neunziger Jahre, als der Aussiedlerandrang am stärksten war, wurde der Ausreiseantrag als Steuerungsmittel genutzt. Er setzte sich aus einem 54-seitigen Formular zusammen und um ihn korrekt auszufüllen, musste man unter anderen auch die Wohnorte des Antragstellers, sowie seiner Eltern und Großeltern von 1930 bis zum Zeitpunkt der Ausreise nachweisen. Mit diesen und weiteren Nachweisen deutscher Volkszugehörigkeit haben sich Bürokraten in der ehemaligen Sowjetunion lange beschäftigt. Erst später wurde ein vereinfachter Ausreiseantrag ausgearbeitet. Während der Bearbeitung und Überprüfung der gesetzlichen Voraussetzungen beim Bundesverwaltungsamt in Köln, muss sich seit Juli 1996 jeder Antragsteller und seit Januar 2005 auch die im Ausreiseantrag miteinbezogenen Familienangehörigen und Abkömmlinge dem Sprachtest unterziehen, der die nötigen Grundkenntnisse der deutschen Sprache überprüft. Falls das Bundesverwaltungsamt alle Voraussetzungen als erfüllt ansieht, werden die Antragsunterlagen an ein vom Bundesverwaltungsamt bestimmtes Bundesland weitergeleitet, das wiederum alles prüft und noch weitere Nachweise (genauso wie zuvor das Bundesverwaltungsamt) anfordern kann. Erst nach der Zustimmung des Bundeslandes kann der Aufnahmebescheid verschickt werden.¹⁴⁴ Der Aufnahmebewerber kann damit zu einem von ihm selbst gewählten Zeitpunkt in die Bundesrepublik Deutschland einreisen. Das ist wichtig für diejenigen, die sich die Ausreisemöglichkeit sichern, aber auch noch die weitere Entwicklung in ihren Herkunftsländern abwarten wollen. Nach Vorlage des Aufnahmebescheids bekommt der Deutschstämmige und auch seine im Ausreiseantrag miteinbezogenen Familienangehörigen und Abkömmlinge ein Visum, das sie zur Ausreise nach Deutschland berechtigt. Die Reise muss selbst organisiert und bezahlt werden und es werden nur Pauschalkosten in Höhe von 102 Euro pro Person erstattet. In Deutschland werden zuerst alle für mindestens ein Paar Tage in einer

¹⁴⁴ Anm.: Die Verfahrensdauer von der Antragstellung bis zur tatsächlichen Ausreise umfasste im Jahre 2000 einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren.

Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht. Während der großen Migrationswellen Anfang der Neunziger wurden mehrere Aufnahmeeinrichtungen errichtet, die aber später nicht mehr ausgelastet waren. Seit Herbst 2000 ist die Spätaussiedleraufnahme ins niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland konzentriert. Hier werden alle registriert und auf die einzelnen Bundesländer aufgeteilt. Bis Ende 2004 erfolgten Aufnahme und Anerkennung von Spätaussiedlern in zwei voneinander unabhängigen Verfahren, dem Aufnahme- und Bescheinigungsverfahren. Problematisch an dieser Regelung war, dass das Bescheinigungsverfahren, das zur Erteilung einer Bescheinigung über den Spätaussiedlerstatus dient und für alle Behörden und Stellen verbindlich ist, in die Zuständigkeit der jeweiligen Landesbehörden fiel. Diese waren nicht an die Beurteilung des Bundesverwaltungsamts bzw. an eigene vorläufige Zustimmungen im Aufnahmeverfahren gebunden und konnten die Betroffenen ablehnen. Dies passierte oft wegen mangelnder Sprachkenntnisse, die vor der Einführung des Sprachtest, nur nach den Angaben im Ausreiseantrag beurteilt werden konnten. Erst nach der Anreise wurde dann festgestellt, dass der Betroffene wegen fehlender Deutschkenntnisse im Bescheinigungsverfahren nicht als Spätaussiedler anerkannt werden kann. In diesem Falle erhielt der Antragsteller eine Aufenthaltserlaubnis und konnte in Deutschland nur im Rahmen des Ausländergesetzes bleiben. Um Härtefälle, wenn etwa Aussiedler ihr ganzes Hab und Gut verkauft und so die Rückkehrmöglichkeit verloren hatten, zu vermeiden, wurde im neuen Zuwanderungsgesetz vorgesehen, dass beide Verfahren beim Bundesverwaltungsamt in Köln zusammengelegt werden. So gilt jetzt, dass der Antragsteller mit der einmal gebilligten Aufnahme die Sicherheit hat, in Deutschland dauerhaft bleiben zu dürfen.

Die eingereisten Spätaussiedler werden dann auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Das Bundesverwaltungsamt bestimmt das Bundesland gemäß § 8 des Bundesvertriebenengesetzes, in dem gesetzliche Quoten festgelegt sind. So sollen zum Beispiel 20% aller Spätaussiedler auf die neuen Bundesländer aufgeteilt werden. Die Länder mit der höchsten Aufnahmequote sind demnach Nordrhein-Westfalen

(21,8%), Bayern (14,4%) und Baden-Württemberg (12,3%). Die tatsächliche Verteilungsquote stimmt mit der gesetzlich festgelegten weitestgehend überein. Daneben kann den Spätaussiedlern nach der Aufnahme in Deutschland ein vorläufiger Wohnort zugewiesen werden, sofern sie nicht über einen Arbeitsplatz oder ein sonstiges den Lebensunterhalt sicherndes Einkommen verfügen. Nur an diesem zugewiesenen Wohnort bekommen sie Eingliederungs- und Sozialhilfe. Die Bindung an den Wohnort ist auf drei Jahre begrenzt. Allerdings kann der Spätaussiedler jederzeit umziehen, wenn er Wohnung und Arbeit in einer anderen Ort nachweisen kann. Diese Regelung ist im "Wohnortzuweisungsgesetz" verankert und beinhaltet auch einige Ausnahmen, um Härtefälle zu vermeiden. So kann zum Beispiel die zuständige Verwaltungsbehörde im Falle der Familienzusammenführung die ursprüngliche Verteilungsentscheidung ändern. In einigen Bundesländern wie Bayern oder Rheinland-Pfalz wird dieses Gesetz gar nicht angewandt.¹⁴⁵

8.2. Aussiedlerspezifische Hilfen und Leistungen

Die zahlreichen Vergünstigungen und sozialen Leistungen zugunsten der Aussiedler, gegen die sich Anfang der Neunziger die Öffentlichkeit wandte, waren oft Überreste des Kalten Krieges, als Aussiedler bei der Ausreise alles in ihrem Herkunftsland zurücklassen mussten und somit nach Deutschland oft mittellos kamen. So wurden die Aussiedler in einigen Bereichen, etwa bei der Rente im Vergleich zu der übrigen deutschen Bevölkerung sogar begünstigt. Dies änderte sich aber schnell und schon Anfang der Neunziger wurden zahlreiche Leistungen abgeschafft. Die Rente wurde ständig gekürzt, so dass heute der Spätaussiedler-Rentner einen Anspruch auf höchstens 653,25 Euro (brutto) hat. Sehr gravierend ist die Benachteiligung nichtdeutscher Ehegatten und Verwandten, die für die Beitragsjahre in der Sowjetunion

¹⁴⁵ Vgl. *Migrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Auftrag der Bundesregierung*, 2003, S. 30.
Internetausgabe: www.integrationsbeauftragte.de/download/Migrationsbericht_2003.pdf (16.9.2005)

und in der GUS nach dem "Fremdrentengesetz" keine Rente mehr bekommen. Zu weiteren wieder zurückgenommenen Vergünstigungen gehörten auch zinslose oder zinsverbilligte Darlehen für den Bau, Kauf oder die Einrichtung einer Wohnung. Auch die Eingliederungshilfe, die den Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen für die ersten sechs Monate ausgezahlt wurde und die etwa der Höhe der Sozialhilfe entsprach, ist zum 1.1. 2005 eingestellt worden.¹⁴⁶ Die Spätaussiedler haben ab dem 1.1.2005 Anspruch auf kostenlose Integrations- und Sprachkurse für die Dauer von sechs Monaten (Anfang der Neunziger waren es noch fünfzehn Monate). Diese Kurse beinhalten 600 Stunden Sprachunterricht sowie einen 30stündigen Orientierungskurs zu Fragen der deutschen Rechtsordnung, Geschichte und Kultur. Darüber hinaus erhalten diejenigen Russlanddeutsche, die vor dem 1. April 1956 geboren wurden und wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit politische Haft oder Verbannung erlitten hatten, nach § 9 Abs. 2 BVFG als Ausgleich eine einmalige Entschädigung in Höhe von 4.000 DM (2.045,17 Euro), sofern sie vor dem 1. Januar 1946 geboren sind 6.000 DM (3.067,75 Euro). Weitere Förderungen bekommen außerdem jugendliche Spätaussiedler, wodurch ihre sprachliche, schulische, berufliche und gesellschaftliche Eingliederung unterstützt werden soll. Ein gesondertes Programm gibt es auch für Akademiker. Hochschulabsolventen zwischen 30 und 49 Jahren bekommen eine Hilfe, die ihnen das Ausüben ihrer Berufe sichern soll. Als Beispiel kann ein ärztliches Praktikum dienen, das die Voraussetzung für die Arztapprobation in Deutschland ist. Der immer fortschreitende Abbau der Eingliederungshilfen wurde am Anfang mit hohen Zuwanderungszahlen, später durch die prekäre Situation der öffentlichen Haushalte begründet. Andererseits kann man hier aber auch argumentieren, dass der Abbau von Fördermaßnahmen eine abschreckende Wirkung auf die Spätaussiedler haben kann und von daher als Versuch, zum Verbleib im Herkunftsland zu motivieren, gewertet werden kann. Diese Erwartungen wurden aber nur teilweise erfüllt und der Spätaussiedlerzuzug ließ sich doch nur wenig begrenzen.

¹⁴⁶ Anm.: Am Anfang wurde die Eingliederungshilfe 12 Monate ausgezahlt.

9. Die Auswanderung der Deutschen aus Russland

Die Auswanderung aus den russischen Gebieten war im 19. Jahrhundert größtenteils eine Folge der Beschränkung der in den Privilegien gesicherten Freiheiten. Die erste Ausreisewelle war mit der Einführung der Wehrpflicht im Jahre 1874 verbunden. Aus diesem Grunde wanderten hauptsächlich die Mennoniten aus, die jede Art der Militärflicht ablehnten. Aber nicht nur religiöse Gründe, sondern auch die immer häufiger auftretenden Missernten und die fortschreitende Russifizierung veranlassten viele Deutsche zur Auswanderung. Die wichtigsten Zielländer waren Brasilien, Argentinien, Kanada und größtenteils die USA, wo durch den "Homestead Act" (1862) jedem Siedler gegen eine geringe Gebühr ein Grundstück von 160 Acker versprochen wurde.

Auch der Erste Weltkrieg sowie der Vorwurf der Illoyalität und die Verabschiedung der "Liquidationsgesetze", die den Zwangsverkauf des Bodens deutscher Kolonisten zur Folge hatten, waren Gründe für die Ausreise von 60.000 Russlanddeutschen (darunter 30.000 Wolhyniendeutschen) ins Reich. Weitere Deutsche wanderten aus Russland in der Zeit des Bürgerkriegs (1918-1921) und der folgenden großen Hungersnot 1921/1922 aus. Auch die stalinistischen Säuberungen und der Prozess der "Kollektivierung" und "Entkulakisierung" hatten hohe Auswanderungszahlen zur Folge. Das "Ausreisefieber" betraf vor allem die Mennoniten und die in den deutschen Dörfern Sibiriens wohnende Bevölkerung, die zu Tausenden die Sowjetunion in Richtung USA verließen. Die Emigration "antisowjetischer Elemente" (in diesem Falle Kulaken) sollte nach Anweisungen der Geheimpolizei gefördert und die Ausreise armer Bauern erschwert werden. So verließen zwischen den Jahren 1923 bis 1928 23.000 der insgesamt 91.000 Mennoniten die

Sowjetunion. Ab September 1929 sollten aber keine Ausreiseanträge mennonitischer und deutscher Landwirte mehr angenommen werden. Mitte Oktober 1929 versammelten sich in den Vororten Moskau 12.420 Russlanddeutsche mit dem Ziel, hier die Ausreisegenehmigung abzuwarten. Ein Teil der Flüchtlinge konnte letztendlich auch emigrieren. Da Kanada aber erst im folgenden Jahr wieder begann, die Immigranten aufzunehmen und die deutsche Regierung sich weigerte, die finanziellen Kosten alleine zu tragen, wurde ein Teil der Ausreisewilligen von der Geheimpolizei festgenommen und von einer "freiwilligen" Rückkehr "überzeugt". Erst im November war Deutschland schließlich bereit, die Flüchtlinge vorübergehend aufzunehmen, sodass das Gros der noch in Moskau Wartenden doch noch ausreisen konnte.¹⁴⁷

Weitere Ausreiseversuche sind mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Infolge von Deportationen, eingeschränkten Rechten, Diskriminierung und weiteren Benachteiligungen wollten viele Russlanddeutsche in ihre alte Heimat zurückkehren. Eine erste Gelegenheit bot sich den Ausreisewilligen mit dem Besuch des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer in Moskau im Jahre 1955. Neben der Frage der Entlassung der verbliebenen 9.000 Kriegsgefangenen wurde auch die Möglichkeit einer Ausreise weiterer deutscher Staatsangehörige besprochen. Zu diesen zählte die deutsche Seite neben den 20.000 "Altreichdeutschen" auch die 170.000 der sogenannten "Administrativumsiedler", die bei der deutschen Besetzung der Ukraine eingebürgert wurden. Die sowjetische Seite zeigte sich in dieser Frage aber hartnäckig und erklärte die Repatriierungsfrage nach der Entlassung der Kriegsgefangenen im Jahre 1957 für erledigt. In dieser Zeit waren an der deutschen Botschaft mehr als 100.000 Ausreisewillige gemeldet. Das einzige Zugeständnis, dass die russische Seite im nächsten Jahr machte betraf die Zusammenführung von Familien, die durch den Krieg getrennt wurden. Als Voraussetzung musste ein Verwandter ersten Grades in Deutschland nachgewiesen werden. Diese Regelung wurde aber nur manchmal eingehalten und die Entscheidungen wurden oft willkürlich

¹⁴⁷ Vgl. Brandes, Detlef: *Von der Verfolgungen im Ersten Weltkrieg bis zur Deportation*, in: Stricker, Gerd (Hrsg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, Berlin 1997, S. 181-188.

getroffen. So konnte es passieren, dass einigen Russlanddeutschen ohne Verwandte im Ausland die Ausreise gelang und der Antrag einer deutschen Familie, die einen Bruder in Deutschland hatte, ohne weiteres zurückgewiesen wurde.¹⁴⁸

Die restriktive Ausreisepolitik der Sowjetunion hatte mehrere Gründe. Die Emigration der Sowjetbürger in kapitalistische Länder war aus ideologischen Gründen nicht zulässig und hätte auch einen Prestigeverlust und Misserfolg der sowjetischen Nationalitätenpolitik bedeutet. Selbstverständlich hätte auch eine großzügige Ausreisepolitik zu einer Migrationswelle werden können, die unter anderem auch die innerpolitische und wirtschaftliche Stabilität einiger Regionen hätte bedrohen können. Die Ausreisezahlen zwischen 1955 und 1987, als das neue Ausreisegesetz verabschiedet wurde, zeigen starke Schwankungen. Die Gründe für diese Entwicklungen waren oft ein Zusammenspiel von außen- und innenpolitischen Erwägungen. Bei den Aussiedlern, die zwischen 1955 und 1966 aussiedeln konnten, handelte es sich größtenteils um sogenannte Vertragsumsiedler¹⁴⁹ und Reichsdeutsche, die ohnehin nach den mündlichen Vereinbarungen von 1955 nach Deutschland umgesiedelt werden sollten. Erst nach 1966 konnten in Folge der internationalen Entspannungspolitik auch Administrativumsiedler und später auch Russlanddeutsche, die ja nie deutsche Staatsbürger gewesen waren, ausreisen. Aber erst die wirkliche Entspannung der internationalen Lage und auch der russisch-deutschen Beziehungen in Folge der neuen deutschen Ostpolitik resp. der KSZE – Konferenz ließ die Ausreisezahlen wirklich ansteigen. So erreichte sie 1976 die Rekordmarke von 9.652 Personen. Inwieweit die Ausreisezahlen von der eigentlichen Entwicklung in der Bundesrepublik abhängig waren, zeigen die Schwankungen der Ausreisezahlen im Jahr 1972. So konnte man im April und somit vor der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag einen starken Anstieg der Zahlen verzeichnen. Genauso

¹⁴⁸ Vgl. Arnold, Wilhelm (Hrsg.): *Die Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland*, Wien 1980, S. 89.

¹⁴⁹ Anm.: Als "Vertragsumsiedler" wurden cca. 30.000 Deutsche genannt, die aufgrund der Festlegungen des Hitler-Stalin-Paktes in den Jahren 1939-1941 aus den baltischen Ländern, Ostpolen und Bessarabien überwiegend in das Warthegau umgesiedelt worden waren und nach dem Krieg nach Russland "repatriert" wurden.

könnte man vermuten, dass es sich bei der erhöhten Emigrantenzahl im November (1.572, Oktober 175, Dezember 356) um eine Unterstützung der sozialliberalen Koalition für die Bundestagswahl am 19. November 1972 handelte.¹⁵⁰ Aber auch innenpolitisch sind die siebziger Jahre durch einen stärkeren Druck der Ausreisewilligen gekennzeichnet. Sie blieben zwar in großer Mehrheit nur Antrags- und Bittsteller, das gemeinsame Interesse mündete aber in der Bildung kleinerer Gruppen, die ihre Forderungen in Form von Sitzstreiks auf den zuständigen Behörden beziehungsweise durch kleinere Demonstrationen artikulierten.¹⁵¹ Bessere Chancen, dass der Ausreiseantrag positiv beschieden werden würde, gab es in dieser Zeit in den baltischen Republiken, die eine weniger restriktive Ausreisepolitik betrieben. Aus diesem Grund siedelten die Russlanddeutschen oft kurz vor der Abgabe des Ausreiseantrags in diese Republiken um. Anfang der achtziger Jahre wurde aber von den Moskauer Zentralbehörden wieder eine strengere Ausreisesteuerung angeordnet. Das Ende der siebziger Jahre, aber hauptsächlich die erste Hälfte der achtziger Jahre war wieder durch internationale Spannungen gekennzeichnet, was sich auch im drastischen Rückgang der Emigration widerspiegelte. Die außenpolitische Polemik über den Nato-Doppelbeschluss, aber auch die innenpolitische Lage, die sich durch die Furcht der sowjetischen Führung vor dem Rückgang des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums äußerte, ließ die Ausreisezahlen ihren Tiefstand erreichen.¹⁵² Die Abschreckungspropaganda der "verkommenen" Gesellschaft des Westens wurde fortgesetzt, die Behörden übten einen stärkeren Druck auf die Ausreisewilligen aus. Durch restriktivere Maßnahmen ging auch die Zahl der Ausreiseanträge zurück. Einigen Antragstellern wurde auch die Ausreise in die DDR angeboten. Die Ausreisezahlen blieben aber im Vergleich zur Ausreise in die BRD unbedeutend.¹⁵³ Die

¹⁵⁰ Vgl. Armbrorst, Kerstin: *Ablösung von der Sowjetunion. Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987*, Münster 1999, S. 109.

¹⁵¹ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen...*, S. 144f.

¹⁵² Anm.: Den absoluten Tiefstand erreichte die Aussiedlerzahl im Jahre 1985, als nur 460 Personen ausreisen durften.

¹⁵³ Anm.: Zwischen den Jahren 1965 und 1970 reisten insgesamt 1.600 Russlanddeutsche in die DDR, wohingegen in der selben Zeit 60.150 ihre neue Heimat in der Bundesrepublik fanden.

Demokratisierungsbemühungen und Gorbatschows "Perestrojka" wirkten sich in ihrem zweiten Jahr auch auf die Emigration der Deutschen aus. Obwohl das am 1. Januar 1987 in Kraft getretene Dekret die Einreise in und die Ausreise aus der UdSSR neu regelte, blieb als einziger möglicher Ausreiserahmen die Familienzusammenführung erhalten. Das Verfahren wurde allerdings präzisiert und die Fristen für die Bearbeitung der Ausreiseanträge wurden festgelegt. Und obwohl die Entscheidungen über einen Ausreiseantrag immer noch oft beliebig getroffen wurden, stiegen die Emigrationszahlen seit 1987 erheblich. Auch mehrmals abgewiesenen Antragstellern gelang es in dieser Zeit, die Ausreisegenehmigung zu erlangen. Schon zu dieser Zeit gab es Überlegungen, den Sowjetbürgern das Recht auf freie Ein- und Ausreise zu garantieren, was aber erst im Juni 1991 als Gesetz verabschiedet wurde. Dieses Gesetz sollte zwar zum 1. Januar 1993 in Kraft treten, musste aber durch den Zerfall der Sowjetunion von jedem Nachfolgestaat aufs Neue verabschiedet werden.¹⁵⁴

Mit welchen Schwierigkeiten die Russlanddeutschen aufgrund ihrer Ausreisebemühungen kämpfen mussten, illustrieren die Befragungsstudien aus dieser Zeit. Das Antragsverfahren war ein richtiger "Hürdenlauf". Allein das Antragsformular zu bekommen war manchmal mit großen Problemen verbunden. Neben dem Formular musste der Ausreisewillige auch weitere Unterlagen wie z.B. eine Bestätigung der Hausverwaltung über den Wohnsitz, eine polizeiliche Meldung oder die Beurteilung ("Charakteristik") der Arbeitsstelle beziehungsweise der Hochschule einreichen. Die russischen Stellen sorgten dafür, dass der Ausreisewunsch in der Umgebung hinreichend bekannt wurde. Dies konnte auch negative Folgen haben. Im besseren Falle die Verweigerung von Prämien oder die Versetzung auf schlechter bezahlte Posten, im schlimmeren Falle die einfache Kündigung beziehungsweise den Ausschluss aus der Hochschule. Ganz zu schweigen von Beschimpfungen und Verspottungen in der Öffentlichkeit. Aber auch wenn die Russlanddeutschen dies alles ertrugen, hatten sie noch längst keine

¹⁵⁴ Vgl. Armbrorst, Kerstin: *Ablösung von der Sowjetunion...*, S. 107-112.

Sicherheit, dass sie ausreisen durften. Den meisten gelang es nicht auf den ersten Ausreiseantrag hin, das Land zu verlassen und mit einem neuen Antrag musste auch ein neuer Behördengang absolviert werden. Die Ablehnungsgründe wurden oft nur mündlich mitgeteilt und offensichtlich größtenteils von den zuständigen Stellen konstruiert. Am meisten wurde darauf hingewiesen, dass Verwandte wie Bruder, Schwester oder Onkel nur weitläufige Verwandten seien oder dass die Verwandtschaft in Russland größer als in der Bundesrepublik sei. Aber auch wenn der Antrag zuletzt positiv beschieden wurde, hatten die Ausreisewilligen immer noch nicht ganz gewonnen. Oft erhielten die Genehmigung zur Ausreise nur einige Familienmitglieder, manchmal weigerten sich die Behörden sogar, das Visum auszustellen. Auch die Zeit, in der die Ausreisewilligen die Sowjetunion zu verlassen hatten, war sehr kurz und reichte manchmal nicht zur Erledigung aller nötiger Dinge.¹⁵⁵ Diese bürokratischen Hürden, die den Ausreisewilligen in den Weg gestellt wurden, waren von der Zeit abhängig und änderten sich letztendlich in Folge außen- und innenpolitischer Faktoren.¹⁵⁶

Der Fall des Eisernen Vorhangs bedeutete einen Umbruch in der Migrationsgeschichte der Bundesrepublik. Die neuen Ausreisemöglichkeiten lösten in den ersten Jahren eine wirkliche "Flutwelle" aus. Die Leute strömten zu Tausenden in den erträumten Westen. Eine dieser Wellen bildeten auch die Deutschstämmigen aus den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten, hauptsächlich aus Polen, Sowjetunion und Rumänien. Trotz einer restriktiven Ausreisepolitik in den Ostblockstaaten gelang es zwischen 1950-1987 insgesamt 1,4 Millionen Deutschen¹⁵⁷ in die Bundesrepublik auszureisen. Aufgrund einer nicht so strengen Ausreisepraxis kamen 62% (848.000) aller Aussiedler aus Polen. Die Russlanddeutschen machten mit etwa 8% (110.000) nur einen kleinen Teil des Aussiedlerstroms dieser Jahre aus, obwohl in der Sowjetunion die größte deutsche Minderheit lebte. In den Folgejahren änderte sich die Situation wesentlich. Obwohl in den Jahren

¹⁵⁵ Anm.: Die Fristen schwanken zwischen wenigen Tagen und einem Monat.

¹⁵⁶ Vgl. Armbrorst, Kerstin: *Ablösung von der Sowjetunion...*, S. 112-131.

¹⁵⁷ Anm.: Im Jahre 1950 lebten in diesen Ländern etwa 4 Millionen Deutsche.

1988-1989 die polnischen Aussiedler immer noch die Mehrheit stellten, wurden sie im Jahre 1990 von den Russlanddeutschen überholt und nach Inkrafttreten des Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes im Jahre 1993 machten diese weit über 90% und seit 1997 sogar 98% aller Spätaussiedler aus.¹⁵⁸

Die Ausreisezahlen, die seit 1987 kontinuierlich wuchsen, waren der Grund für die Errichtung neuer Aufnahmestellen¹⁵⁹ und Überlegungen über neue Regelungen oder zumindest über eine Steuerung des Aussiedlerzuzugs. Anfang 1989 wurde somit das Eingliederungsanpassungsgesetz verabschiedet. Statt der bisherigen Arbeitslosenhilfe bekamen Aussiedler von nun an ein Jahr lang eine Eingliederungshilfe, die ein bisschen niedriger war. Mit dem Wohnortzuweisungsgesetz (1989) sollten Probleme der ungleichen Verteilung von Aussiedlern innerhalb der einzelnen Länder vermieden werden. Das Aussiedleraufnahmegesetz¹⁶⁰ (1990) verpflichtete die Ausreisewilligen, dass sie ihren Antrag von ihrem bisherigen Wohnsitz aus stellen mussten. Daneben wurden in den Aufnahmeprozess auch die Bundesländer miteinbezogen. Die Zahl der Ausreiseanträge stieg aber weiter an, so dass SPD-Politiker und auch einige Bundesländer auf eine strengere gesetzliche Regelung des Aussiedlerzuzugs drängten. Das ganze "ius sanguinis"-Prinzip¹⁶¹ wurde als "Deuschtümelei" kritisiert. Vom "völkischen" Nationalbegriff sollte nach Ansicht der SPD-Politikern Abschied genommen werden und die neuen Entwicklungen in den ehemaligen Ostblockstaaten sollten berücksichtigt werden. Die Aussiedler sollten in Zukunft wie die Ausländer ebenfalls nur im Rahmen der Einwanderungsgesetzgebung einreisen dürfen. Der mit der traditionell aussiedlerfreundlich gestimmten CDU/CSU ausgehandelte Kompromiss war im Vergleich zu den oben zitierten Anforderungen wesentlich milder. Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (vom 1.1.1993)

¹⁵⁸ Anm.: Siehe dazu die Tabelle im Anhang 1.

¹⁵⁹ Anm.: Bis zu dieser Zeit gab es in der BRD nur zwei Anlaufstellen, eine in Friedland (Niedersachsen) und die zweite in Nürnberg (Bayern).

¹⁶⁰ Anm.: Näher zur Gesetzgebung s. das Kapitel "Juristischer Rahmen".

¹⁶¹ Anm.: Vom Lateinischen: "Recht des Blutes", Abstammungsrecht. Dieses Prinzip wird oft im Gegensatz zum "ius soli"-Prinzip – "Recht des Bodens", Bodenrecht zitiert, nach dem jeder automatisch die Staatsbürgerschaft des Landes bekommt, wo er geboren ist.

legte die jährlichen Zuzugszahlen auf höchstens 220.000 Aussiedler fest und sollte damit für eine gesellschaftlich verträgliche Integration der Spätaussiedler sorgen. Aufgrund der veränderten Bedingungen in den mittelosteuropäischen Staaten musste jeder Antragsteller, mit Ausnahme der Ausreisewilligen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, nachweisen, dass er immer noch unter den Benachteiligungen des Kriegsfolgenschicksals leidet. Das war für die meisten Aussiedler unmöglich, so dass aus diesen Ländern in der letzten Zeit (2000-2004) jährlich weniger als 1.000 Spätaussiedler kamen, was etwa 1% der Gesamtzahl darstellt.¹⁶² So kann man den Zuzug der Deutschstämmigen aus diesen Gebieten als abgeschlossen betrachten.¹⁶³

Im Unterschied hierzu blieb der Zuzug der Russlanddeutschen relativ unverändert hoch. Die Äußerungen einiger SPD-Politiker riefen sogar in einigen Gebieten eine "Torschlusspanik" hervor, so dass 1992 sogar 195.576 Russlanddeutsche ausreisten, was fast 50.000 mehr als im Vorjahr (147.320) waren. Die Rekordzahl verzeichnete aber das Jahr 1994, als 213.214 Personen aus der ehemaligen Sowjetunion den Spätaussiedlerstatus bekamen. Seitens der SPD wurde die bevorzugte Behandlung der Russlanddeutschen als nicht mehr gerechtfertigt kritisiert. Aber auch die Bereitschaft der Öffentlichkeit, die Spätaussiedler aufzunehmen, nahm kontinuierlich ab. Teilweise lässt es sich auch von den unterschiedlichen Motivationen der Einreisenden ableiten. In den ersten Jahren kamen in die Bundesrepublik größtenteils solche Russlanddeutsche, die sich schon lange um eine Ausreise bemüht hatten und aufgrund dieser Bestrebungen zahlreicher Repressionen und Schikanen seitens der russischen Behörden oder des KGB ausgesetzt waren. Sie praktizierten zielstrebig die deutsche Kultur, versuchten ihren deutschen Dialekt beizubehalten und wollten wirklich als Deutsche unter Deutschen leben. Heute kommen dagegen in die Bundesrepublik eher solche Russlanddeutsche, die die Ausreise ursprünglich nicht erwogen hatten und nur auf den "fahrenden Zug aufgesprungen sind". Diese

¹⁶² Anm.: Im Jahre 2000 kamen 1.057 Spätaussiedler aus den Staaten die außerhalb der ehemaligen Sowjetunion liegen. Das war etwa 1,1% von den insgesamt 94.558 Spätaussiedlern. Im Jahre 2004 waren es nur 365 (0,6%) von 59.093. Vergleich dazu die Tabellen im Anhang.

¹⁶³ Vgl. Eisfeld, Alfred: *Die Russlanddeutschen...*, S. 188f.

Russlanddeutschen sehen in ihren Staaten keine Perspektive mehr. Die schlechte wirtschaftliche Lage ist für die eines der wichtigsten Motive für die Ausreise. Sie sprechen nur gebrochenes oder gar kein Deutsch und sind oft nicht bemüht, sich in die Mehrheitsgesellschaft einzugliedern.

Auch aus diesem Grund wurden im Jahre 1996 Sprachtests in den Herkunftsländern eingeführt, ohne die kein Aussiedlungswilliger in die Bundesrepublik ausreisen darf. Die Sprache wird hierbei als Bestätigungsmerkmal der deutschen Volkszugehörigkeit angesehen. Deswegen ist dieser Test auch nicht wiederholbar. Diese Maßnahme ist zum wirklichen Hindernis geworden und nur etwa die Hälfte der Antragsteller kann tatsächlich den Nachweis über vorhandene Deutschkenntnisse erbringen. Den Anderen bleibt der Aufnahmebescheid versagt. Die Senkung der Zahlen lag auch in der im Jahre 2000 festgeschriebenen Aufnahmequote von 100.000 Spätaussiedlern begründet.

Als großes Problem erwies sich aber die Familienzusammenführung. Da im Kriegsfolgengesetz ein relativ breites Spektrum von Familienangehörigen das Recht auf eine gemeinsame Ausreise mit einem anerkannten Spätaussiedler genießt, änderte sich die Zuwanderungsstruktur wesentlich. Während in den ersten Jahren mehr als 75% aller Einreisenden eigentliche Spätaussiedler waren, setzen sich heute (2004) mehr als 80% der Russlanddeutschen aus Ehegatten und Anverwandten des Spätaussiedlers zusammen.¹⁶⁴ Aus diesem Grund wurde im neuen Zuwanderungsgesetz geregelt, dass auch die im Aufnahmebescheid miteinbezogenen Familienangehörigen einen Sprachtest absolvieren müssen, der aber in diesem Falle wiederholbar ist. Inwieweit die neue Regelung einen Einfluss auf die Einwanderungszahlen haben wird, zeigen erst die nächsten Jahre.

Zwischen den Jahren 1950-2004 sind insgesamt 4.446.360 Aussiedler in die Bundesrepublik gekommen. Mehr als die Hälfte davon waren Russlanddeutsche, die in einer höheren Anzahl erst nach 1987 kamen und

¹⁶⁴ Vgl. Dazu die Tabelle im Anhang 2.

heute 99% aller Spätaussiedler ausmachen. Die Frage wie viele Russlanddeutsche noch in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion leben, wird unterschiedlich beantwortet. Während die Vertreter der russischen Administration von 400.000-500.000 sprechen, geben die landmannschaftlichen Organisationen eine höhere Zahl an. Die deutsche Regierung geht davon aus, dass es noch etwa 550.000 Russlanddeutsche allein in Russland gibt.¹⁶⁵ Diese Zahl sollte aber nicht mit der Zahl der Ausreiseberechtigten verwechselt werden. Obwohl jedes Jahr mehrere Tausend Russlanddeutsche Aufnahmeanträge beim Bundesverwaltungsamt stellen, zeichnet sich auch hier eine sinkende Tendenz aus. Während noch im Jahre 2000 insgesamt 106.895 Anträge in Köln ankamen, waren es im Jahre 2004 nur noch 34.560. Es hat sich aber gezeigt, dass nicht alle Russlanddeutschen vom Aufnahmebescheid Gebrauch machen. Da er zeitlich nicht begrenzt ist, warten viele die weitere Entwicklung in den GUS-Staaten ab. Der Aufnahmebescheid gilt für sie nur als "Sicherheitspapier". Die Aussiedlung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion wird sich auch in der Zukunft fortsetzen, aber die Zahlen werden kontinuierlich sinken, da diejenigen, die gehen wollten, größtenteils bereits gegangen sind. Nur die Festlegung eines Stichtages für die Ausreise oder eine ähnliche Regelung könnte wieder einen Anstieg der Zahlen verursachen. Jetzt steht die Bundesregierung vor einer wichtigeren Aufgabe - die bereits Eingereisten zu integrieren.

¹⁶⁵ Anm.: Nach der letzten Volkszählung im Jahre 2002 lebten auf dem Gebiet der Russischen Föderation 597.100 Deutsche. Vgl. Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion", Juni 2003, S. 12.

Zusammenfassung

Die vorliegende Diplomarbeit hatte sich zum Ziel gesetzt, die größte deutsche Minderheit im osteuropäischen Raum, die Russlanddeutschen vorzustellen. Ich habe versucht anhand einer Beschreibung der Geschichte und der Lebensbedingungen eine Antwort auf die Frage zu finden, warum die Russlanddeutschen nach Deutschland kommen.

Bemühungen, auf russischem Gebiet eine territoriale Autonomie wiederherzustellen sind trotz zahlreicher Versuche gescheitert. Obwohl es neben der Wiederherstellung der Wolgarepublik auch weitere Autonomievarianten gab, konnte keine in einem größeren Umfang realisiert werden. Die russischen Angebote waren oft schlecht vorbereitet und wurden hauptsächlich in der Erwartung großer deutscher Investitionen in diese Regionen gemacht. Eine Ausnahme bilden die deutschen Rayons Asowo und Halbstadt in Westsibirien, wo die Russlanddeutschen eine gewisse Autonomie genießen. Leider werden auch diese Landkreise nur als "Umsteigestationen" auf dem Weg nach Deutschland genutzt und durch den fortschreitenden Zuzug von gemischten beziehungsweise russischen Familien verlieren sie schnell ihren deutschen Charakter. Leider verzeichnete auch die im Jahre 1996 von der russischen Regierung verabschiedete Lösung der Nationalitätenfrage durch eine Kulturautonomie, keine große Erfolge. Aufgrund von Uneinigkeit und von unterschiedlichen Interessen der russlanddeutschen Verbände gelang es nicht, gemeinsame russlanddeutsche Interessen durchzusetzen.

Die russlanddeutsche Geschichte ist vor allem im zwanzigsten Jahrhundert die Geschichte eines unter starkem staatlichem Druck stehenden Volkes. Die Folgen des Zweiten Weltkriegs haben bis heute Spuren hinterlassen. Die Deportation in die unwirtlichen Gegenden Sibiriens und Kasachstans verbunden mit einem Rückzugsverbot in die ursprünglichen Gebiete, das Fehlen einer entsprechenden Ausbildung,

der Mangel an russlanddeutscher Literatur oder an Zeitungen sowie das lange Verbot der Religionsausübung verursachten eine weitgehende Assimilation dieser Bevölkerungsgruppe. Auch deswegen beherrschen heute die meisten Russlanddeutschen gar kein oder nur ein gebrochenes Deutsch.

Die heutigen Lebensbedingungen in den GUS-Staaten sind durch zahlreiche Probleme geprägt. Mit der Auflösung der Sowjetunion und der Entstehung der Nachfolgestaaten kamen auch bislang unterdrückte Probleme an die Oberfläche. Neben dem wirtschaftlichen Niedergang, der sogar in einigen Staaten zu tatsächlicher Armut führte, versuchten die neuen Titularnationen ihre Positionen zu stärken, was oft zu einer Verschärfung der nationalen Stimmung führte.

Und gerade die schlechte wirtschaftliche Lage und die nationalen Spannungen gehören zu den "Push-Faktoren", die die Russlanddeutschen zur Ausreise bewegen. Dabei haben sich die Ausreisemotive im Laufe der Zeit verändert. Während in den siebziger und achtziger Jahren die Familienzusammenführung und ethnische beziehungsweise religiöse Motive im Vordergrund standen, gewann mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage dieser Faktor an Bedeutung.

Die Versuche der deutschen Regierung mit der gezielten Förderung in den Herkunftsländern die Ausreisezahlen zu verringern, erzielten nur einen geringen Erfolg. Das Geld, das in der ersten Phase bis 1998 in die ausgewählten Förderungsschwerpunkte investiert wurde, wurde neben der Unterstützung im kulturellen und sozialen Bereich, hauptsächlich zur Finanzierung von wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Projekten genutzt. Diese "Insel der Hoffnung" sollten den Russlanddeutschen eine Perspektive für die Zukunft bieten. Die wichtigsten Gebiete hierbei waren die beiden deutschen Rayons Halbstadt und Asowo, in die ein beachtlicher Teil der Förderung floss. Hier wurde hauptsächlich der Infrastruktur- und der Wohnraumaufbau finanziert. Die neue Bundesregierung nahm von diesen finanzaufwendigen und eher erfolglosen Projekten Abstand und konzentrierte sich seit 1998 auf die Breitenarbeit. In diesem Rahmen wurden Begegnungsstättenarbeit, Sprachkurse Jugendarbeit, Aus- und Fortbildung oder

Städtepartnerschaften gefördert. Die Höhe der Förderung war sehr unterschiedlich und sinkt in den letzten Jahren kontinuierlich. Bis 2005 wurden für die Förderung der Russlanddeutschen rund 1,2 Milliarden DM ausgegeben. Dies entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Betrag in Höhe von 80 Millionen DM. Inwieweit diese Investitionen ihr Ziel erreicht haben ist fraglich. Obwohl die deutsche Regierung den Erfolg dieser Politik mit den sinkenden Einreisezahlen zu beweisen versucht, ist diese Entwicklung meiner Meinung nach eher auf die verschärften Einreisebedingungen zurückzuführen.

Der gesetzliche Rahmen für die Aussiedleraufnahme wurde mehrmals verändert. Die wichtigsten Änderungen der Gesetzgebung (Kriegsfolgengesetz) sind mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und den großen Migrationswellen verbunden. Seit 1990 müssen alle Aussiedler ihre Anträge von ihrem Herkunftsland aus stellen, seit Januar 1993 musste jeder Antragsteller, der nicht aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kommt, glaubhaft machen, dass er nach dem 31.12.1992 unter Benachteiligungen des Kriegsfolgenschicksals leidet. Diese Regelung hatte zur Folge, dass seit dieser Zeit die Russlanddeutschen die Mehrheit der Spätaussiedler stellen. Darüber hinaus wurde auch die jährliche Zuzugsquote auf 220.000 Spätaussiedler beschränkt. Die immer schlechtere Beherrschung der deutschen Sprache und die hieraus resultierenden Integrationsprobleme waren die wichtigsten Gründe für die Einführung der Sprachtests im Jahre 1996. Jeder auswanderungswillige Spätaussiedler muss diesen Sprachtest erfolgreich ablegen. Andernfalls kann er nicht ausreisen. Dies führte zum Rückgang der Aufnahmebescheide, was auch mit der neuen Aufnahmequote von 100.000 Spätaussiedlern Bestätigung fand. Letztendlich wurde dieser Sprachtest Anfang dieses Jahres (2005) auch für die übrigen Familienangehörigen (heute 80% aller Einreisenden), die im Rahmen des Aufnahmeverfahrens mit dem antragstellenden Spätaussiedler ausreisen wollen, vorgeschrieben.

Da viele Aussiedler in der Zeit des Kalten Krieges gänzlich ohne Mittel nach Deutschland kamen, gab es für sie ein relativ engmaschiges Netz von spezifischen Hilfen und Leistungen, die ihnen ihre Eingliederung

vereinfachen sollten. Mit steigenden Einwanderungszahlen wurden diese Hilfen aber gekürzt und bis heute bis auf wenige Ausnahmen abgeschafft.

Die Ausreisezahlen von Russlanddeutschen aus der Sowjetunion zwischen 1950 und 1987 waren sehr gering. Insgesamt wanderten aufgrund der restriktiven Politik nur etwa 110.000 Russlanddeutsche aus. In dieser Zeit war die Auswanderung durch außen- aber innenpolitische Entwicklungen bedingt. So konnten in der Zeit der neuen Ostpolitik oder der KSZE-Konferenz mehrere Tausend Russlanddeutsche ausreisen, während es in der Zeit internationaler Spannungen nur Hunderte waren. Die Auflockerung der Ausreisebedingungen 1987 verursachte einen wesentlichen Anstieg der Ausreisezahlen. Reisten 1987 14.488 Russlanddeutsche nach Deutschland aus, waren es 1990 schon 147.950¹⁶⁶ und 1994 sogar 213.214. Diese Zahlen bewogen die Bundesregierung zu den oben genannten gesetzlichen Änderungen. Seit 1994 sinken die Zahlen kontinuierlich und in den letzten Jahren bewegen sie sich schon deutlich unter der Grenze von 100.000 (s. Tabelle im Anhang).

Die Russlanddeutschen, die in die Bundesrepublik kommen, haben zwar im Sinne des Kriegsfolgenrechts Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit und sind dadurch Deutsche mit allen Rechten und Pflichten, auf der kulturellen und sozialen Ebene müssen sie aber mit den gleichen Problemen wie andere Einwanderer kämpfen. Und gerade dieses Problem ist nach der Stabilisierung der Einreisezahlen die wichtigste Aufgabe der deutschen Regierung.

Die Russlanddeutschen, die in den GUS-Staaten bleiben, erfüllen größtenteils die Ausreisebedingungen nicht, oder sind hier schon durch familiäre Beziehungen so gebunden, dass sie sich zum Verblieb entschieden haben. Es gibt auch solche, die den Aufnahmebescheid für die Ausreise nach Deutschland schon in der Tasche haben, die weitere Entwicklung aber noch abwarten. Gerade an diese richten sich jetzt deutsche Fördermaßnahmen. Die Frage lautet aber, ob diese sich immer weiter verringernde und relativ verstreut lebende deutsche Minderheit

¹⁶⁶ Anm.: Insgesamt reisten im Jahre 1990 397.093 Aussiedler nach Deutschland aus.

dem Assimilationsdruck widerstehen kann und ob die zukünftigen "Russlanddeutschen" an die alten deutschen Wurzeln nur mit Festen und Bräuchen erinnern werden. Meiner Meinung nach fühlen sich die in den GUS-Staaten gebliebenen gerade jungen Russlanddeutschen mehr als Russen und weniger als Deutsche, was auch die Sprachbeherrschung dokumentiert. Diese Entwicklung scheint unaufhaltbar und könnte in der Zukunft das Ende der Geschichte der Russlanddeutschen, deren Beitrag zur Entwicklung Russlands so beachtlich war, bedeuten.

Literaturverzeichnis

Gesetzestexte:

Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (kurz Bundesvertriebenengesetz) (Stand 24.12.2003)

Internetausgabe: <http://bundesrecht.juris.de/bvfg/> (4.7.2005)

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Stand 19.12.2000)

Internetausgabe: <http://bundesrecht.juris.de/gg/> (4.7.2005)

Sekundärliteratur:

ARNOLD, Wilhelm (Hrsg.): *Die Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Herkunft, Ausreise, Aufnahme*, Wien 1980.

ARMBORST, Kerstin: *Ablösung von der Sowjetunion. Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987*, Münster 1999.

BADE, Klaus J.: *Ausländer. Aussiedler. Asyl in der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 1992.

BOLDT, Katharina: *Sprache und Kultur der Russlanddeutschen. Eine Dokumentation anhand von Presseberichten aus den Jahren 1970 bis 1990*, Essen 1996.

DIETZ, Barbara/HILKES, Peter: *Russlanddeutsche: Unbekannte im Osten. Geschichte, Situation, Zukunftsperspektive*, München 1992.

EISFELD, Alfred: *Die Russlanddeutschen*, München 1999.

HILKES, Peter: *Deutsche in der Sowjetunion: Zwischen Ausreise- und Autonomiebewegung. Ergebnisse einer Befragungsstudie mit deutschen*

Spätaussiedlern. Forschungsprojekt "Deutsche in der Sowjetgesellschaft". Arbeitsbericht Nr. 12. März 1989, München 1989.

INGEHORST, Heinz: *Die Russlanddeutschen. Aussiedler zwischen Tradition und Moderne*, Frankfurt am Main 1997.

OTTO, Karl A.: *Aussiedler und Aussiedlerpolitik im Spannungsfeld von Menschenrechten und Kaltem Krieg*, in: OTTO, Karl A. (Hrsg.): *Westwärts – Heimwärts? Aussiedlerpolitik zwischen „Deuschtümelei“ und „Verfassungsauftrag“*, Bielefeld 1990.

PÖHLE, Klaus: *Zur Lage der Rußlanddeutschen: Bleiben oder Aussiedeln?*, in: *Ost-West-Migration : Fluchtursachen und Handlungsperspektiven*; eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. und 28. Januar 1994 in Frankfurt/Oder. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, Bonn 1994. Internetausgabe: <http://library.fes.de> (16.9.2005).

ROTHER, Hans (Hrsg.): *Deutsche in Rußland*, Köln 1996.

STRICKER, Gerd (Hrsg.): *Deutsche Geschichte im Osten Europas. Russland*, Berlin 1997.

VON FUMETTI, WOLFGANG: *Hilfen für die Spätaussiedler in den Herkunftsländern: Sinnvolle Zukunftsinvestitionen oder „Faß ohne Boden“*, in: *Perspektiven der neuen Aussiedlerpolitik*. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeits- und Sozialforschung, Bonn 1999. Internetausgabe: <http://library.fes.de> (16.9.2005).

WOLF, ADOLF: *Der Status des Spätaussiedlers nach dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz (KfbG)*, Wiesbaden 1998.

Zeitschriftenartikel (Fachzeitschriften):

Das Statut der Unionsgesellschaft der Sowjetdeutschen „Wiedergeburt“ für Politik, Kultur und Bildung, in: Osteuropa, Jg. 40, 1990.

Delfs, Silke: *Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler. Rechtliche und politische Aspekte der Aufnahme von Deutschstämmigen aus Osteuropa in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Parlament, B48/93 vom 26. November 1993.

Deutscher Ostdienst, Nr. 3, 1992, S. 1-2.

DIETZ, Barbara: *Anders als die anderen. Zur Situation der Deutschen in der Sowjetunion und der deutschen Aussiedler in der Bundesrepublik*, in: Osteuropa, Jg. 42, 1992, S. 147-159.

EISFELD, Alfred: *Die Entwicklung in Russland und in der Sowjetunion*, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, 2000.
Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung:
[http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005)

EISFELD, Alfred: *Zur jüngsten Entwicklung der Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen*, in: Osteuropa, Jg. 40, 1990.

EISFELD, Alfred: *Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen*, in: Osteuropa, Jg. 40, 1990.

EISFELD, Alfred: *Zwischen Bleiben und Gehen: Die Deutschen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Parlament, B 48/93 vom 26. November 1993.

HEINEN, Ute: *Die Situation in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)*, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, 2000.
Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung:
[http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005).

HEINEN, Ute: *Zuwanderung und Integration in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft 267, 2000.
Internetausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung:
[http:// www.bpb.de](http://www.bpb.de) (9.6.2005)

Info-Dienst Deutsche Aussiedler, Nr. 49, Januar 1994, S. 4-7; Nr. 58, September 1994, S. 7-9; Nr. 96, April 1998, S. 8-16; Nr. 100, April 1999, S. 18f; Nr. 107, März 2000, S. 7.

Informationsdienst "Deutsche in der Sowjetunion", Januar 1991, S. 8; Mai 1991, S. 3.

Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion", März 1993, S. 43; Oktober 1995, S. 49f; September 1996, S. 11.

Informationsdienst "Deutsche in der ehemaligen Sowjetunion", Juni 2003, S. 11; Oktober 2004, S. 47; Dezember 2004, S. 11.
Internetausgabe: <http://www.goettinger-arbeitskreis.de> (7.9.2005).

KLAUBE, Manfred: *Emigration und Migration in den beiden deutschen Landkreisen Westsibiriens*, in: Osteuropa, Jg. 44, 1994, S. 74-89.

KLAUBE, Manfred: *Fünf Jahre Deutscher Nationaler Rayon Halbstadt in Westsibirien*, in: Osteuropa, Jg. 47, 1997, S. 373-389.

PETERS, Wilfried: *Aussiedlerzuzug – Entwicklung und Perspektiven*, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Nr. 5/6, 2003, S. 195.

Protokoll über die Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation zur stufenweise Wiederherstellung der Staatlichkeit der Russlanddeutschen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 6, 1992, S. 763-766.

Zeitungsartikel:

Der Traum von „Ostsee-Hongkong“ ist vorerst beendet, in: Rheinische Post vom 20.12.1997, S.7.

Deutsche sollen bei Petersburg siedeln. Baden Württemberg will Musterprojekt unterstützen, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.3.1993, S.6.

Erst das Fressen, dann die Nation, in: Der Spiegel, Nr. 43, 1991, S. 208f.

Im Prinzip Geschenke, in: Der Spiegel, Nr. 35, 1992, S. 24f;

Kleine Brötchen, in: Der Spiegel, Nr. 43, 1993, S. 72-75.

OLT, REINHARD: *Ränkespiele mit den Rußlanddeutschen*, in: FAZ vom 15.3.1991, S.14.

Schnellkurs in Leitkultur, in: Der Spiegel, Nr. 4, 2001, S. 54.

Waffenschmidt: Neue Vertretung für die deutsche Minderheit, in: FAZ vom 5.11.1993, S.5.

Zwei Ansiedlungen in Westsibirien und viele Schwierigkeiten, in: FAZ vom 7.8.200, S. 18.

Internetquellen:

Bildungsverein für Volkskunde in Deutschland DIE LINDE e. V.: *Die Geschichte der Russlanddeutschen.*

<http://russlanddeutshegeschichte.de> (9.6.2005)

Bundesministerium des Inneren: *Gesamtübersicht über die aus dem Bundeshaushalt geleisteten Hilfsmaßnahmen für die Deutschen in den Siedlungsgebieten Osteuropas* (Auf Anfrage per E-Mail am 17.5.2005 von Andreas Polzin, Referat M II 2 - Andreas.Polzin@bmi.bund.de)

Bundesverwaltungsamt: *Wichtige Informationen für die Personen, die einen Aufnahme-/Einbeziehungsbescheid erhalten haben.*
Internetausgabe: <http://www.bundesverwaltungsamt.de> (3.7. 2005)

Bundesverwaltungsamt: *Wichtige Informationen für Spätaussiedlerbewerber.*
Internetausgabe: <http://www.bundesverwaltungsamt.de> (3.7. 2005)

Migrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Auftrag der Bundesregierung, 2003.
http://www.integrationsbeauftragte.de/download/Migrationsbericht_2003.pdf (16.9.2005)

Wikipedia. Die freie Enzyklopädie. Stichwort: *Russlanddeutsche*
<http://de.wikipedia.org/wiki/Russlanddeutsche> (9.11.2005)

Woher und Wohin? Auf den Spuren der Literatur der Russlanddeutschen.
http://www.vor.ru/German/Spektrum/Theme_358.html (9.1.2006)

Anhang

Anhang 1

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhang 2

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhang 3

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhang 4

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhang 5

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Resumé

Cílem předkládané diplomové práce je představit největší německou menšinu ve východní Evropě: ruské Němce. Na základě nástinu dějin a životních podmínek této menšiny jsem se pokusil najít odpověď na otázku, proč se ruští Němci v tak velkém počtu vracejí zpět do Německa. Ruští Němci se ve větším počtu začali usazovat v Rusku od roku 1763, kdy carevna Kateřina II. vydala dekret, kterým zvala do neosídlených oblastí kolem řeky Volhy a posléze i Černého moře nové kolonisty. Po počátečních problémech se situace německého obyvatelstva postupně ustálila a na konci 19. století žilo na území carského Ruska okolo 1,8 milionu ruských Němců. Ve 20. století jsou dějiny ruských Němců převážně dějinami potlačované menšiny. Obvinění z kolaborace s Německou Říší a následná deportace do nehostinných oblastí Sibíře a Kazachstánu v roce 1941, spojená se zákazem návratu, zanechaly dodnes viditelné stopy. Ovšem i po válce se situace zlepšovala jen velmi pomalu. Chybějící možnosti odpovídajícího vzdělání v mateřském jazyce, nedostatek německé literatury, ale i tiskovin způsobily, že ruští Němci postupně ztráceli svou německou identitu. To je i jeden z důvodů, proč dnes většina z nich jen lámaně popř. vůbec neovládá německý jazyk.

Četné pokusy o znovuoobnovení uzemní autonomie (z dvacátých a třicátých let 20. století) selhaly. Ačkoliv se zde kromě obnovení Povolžské republiky nabízely i další varianty autonomie (jižní Ukrajina, St. Petersburg...), nebyla nakonec žádná z nich ve větší míře úspěšná. Důvodem byla často nedostatečná příprava projektů z ruské strany, kdy většina návrhů byla vypracována narychlo, v očekávání velkých německých investic do daných regionů. Výjimku tvoří německé rajóny (odpovídá zhruba bývalému okresu) Asowo a Halbstadt na západní Sibíři, kterým byla ruskými úřady garantována jistá forma samosprávy. Bohužel i tyto rajóny jsou využívány spíše jako "přestupní stanice" na cestě do Německa. Velká fluktuace obyvatel a zvýšený příliv smíšených nebo i ruských rodin způsobují ztrátu německého charakteru těchto oblastí. Snaha vyřešit národnostní problematiku kulturní autonomií

vyzněla také naprázdno. Z důvodu nejednotnosti a rozdílných zájmů jednotlivých svazů nebyla ruskými Němci tato možnost doposud ve větší míře využita.

Současné podmínky v následnických státech Sovětského svazu se vyznačují mnoha problémy. Na povrch vyplouvají dosud do pozadí zatlačované národnostní konflikty, kdy se některé národy snaží posílit ve “svých“ nových státech vlastní pozice na úkor jiných etnických skupin (např. v Kazachstánu to jsou Kazaši, kteří až donedávna netvořili ani 50% obyvatelstva). Významnou roli hraje ovšem i stále se zhoršující hospodářská situace v těchto státech, která je často rozhodujícím faktorem při rozhodování ruských Němců, zda se mají vystěhovat do Německa. Zatímco v sedmdesátých a osmdesátých letech převažovaly etnické a náboženské motivy, společně se snahou o scelování rodin, dostávají se v devadesátých letech stále více do popředí důvody ekonomické.

Pokusy německé vlády cílenou podporou v zemích původu dosáhnout snížení počtu vysídlenců se z větší části minuly účinkem. V první fázi (do roku 1998) byla německá finanční podpora zaměřena na kulturní, sociální a hlavně hospodářské projekty ve vybraných klíčových oblastech s vyšší koncentrací německého obyvatelstva. Tyto “ostrovy naděje“, jak je pojmenoval vládní pověřenec pro záležitosti vysídlenců Horst Waffenschmidt, měly ruským Němcům poskytnout perspektivu do budoucnosti. Do těchto oblastí spadaly např. oba německé rajóny, kde byla financována především bytová výstavba a infrastruktura. Tyto projekty ovšem nedosáhly očekávaných účinků, a proto se nová německá vláda v roce 1998 rozhodla upustit od těchto finančně náročných projektů a zaměřit se na širěji založenou podporu. K hlavním oblastem patří financování center setkávání (Begegnungszentren), dalšího vzdělávání mládeže, partnerství měst a hlavně jazykové kurzy. Do roku 2005 bylo z německých státních rozpočtů na podporu ruských Němců vyčleněno zhruba 1,2 miliardy marek, což odpovídá průměrné roční částce ve výši 80 miliónů marek. V posledních letech výše německé podpory kontinuálně klesá.

Právní rámec pro přijímání vysídlenců se v průběhu let několikrát změnil. Nejdůležitější změny jsou spojeny s pádem železné opony a velkými migračními vlnami z počátku devadesátých let. Od 1.1. 1993 musí každý žadatel o statut pozdního vysídlelce, s výjimkou občanů nástupnických států Sovětského svazu, hodnověrně prokázat, že i po 31.12.1992 trpěl újmami z důvodu své národnosti. V důsledku tohoto opatření tvoří od tohoto data většinu pozdních vysídlenců ruští Němci. Klesající znalosti německého jazyka a z toho plynoucí zhoršená integrace měly za následek zavedení jazykových testů. Od roku 1996 musí každý žadatel prokázat alespoň základní znalost německého jazyka. S přijetím nového přistěhovaleckého zákona 1.1.2005 byla povinnost složit jazykové zkoušky rozšířena i na ostatní rodinné příslušníky.

Počty ruských Němců, kterým bylo mezi lety 1950 a 1987 umožněno vystěhování do Německa byly z důvodu restriktivní sovětské politiky velmi nízké (jen zhruba 110.000). Teprve s uvolněním podmínek pro vycestování v roce 1987 začaly tyto čísla razantně stoupat a v roce 1994 dosáhly rekordního počtu 213.214 osob. Právě tento stoupající trend donutil spolkovou vládu k již výše zmíněným opatřením, které zahrnovaly i stanovení hranice pro max. počet přijatých vysídlenců ročně (220.000 v roce 1993 resp. 100.000 od roku 2000).

Většina ruských Němců, kteří ještě stále zůstávají v nástupnických státech bývalého Sovětského svazu buď nesplňuje předpoklady pro vystěhování nebo je zde již vázána rodinnými vztahy. Je zde ovšem i skupina těch, kteří již potvrzení o možnosti vystěhování a usazení se v Německu vlastní, ovšem stále ještě vyčkávají, jak se situace v těchto státech v dalších letech vyvine. Otázka ovšem zní, zda se tato stále se zmenšující a rozptýleně žijící německá menšina bude schopna ubránit asimilačnímu tlaku a zda budoucí ruští Němci nebudou Němci již jen podle jména.

Prohlašuji, že jsem tuto práci vypracoval sám pouze na základě literatury a pramenů uvedených na konci práce.

V Praze 10. ledna 2005

Karel Březina

An dieser Stelle möchte ich mich gerne bei Herrn Prof. Detlef Brandes von der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf für seine wertvollen Ratschläge und Hinweise, mit denen er mir bei der Ausarbeitung der vorliegenden Diplomarbeit behilflich war, herzlich bedanken.